



Bundesamt für
Verfassungsschutz

Radikalisierungsprozesse und extremistische Milieus

Ein Symposium des
Bundesamtes für Verfassungsschutz

4. Oktober 2004

Beiträge

Inhalt:

Heinz Fromm, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz:

Begrüßung 1

Dr. Michael Kohlstruck, Institut für Antisemitismusforschung Berlin:

Rechtsextremistische Milieus und Gewalt 4

Dr. Gerd Koenen, Publizist/Frankfurt a.M.:

Das gegengesellschaftliche Milieu der „Neuen Linken“ 13

Dr. Rita Breuer, Bundesamt für Verfassungsschutz:

Sozial- und Bildungsarbeit islamistischer Organisationen in Deutschland
– Einstieg in die Radikalisierung? 21

Matthias Weber, Bundesamt für Verfassungsschutz:

Neonazistische Führungskader und ihr Bezug zu Gewalt, Ideologie und Szene 36

Maresa Petrat, Bundesamt für Verfassungsschutz:

PKK / KADEK / KONGRA-GEL – Kaderstrukturen in Deutschland 65

Dr. Jan Keller, Bundesamt für Verfassungsschutz:

Fallstudien:
Biographien und „Karrieren“ von Islamisten bzw. islamistischen Terroristen 74

Michael Kowalski, Ministerium für Inneres und Königreichsbeziehungen der Niederlande, Den Haag:

Dawa und Jihad als Bedrohungen des demokratischen Rechtsstaates -
Analyse, Hintergründe und Handlungsperspektiven 77

Heinz Fromm

Begrüßung

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich begrüße Sie sehr herzlich zum 3. Symposium des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Die erfreulich große Resonanz, die unsere Einladung gefunden hat, bestätigt die Annahme, dass die Notwendigkeit besteht, sich nicht nur mit den Erscheinungsformen und den Wirkungen des politischen Extremismus und Terrorismus zu befassen, sondern auch weiter nach seinen Ursachen zu forschen.

Das heutige Symposium des BfV will sich wie die beiden vorhergehenden mit einem Thema auseinandersetzen, das alle Bereiche des politischen Extremismus umfasst und das in vergleichender Perspektive erörtert werden soll: „Radikalisierungsprozesse und extremistische Milieus“.

Die Frage nach Radikalisierungsprozessen im Islamismus und islamistischen Terrorismus und nach den Bedingungsfaktoren der Milieus, in denen sie angestoßen und befördert werden, steht auch drei Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 im Zentrum der Arbeit der Sicherheitsbehörden. Presseberichte, Fernsehbeiträge und wissenschaftliche Veröffentlichungen setzen sich intensiv mit den Biographien islamistischer Attentäter und den sozialen Kontexten auseinander, in denen sich ihre „Karrieren“ entwickelt haben. Die in der Öffentlichkeit und im politischen Raum geäußerte Sorge, auch in Deutschland könnten sich abgeschottete Lebenswelten herausbilden, in denen vor allem junge Muslime auf den Weg in den Extremismus oder gar Terrorismus gebracht werden, ist nicht unbegründet.

Es sind zwei Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen: 1. Sind islamistische Milieus durch eindeutige Faktoren bestimmbar? und 2. Lässt sich eine auf konkrete Fälle anwendbare Typologie des islamistischen Radikalisierungsprozesses feststellen?

Nicht zuletzt auch von den Sicherheitsbehörden wird erwartet, Antworten auf diese Fragen zu geben und Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Wir wissen, dass das Phänomen islamistischer Milieus und Radikalisierungsprozesse nicht auf Deutschland beschränkt ist. Der Blick über die nationalen Grenzen hinaus ist unver-

zichtbar – das haben nicht erst die Anschläge vom 11. September in den USA und vom 11. März in Spanien gezeigt. In allen europäischen Ländern stellt sich mehr oder minder dringlich das Problem der Entstehung oder Existenz islamistischer Milieus und ihrer Bedeutung für entsprechende Radikalisierungsverläufe. In den letzten Jahren ist die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden im EU-Rahmen intensiviert und institutionalisiert worden.

Ich freue mich besonders, Herrn Kowalski vom niederländischen Innenministerium als Referenten begrüßen zu können. Die Sicherheitsbehörden der Niederlande, mit denen wir seit vielen Jahren gut und eng zusammenarbeiten, haben sich des heutigen Themas schon vor längerer Zeit angenommen. Unter der derzeitigen niederländischen EU-Präsidentschaft bildet es einen Schwerpunkt des EU-Aktionsplans gegen den Islamismus und gegen den islamistischen Terror.

Die Auseinandersetzung mit Radikalisierungsprozessen und extremistischen Milieus ist nicht auf den Islamismus und islamistischen Terrorismus beschränkt. Im nicht-islamistischen Ausländerextremismus sowie im Links- und Rechtsextremismus beobachten die Sicherheitsbehörden vergleichbare Entwicklungen und haben einen nicht zu unterschätzenden Wissens- und Erfahrungsfundus erworben.

Bevor Extremisten den Schritt in den Terrorismus vollziehen, haben die Täter eine Entwicklung durchlaufen, die ohne Einbettung in konditionierende soziale Umfeldler nicht denkbar wäre. Dabei findet man an der Peripherie das schwer abgrenzbare Phänomen einer kulturell und politisch definierbaren „Szene“; weiter innen bisweilen ein sich als systemoppositionell verstehendes, aber schon die gesamte Lebenswelt der Betroffenen prägendes Milieu; schließlich noch weiter im Kern möglicherweise eine elitäre, mit Sendungsbewusstsein und Heilserwartung ausgestattete Kampfpartei sowie am Ende als extremste Form der Radikalisierungsprozesse: eine interne Elite – eine mit der Selbstermächtigung zum Terror agierende klandestine Zelle.

Besonders die Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus und seinen terroristischen Verzweigungen seit den 70er Jahren haben dazu beigetragen, für die Entstehungsbedingungen solcher Erscheinungen Sensibilität zu entwickeln.

Es liegt auf der Hand, dass Radikalisierungsprozesse im Links- und Rechtsextremismus oder im säkularen Ausländerextremismus anders verlaufen als im Islamismus. Die Biographien etwa von PKK-Kadern unterliegen anderen Bedingungsfaktoren als die eines Linksextremisten; beide unterscheiden sich wiederum von den islamistischen oder rechtsextremistischen Varianten. Daher sind alle sozialwissenschaftlichen Methoden für ihre Entschlüsselung fruchtbar zu machen: Historische, soziologische, sozialpsychologische Ansätze haben gleichermaßen ihre Berechtigung.

Trotz aller Unterschiede kann der typologisierende Vergleich nützlich sein, weil er uns ein vertieftes Verständnis extremistischer Milieus und verschiedener Radikalisierungsverläufe vermittelt. Wenn wir uns darauf verständigen, extremistische Milieus als Sonderformen sozialer Milieus zu verstehen, als ideologisch und auch materiell abgeschottete Alltagswelten, die geprägt sind durch ideologische Indoktrination, die Vermittlung demokratiefeindlicher Einstellungsmuster und möglicherweise gewaltbereiter Handlungsoptionen, dann haben wir eine brauchbare Arbeitsgrundlage für den Vergleich. Trotz aller Unterschiedlichkeit ist ihnen nämlich grundsätzlich gemeinsam, dass sie eine wichtige Funktion für die extremistische Sozialisation und die Karrieren derjenigen haben, die in ihnen leben oder in sie hineingeraten.

Im ersten Teil der heutigen Veranstaltung wollen wir anhand ausgewählter konkreter Beispiele versuchen, uns den verschiedenen extremistischen Milieus zu nähern und die spezifischen Milieufaktoren im Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus auszuloten.

Im zweiten Teil des Symposions geht es um konkrete Fallanalysen im Bereich Rechtsextremismus, Ausländerextremismus und Islamismus.

Meine Damen und Herren, ich freue mich mit Ihnen auf die Vorträge und Diskussionen.

Rechtsextremistische Milieus und Gewalt

Fragestellung und Begriffe

Die Frage nach Radikalisierungsprozessen und Milieus auf der rechtsextremen Seite des politischen Spektrums enthält zwei Teilfragen: Welche sozialen und politischen Zusammenhänge gelten als rechtsextreme Milieus? Wie kommen Gewalttätigkeiten in diesen Milieus zustande?

Für den vorliegenden Zusammenhang verstehe ich „Milieus“ als „verdichtete Räume sozialer Kommunikation“ (Großbölting), genauer: als relativ geschlossene Interaktions- und Kommunikationszusammenhänge von gleichaltrigen Personen, die die gleichen Wertorientierungen teilen.¹ Innerhalb des deutschen Rechtsextremismus können derzeit solche Milieus in vier Segmenten beobachtet werden: Bei Parteien und ihren Nebenorganisationen, in den Netzwerken von Intellektuellen und Think-Tanks, bei einzelnen Politaktivisten (sog. Freie Nationalisten) und „Kameradschaften“ und schließlich im Bereich der Sub- und Jugendkulturen.² Die meisten rechtsextremen Gewaltakteure werden heute dem letztgenannten Bereich zugeordnet.³ Rational geplante und umsichtig ausgeführte Gewalttaten gelten im deutschen Rechtsextremismus als Einzelfälle.⁴

¹ Anders als in den Forschungen zur Sozialstruktur verwende ich den Milieubegriff hier nicht zur Charakterisierung von Teilpopulationen auf der Ebene der Gesamtgesellschaft. Vgl. dazu: Günter Burkart/ Cornelia Koppetsch/ Maja S. Maier: Milieu, Geschlechterverhältnis und Individualität, in: Hans Rudolf Leu/ Lothar Krappmann (Hrsg.): Zwischen Autonomie und Verbundenheit. Bedingungen und Formen der Behauptung von Subjektivität, Frankfurt a.M. 1999, S. 158-190. An der Unterscheidung von sozialen Milieus auf der gesellschaftlichen Makroebene setzen verschiedene Analysen an: Wilhelm Heitmeyer/ Jutta Conrads/ Dietmar Kraul/ Renate Möller/ Matthias Ulbrich-Hermann: Gewalt in sozialen Milieus. Darstellung eines differenzierten Ursachenkonzeptes, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation (ZSE) 15 (1995), H. 2, S. 145-167; Dieter Dölling/ Dieter Hermann: Werte, Milieus und Kriminalität. Theoretische und empirische Aspekte, in: Volker Dittmann/ Jörg-Martin Jehle (Hrsg.): Kriminologie zwischen Grundlagenwissenschaften und Praxis, München-Gladbach 2003, S. 237-261. Aus der Perspektive der historischen Jugendforschung behandelt Thomas Großbölting das Schwinden von Sozialmilieus und die zunehmende Relevanz der Kategorie „Lebensstil“: Bundesdeutsche Jugendkulturen zwischen Milieu und Lebensstil, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 2004, H. 31, S. 59-80.

² Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2003, Berlin 2004, S. 38-92.

³ „Gewalt“ verstehe ich als absichtsvolle physische Schädigung. Vgl. Gertrud Nunner-Winkler: Überlegungen zum Gewaltbegriff, in: Wilhelm Heitmeyer/ Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, Frankfurt a.M. 2004, S. 21-61, S. 27.

⁴ Vgl. dazu: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Extremismus in Deutschland - Ein Kurzlagebild, Köln 2004 (Juli), S. 23f., 28f.

Forschungen zu fremdenfeindlichen Gewalttätern

Die wissenschaftlichen Forschungen zu fremdenfeindlichen Straftätern haben sich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre zunächst auf die Analyse von Ermittlungs- und Gerichtsakten gestützt.⁵

Die Tatverdächtigen im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen Straftaten waren zu rund 36 % jünger als 18 Jahren, 75 % waren unter 20 Jahren alt und ca. 90 % waren jünger als 25 Jahre.. Der Anteil der Tatverdächtigen, die über 30 Jahre alt sind, lag bei nur knapp 5 %. Ähnlich unterrepräsentiert wie die über 30-jährigen waren weibliche Verdächtige. Lediglich knapp 4 % der Ermittlungen wurden gegen Mädchen und Frauen geführt. Mit Einschränkungen ließen sich auch Aussagen über die höchsten Bildungsabschlüsse machen: Über 62 % der Tatverdächtigen hatten einen Hauptschulabschluss, rund 20 % die Mittlere Reife. Weniger als 2 % aller Tatverdächtigen hatten hingegen Abitur oder einen Hochschulabschluss. Rund 6 % der ausgewerteten Straftaten wurden als Einzeltaten begangen, über 90 % der untersuchten Taten wurden als Gruppentaten eingestuft. Folgeuntersuchungen haben diese Befunde im wesentlichen bestätigt.⁶ Demnach gehen fremdenfeindliche Gewalttaten überwiegend von Gruppen junger Männer aus, die niedrige Bildungsabschlüsse haben. Über die Hälfte von ihnen war bei der Polizei bereits wegen früherer Konflikte mit dem Gesetz aktenkundig. Allerdings, so die Zahl für das Jahr 1997, waren dabei nur 6 % der Fälle wegen politischer Delikte aufgefallen. Zu 40 % lagen überhaupt keine Vorerkenntnisse vor, und nahezu die Hälfte war der Polizei bereits wegen nichtpolitischer Delikte bekannt.⁷ Sehr häufig trug reichlicher Alkoholkonsum zu den spontanen Aktionen bei.

Ergänzt wurden die Aktenauswertungen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre durch Untersuchungen, die Befragungen von einsitzenden Gewalttätern bzw. Angeklagten durchführten.⁸

Ein mittlerweile unstrittiger Befund dieser Forschungen betrifft die unmittelbare Motivation der Gewalttäter und die Genese der Gewalttaten. Demzufolge sind ideologische oder politische Motive nur bei einer kleinen Minderheit von Gewalttätern zu finden. Hervorge-

⁵ Vgl. zum folgenden: Helmut Willems u.a.: Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation, Opladen 1993 [ausgewertet wurden Fälle, die zwischen Januar 1991 und April 1992 von der Polizei registriert wurden (S. 105)].

⁶ Vgl. Helmut Willems/ Stefanie Würtz/ Roland Eckert: Analyse fremdenfeindlicher Straftäter. Forschungsprojekt, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Bonn 1994.

⁷ Christian Peucker/Martina Gaßebner/Klaus Wahl: Analyse polizeilicher Ermittlungsakten zu fremdenfeindlichen, antisemitischen und rechtsextremistischen Tatverdächtigen, in: Klaus Wahl (Hrsg.): Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern, Berlin 2001, S. 12-88, S. 44.

⁸ Vgl. Heinz Cornel, Schwere Gewaltdelinquenz durch junge Täter in Brandenburg, Potsdam/Berlin 1999; Wolfgang Frindte/Jörg Neumann (Hrsg.): Fremdenfeindliche Gewalttäter. Biografien und Tatverläufe, Opladen 2002; Andreas Marneros/Bettina Steil/Anja Galvao: Der soziobiographische Hintergrund rechtsextremistischer Gewalttäter, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform (MschrKrim) 86 (2003), H. 5, S. 364-372.

hoben wird in der Forschung indessen das Zustandekommen fremdenfeindlicher Straftaten im Kontext der Selbstdarstellung einer Gruppenkultur forcierter Maskulinität: „Die Motivation der Täter wird dominiert durch eine maskuline Präsentation von Stärke und Überlegenheit, gemischt mit einem manchmal ganz offenen, häufig aber eher verborgendiffusen Hass auf alles, was ihnen fremd ist und von ihrer Norm abweicht. Der vordergründig politische Gehalt ihrer Gewaltausübung ist eher gering, ähnlich wie auch die alltäglichen Aktivitäten in der Clique kaum von ernsthaftem politischen Kalkül geprägt ist.“⁹ Im gleichen Sinne faßt Hinrichs seinen Überblick über Persönlichkeitsprofile und Schulkarrieren fremdenfeindlicher Gewalttäter zusammen: „Nach wie vor gilt, dass rechtsextreme Gewalt Jugendlicher i.d.R. weniger mit vertieften ideologischen Überzeugungen zu tun hat als vielmehr mit maskulin subkulturellen Jugendszenen. Weniger die politische Orientierung sondern gruppendynamische Aspekte sind oft als tatgenerierend anzusehen gerade bei sehr jungen Tätern, die durch ihr kriminelles Verhalten ihre Gruppenzugehörigkeit stabilisieren wollen.“¹⁰

Maskuline Jugendkulturen

Die Forschungen zu fremdenfeindlicher Kriminalität treffen sich in zentralen Ergebnissen mit Befunden der Jugendforschung zu maskulinen Jugendkulturen.¹¹ „Jugendkultur“ bedeutet, dass der soziale Zusammenhalt der lokalen Cliquen und der überörtlichen Szenen hergestellt wird über einen bestimmten praktizierten Stil des äußeren Auftretens, des Ver-

⁹ Jörg Neumann/Wolfgang Frindte: Gewaltstraftaten gegen Fremde. Eine situativ-motivationale Analyse, in: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung* 4 (2002), H. 2, S. 95-111, S. 107. Bereits vor zehn Jahren hatte die Forschergruppe um Helmut Willems betont, daß die fremdenfeindlichen Gewalttaten „fast ausschließlich von jungen Männern begangen [werden]“. Sie „ähneln damit weitgehend dem Muster, das wir auch von der klassischen Gewaltkriminalität und insbesondere der Jugendrandale kennen.“ Die Forschergruppe hatte diese „demonstrative Männlichkeit“ in Zusammenhang mit der Tatsache gebracht, dass die traditionellen maskulinen Eigenschaften wie Stärke, Härte und Kampfeskraft heute in der gesellschaftlichen Anerkennung gesunken sind [vgl. Willems (Fußnote. 6), S. 76]. Einen Überblick über die Studien geben: Christian Seipel/ Susanne Rippl: Rechtsextreme Gewalt in Deutschland. Theoretische Erklärungen und empirische Ergebnisse der Hell- und Dunkelfeldforschung, in: Jürgen Raithel/ Jürgen Mansel (Hrsg.): *Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich*, Weinheim, München 2003, S. 264-284.

¹⁰ Günter Hinrichs: Persönlichkeitsprofile und Schulkarrieren rechter Gewalttäter, in: Bundesverband der Jugendrechtshäuser Deutschland e.V. (Hrsg.): *Dokumentation der 1. Potsdamer Fachtagung: Ein Bündnis zwischen Bildung und Justiz gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit*, Berlin 2003, S. 51-64.

¹¹ Vgl. zur Maskulinität in Jugendkulturen u.a.: John Clarke: *Die Skinheads und die magische Rückgewinnung der Gemeinschaft* (1976), in: Hartwig Berger u.a. (Hrsg.): *John Clarke u.a.: Jugendkultur als Widerstand. Milieus, Rituale, Provokationen*, Frankfurt a.M. 1981 (2. Aufl.), S. 171-175; Karl Lenz: *Kulturformen von Jugendlichen: Von der Sub- und Jugendkultur zu Formen der Jugendbiographie*, in: *APuZ* 1991, H. 27, S. 11-19; Joachim Kersten: *Die Gewalt der Falschen. Opfermentalität und Aggressionsbereitschaft*, in: Klaus Farin (Hg.): *Die Skins. Mythos und Realität*, Berlin 1997, S. 96-117.

haltens, des Redens - kurz über eine gelebte Praxis. Zugang und Zugehörigkeit erfolgt über das Mittun, durch die Übernahme des anerkannten Stils oder eben die geteilte Praxis.¹²

Der maskuline Stil ist geprägt von der Kultivierung eines bestimmten Männlichkeitsbildes, eines Typs traditioneller Männlichkeit, der durch ein risikosuchendes, dominierendes und körperbetontes Auftreten charakterisiert ist. Neben den Ausbrüchen aus den Regeln des Alltags, einem offensiven Machtgebaren und einer aggressiven Körperlichkeit sind zwei Mentalitätskomplexe typisch für maskuline Szenen: Sie verbinden ihre autochthone Orientierung (Territorialverhalten etc.) mit einer allgemeinen Fremdenfeindlichkeit und sie kombinieren die Betonung von Männlichkeit mit einer dezidierten Feindseligkeit gegen das, was ihnen als Unmännlichkeit gilt.

Eine besondere Ausprägung des Typs maskuliner Jugendkultur ist die rechtsextreme Jugendkultur. Das für alle Jugendkulturen typische Merkmal einer Identität durch Sichtbarkeit drückt sich hier in einem Kosmos von Symbolen und Bildern aus, der an die politischen Bewegungen der extremen Rechten anschließt. Dies bedeutet nicht notwendigerweise, dass alle Angehörigen dieser Jugendkultur ein rechtsextremes Weltbild haben, dass sie zweckrational handeln oder dass sie auf das politische System einwirken wollen. Es bedeutet aber, daß sie sich Gruppen zuordnen, in denen die öffentliche Selbstvergewisserung über Symbole mit einer politisch rechtsextremen Bedeutung vollzogen wird und dass in ihrem öffentlichen Auftreten physische Gewalt einen hohen Rang einnimmt. Nach der einen Seite ist die rechtsextreme Jugendkultur offen für die maskulinen Jugendkulturen, die in ihrer öffentlichen Selbstdarstellung keine politisch bedeutsame Kennzeichen verwenden; nach der anderen Seite ist sie durchlässig hin zu den oben angeführten Segmenten des Rechtsextremismus, in denen weltanschauliche und politische Motive eine größere Rolle spielen und das Handeln rational und organisiert erfolgt. Die rechtsextreme Jugendkultur läßt sich damit als Misch- und Übergangsfeld von szenekulturellem Eigensinn und politischem Protest verstehen.¹³

¹² Vgl. zur Kritik kognitivistischer Konzepte u.a. Michael Meuser: „Doing Masculinity“ - Zur Geschlechtslogik männlichen Gewalthandelns, in: Regina-Maria Dackweiler/ Reinhild Schäfer (Hrsg.): Gewalt-Verhältnisse. Feministische Perspektiven auf Geschlecht und Gewalt, Frankfurt a.M. 2002, S. 53-78.

¹³ Diese Einsicht findet sich seit Jahrzehnten in den einschlägigen Forschungen: Vgl. für die ältere Forschung: Eike Hennig: Jugendprotest und Rechtsextremismus: Gestern und heute, in: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium 9 (1980), H. 4, S. 211-214; Manfred Knaust/ Lutz Linnemann: Das Bremer Fan-Projekt. Sozialpädagogik im Umfeld des Profi-Fußballs, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Gesellschaftliche Funktionen des Sports. Beiträge einer Fachtagung, Bonn 1984, S. 244-265; theoretisch reflektiert wurde dieses Verhältnis von Rainer Paris: Schwacher Dissens - Kultureller und politischer Protest, in: Dieter Rucht/ Roland Roth (Hrsg.): Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz? Opladen 2000, S. 49-62.

Folgerungen für Praxis und Forschung

Die dargestellten Forschungsergebnisse sind in mehreren Hinsichten aufschlussreich:

Zum einen zeigt sich auf der Ebene der Klassifikation und der Bezeichnung von fremdenfeindlichen Gewalttaten eine gewisse Spannung zwischen der Kategorisierung als „rechtsextremen Gewalttaten“ und den fachwissenschaftlichen Analysen ihrer Genese.¹⁴ Dies ist zumindest dann der Fall, wenn man mit „Rechtsextremismus“ eine bestimmte Weltanschauung und ein dadurch motiviertes politisches Handeln bezeichnet, das auf einen Wechsel des politischen Systems ausgerichtet ist. Die Forschung spricht demgegenüber fast übereinstimmend von „fremdenfeindlichen Gewalttaten“ und verwendet dabei einen soziologischen Begriff von Fremdheit, der interaktiv und nicht ontologisch konzipiert ist.¹⁵ „Fremdheit“, so die knappste Formulierung dieser Perspektive bei Alois Hahn, „ist keine Eigenschaft (...), sondern die Definition einer Beziehung.“¹⁶ Primär sind aus Sicht der Forschung nicht politisch extremistische oder weltanschauliche Motive ausschlaggebend für Gewalttätigkeiten, sondern die kollektive Selbstdarstellung einer (hyper-) maskulinen Kultur mit ihrer breiten und diffusen Fremdenfeindlichkeit.

Wie erklärt sich vor diesem Hintergrund die Bezeichnung als „rechtsextreme Gewalt“? Diese Etikettierung ist Ausdruck eines Prozesses seit Ende der 80er Jahre, in dessen Verlauf der Inhalt des Rechtsextremismusbegriffs über einen politischen Kern hinaus erweitert wurde und folglich mehr Phänomene als früher unter ihn subsumiert werden können. Ablesen lässt sich dieser Trend etwa an der breiten Rezeption eines handlichen, analytisch aber unzureichenden Rechtsextremismusbegriffs in der allgemeinen Öffentlichkeit. Unter Rechtsextremismus wird demnach die Kombination einer „Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen“ und Gewalt verstanden.¹⁷ Dieses Konzept von Rechtsextremismus relativiert die sowohl theoretisch wie rechtlich zentrale Unterscheidung zwischen Einstellung und Verhalten. Mit dem Zweikomponentenkonzept lässt sich deshalb die Produktion rechtsextremer politischer Ideologie und Weltanschauung wie auch die Öffentlichkeitsarbeit rechtsextremer Parteien nur unzureichend fassen, die - wie nicht zuletzt das Beispiel der Deutschen Volksunion (DVU) und ihres Finanzgebers zeigt - auch ohne direkte physischen Gewalttätigkeiten möglich sind. Ein weiterer Indikator für eine Ausdehnung des

¹⁴ Vgl. Hinrichs (Fußnote 10), S. 63.

¹⁵ Eine konstruktive Schneise durch das Begriffsdickicht der „Fremdenfeindlichkeit“ schlägt Armin Steil: Polyphems Auge. Zur Soziologie der „rassischen“ Fremdheit, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 12 (2003), S. 259-279.

¹⁶ Alois Hahn: Die soziale Konstruktion des Fremden, in: Wolfgang M. Sprondel (Hrsg.): Die Objektivität der Ordnungen und ihre kommunikative Konstruktion. Festschrift für Thomas Luckmann. Frankfurt a. M. 1994, S. 140-163.

¹⁷ Wilhelm Heitmeyer: Soziale Desintegrationsprobleme, Anerkennungszerfall und Rechtsextremismus. Überlegungen zu gesellschaftlichen Ursachen und dem problematischen Umgang mit dem Rechtsextremismus (Vortragstext, 06.09.2000), S. 3; vgl. ders. u.a.: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher (1992), Weinheim, München 1993, S. 14.

Verständnisses von politischer Gewalt ist die Erweiterung der Erfassungskriterien für politisch motivierte Straftaten, die seit Januar 2001 gelten.¹⁸ Als politisch motivierte Straftaten gelten seitdem auch ausdrücklich Gewaltakte, die nicht auf eine Beeinflussung oder Änderung des politischen Systems zielen.

Die Zuordnung von fremdenfeindlichen Gewalttaten zum politischen Rechtsextremismus mag begriffssystematisch ungenau sein, ihre eigentliche Bedeutung liegt jedoch im Praktischen, nicht im Analytischen. Mit dieser Zuordnung ist die Aufgabe verbunden, die Aktivitäten der rechtsextremen Jugendkultur dauerhaft und systematisch zu beobachten. Der Charakter dieses Feldes als eines Misch- und Übergangsterrains von jugendkulturellem und politischem Handeln rechtfertigt eine solche Beobachtung. Eine Folge der Überlagerungen des kulturellen und des politischen Protesthandelns ist die Möglichkeit der Radikalisierung und Ideologisierung des Gewalthandelns. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass einzelne Akteure und Gruppen szeneeintern Karriere machen und sich zu politischen Aktivisten entwickeln.

Zweitens lassen sich die Befunde zu den vorpolitischen Beweggründen von fremdenfeindlichen Gewaltstraftaten verallgemeinern zu einer idealtypischen Unterscheidung zweier Modelle von Gewaltgenese.¹⁹ Beim ersten Typ von Gewaltgenese sind Gewalttätigkeiten ein anerkannter Bestandteil der Sub- oder Jugendkultur. Das Gewalthandeln ist habitualisiert. Im Unterschied zu einer „Gewalt als kulturelle Praxis“ steht beim zweiten Typ „Gewalt als Mittel“ im Vordergrund. Gewalttätigkeiten werden als Instrument bewusst eingesetzt, um einen Zweck zu erreichen. Anders als beim ersten Typ kann man hier davon sprechen, dass „Gewalt angewendet“ wird, dass man also mit ihr ein Ziel verfolgt und die Gewaltpraxis nicht selbst Zweck ist.

Dazu zwei Beispiele aus dem Land Brandenburg: 2002 wurde bundesweit über den Mord an dem 16-jährigen Marinus Schöberl berichtet, der von drei jungen Männern im nordöstlichen Brandenburg stundenlang beschimpft, misshandelt und schließlich brutal getötet wurde. Bemerkenswert an diesem Fall ist nicht zuletzt die Tatsache, dass die Täter den ihnen bekannten jungen Mann zwangen, sich als „Jude“ zu bekennen und ihn auf diese Weise in ihren Augen zu einem „absolut Fremden“ (Armin Steil) erklärten. Ihre Gewalttätigkeiten hatten kein Ziel, das außerhalb des Gewalthandelns selbst lag: Der Genuss von

¹⁸ Jens Peter Singer: Erfassung der politisch motivierten Kriminalität. In einem neuen Definitionssystem mit mehrdimensionalen Analysemöglichkeiten, in: Kriminalistik 59 (2004), H. 1, S. 32-37.

¹⁹ Vgl. Michael Kohlstruck: Spiele und Terror. Fremdenfeindliche Gewalttätigkeiten und maskuline Jugendkulturen, in: Peter Widmann/ Rainer Erb/ Wolfgang Benz (Hrsg.): Wege aus der Gewalt. Strategien gegen Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Berlin und Brandenburg, Berlin 1999, S. 223-257.

Macht und die Verfügung über das Opfer gipfelten nach einem längeren Eskalationsprozess im Tötungsakt als dem Erlebnis, Herr über Leben und Tod zu sein.²⁰

Ein Beispiel für ein politisch begründetes, zielgerichtetes Gewalthandeln ist der Fall der Gruppe „Freikorps“, die im Juli 2004 in Brandenburg festgenommen wurde. Die brandenburgische Generalstaatsanwaltschaft erhob wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung Anklage beim Oberlandesgericht.²¹ Gegen die Angeklagten wurde seit dem 20.12.2004 in Potsdam verhandelt. Die Angeklagten hatten zwischen Juli 2003 und Mai 2004 im Havelland (westlich von Berlin) gezielt Anschläge auf Imbisse nichtdeutscher Inhaber verübt. Erklärtes Ziel der Gruppe, die sich übrigens auch eine Satzung gegeben hatte, war es, nichtdeutsche Imbissbetreiber aus der Region zu vertreiben.

Die Unterscheidung von Gewalt als Praxis und Gewalt als Mittel macht auf die unterschiedlichen Entstehungszusammenhänge von Gewalthandeln aufmerksam. Sie hat damit eine wichtige Bedeutung für die Wahl angemessener Interventionen: Den Gewalttaten aus der Mitte von gewalthabitualisierten Milieus kann mit einem breiteren Interventionsarsenal begegnet werden als dies bei ideologisch motivierten und rational geplanten Taten der Fall ist.²²

Für die Forschung können sich an diese Unterscheidung Fragen in zwei Richtungen anschließen.²³ Unter welchen Voraussetzungen werden politische Zielvorstellungen gewalttätig durchgesetzt? Und die zweite Frage: Unter welchen Voraussetzungen entwickeln sich existierende gewaltpraktizierende Cliquen in Richtung einer Ideologisierung?

Unabhängig von diesen Folgerungen für Praxis und Forschung darf die idealtypische Unterscheidung nicht zu dem falschen Schluss führen, Attacken aus den gewalthabitualisierten Milieus als ein Problem minderen Ranges zu verstehen. Mit ihrer Ungeplantheit, also auch Unvorhersehbarkeit und mit ihrer Ziellosigkeit, also ihrer Maßlosigkeit und Brutalität gehen von ihnen derzeit ungleich größere Gefahren für Leib und Leben potenzieller Opfergruppen aus, als dies bei der politisch motivierten Gewalt der Fall ist.

²⁰ Vgl. zum Fall Schöberl: Peter Graser/ Karl-Heinz Fittkau: Töten ohne Anlass. Ein soziologisches Modell der Gruppentötung durch Jugendliche und Heranwachsende, in: Kriminalistik 59 (2004), H. 8-9, S. 533-541. Michael Kohlstruck/ Anna Verena Münch: Der Mordfall Marinus Schöberl (Arbeitspapier 1/ 2004: http://zfa.kgw.tu-berlin.de/Fall_schoberl.pdf), Berlin 2004, gekürzt in: Wolfram Hülsemann/ Michael Kohlstruck (Hrsg.): Einblicke. Ein Werkstattbuch, Potsdam 2004 (Mobiles Beratungsteam Tolerantes Brandenburg).

²¹ Vgl. die Presseberichterstattung: Berliner Zeitung 3./4.07.2004, S. 24; TAZ, 20.08.2004, S. 1, 7; Der Tagesspiegel 19.12.2004, S. 14.

²² Vgl. den Überblick: Wilfried Schubarth: Formen, Möglichkeiten und Grenzen der Gewaltprävention. Schulische und außerschulische Präventionskonzepte und deren Beitrag zur Entwicklung von Konfliktfähigkeit bei Jugendlichen, in: Raithel/ Mansel (Hrsg.) (Fußnote 9), S. 300-316

²³ Vgl. Friedhelm Neidhardt: Rechtsextremismus - ein Forschungsfeld, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 54 (2002), H. 4, S. 777-787.

Drittens: Soweit die praktischen Auseinandersetzungen mit Gewaltkulturen politisch gesteuert werden, können Konsequenzen aus früheren Untersuchungen zu gewaltaktiven Gruppen gezogen werden.²⁴ Bereits bei der Untersuchung von Prozessen in terroristischen Gruppen der 70er Jahre hat sich ein zentraler Gesichtspunkt als hochrelevant erwiesen: Gruppeninterne Prozesse hängen in hohem Maße von den Interaktionen zwischen den Gewaltakteuren und anderen gesellschaftlichen oder politischen Akteuren ab. Unter dieser Perspektive kommen die vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen gewaltträchtigen Milieus und ihrer Umwelt zum Tragen.

Untersuchungen zu Jugendkulturen zeigen, dass „Gewalt als Praxis“ speziell für diejenigen jungen Leute eine Option sind, die ihren Cliquen angehören, weil sie damit Defizite kompensieren wollen.²⁵ Diese „prekäre Zugehörigkeit“, eine Zugehörigkeit also mangels Alternativen sowie die bestehenden Defizite dieser jungen Leute verweisen auf die politischen Handlungsfelder, die diese Zugangsvarianten reduzieren. Im Sinne von Franz von Liszt („Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik“) ist damit nicht zuletzt eine Arbeitsmarktpolitik gefordert, die Arbeitsplätze schafft und gerecht verteilt.²⁶

Ein zweiter Aspekt betrifft die Geschlossenheit von Milieus. Gruppenzwänge können nur wirken, solange Gruppenangehörigen in ihrer Suche nach Anerkennung sowie Wert- und Normorientierung wenig gefestigt sind und sich auf die oft zufällig zustande gekommene Milieubindung angewiesen fühlen. Gefordert ist eine Bildungspolitik, die das einzelne Kind und den einzelnen Jugendlichen darin unterstützt, sich relativ unabhängig von Gruppenerwartungen und Gruppendruck als selbständige Subjekte zu entwickeln.

Gewalttätigkeit als interne Gruppennorm bedeutet schließlich eine um so höhere Gefahr für das soziale Leben, je mehr Gruppen sich etablieren können, in denen eine solche Gewaltpraxis zur Normalität gehört. In interaktionsbezogener Perspektive sind deshalb Bedingungen zu schaffen, unter denen sich die Orientierung von jungen Männern an einem maskulinen Stil in sozialverträglicher Weise praktizieren lassen. Es spricht unter diesem Gesichtspunkt einiges für eine Jugendhilfepolitik, die ein breites Spektrum an regelgeförderten Angeboten vorhält und damit - etwa im Bereich des Sports - jungen Männern attraktive Alternativen zur rechtsextremen Jugendkultur bietet.²⁷

²⁴ Vgl. Wanda Baeyer-Katte Dieter Claessens/ Hubert Feger/ Friedhelm Neidhardt: Gruppenprozesse. (Analysen zum Terrorismus, Bd. 3), Opladen 1982.

²⁵ Vgl. Thomas A. Wetzstein/ Patricia Erbdinger/ Judith Hilgers/ Roland Eckert: Selbstbildung und Gewalt in jugendlichen Cliquen, in: Zeitschrift für Pädagogik 49 (2003), H. 6, S. 837-854.

²⁶ Vgl. Bernd-Dieter Meier: Kriminologie, München 2003, S. 269.

²⁷ Vgl. u.a. Kurt Möller/ Siegfried Schiele (Hrsg.): Gewalt und Rechtsextremismus. Ideen und Projekte für soziale Arbeit und politische Bildung, Schwalbach 1996; Uwe Hirschfeld/ Ulfrid Kleinert (Hrsg.): Zwischen Ausschluß und Hilfe. Soziale Arbeit und Rechtsextremismus, Leipzig 2000; Verein für Kommunalwissenschaften e.V. (Hrsg.): Pädagogische Konzepte in der Jugendsozialarbeit mit rechten Jugendlichen, Berlin 2001.

Mit den Stichworten Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik und Jugendpolitik sind drei verschiedene Politikfelder angesprochen, die der Bildung von geschlossenen gewaltträchtigen Milieus bei jungen Männern nachhaltiger entgegenwirken als dies Aktionsprogramme können. Fremdenfeindliche Gewalt, häufig als rechtsextreme Gewalt klassifiziert, entsteht in aller Regel spontan und ohne politisches Kalkül. Sie stellt ein dringendes öffentliches Problem dar und hat insofern politische Brisanz. Allerdings ist sie kein typisches Element von Handlungsstrategien des politischen Rechtsextremismus. Sie lässt sich deshalb durch eine nachhaltige Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Jugendpolitik verringern.

Gerd Koenen

Das gegengesellschaftliche Milieu der „Neuen Linken“

Über dieses Thema möchte ich sowohl als distanzierter Beobachter wie auch als ehemaliger Akteur sprechen, auch wenn ich mir der Schwierigkeit dieser Doppelrolle vollkommen bewusst bin und sie weidlich ausgekostet habe bei meinem früheren Versuch, die eigene Biographie mit der größeren Geschichte des „roten Jahrzehnts“ (wie ich diese Periode der bundesdeutschen Nachkriegsrepublik im mentalitätsgeschichtlichen Rückblick genannt habe)¹ halbwegs zur Deckung zu bringen.

Alle einzelnen Schritte, die ich - mehr oder weniger prototypisch - in diesen Jahren von 1967 bis 1981 lebensgeschichtlich getan habe, sind mir auch im Nachhinein noch durchaus nachvollziehbar. Unerklärlich ist mir „nur“ der Weg im ganzen: vom Kriegsdienstverweigerer über die Humanistische Studentenunion in den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), und von dort über eine universitäre Basisgruppe und einen neokommunistischen lokalen Zirkel bis in den 1973 gegründeten Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW). Von hier führte der Weg in einem reißenden Prozess interner Radikalisierungen bis an den Rand der autosuggestiven Vorstellung, eine Stunde X (eine Weltkrise, ein Weltkrieg, ein neuer Faschismus) sei bereits nahe herbeigekommen und man werde sich spätestens dann auf bewaffnete Auseinandersetzungen einrichten müssen; freilich nicht im Sinne des isolierten Desparadotums der RAF und anderer terroristischer Gruppen, sondern im Sinne eines so oder so unabwendbaren Bürgerkriegs unter Einbeziehung der Armee. Dabei ließ man sich, einer legitimatorischen Logik folgend, zu ideologischen Extremen treiben, die man selbst wenige Jahre davor nie für möglich gehalten hätte. Erste Vorbereitungen für den Gang in einen wie auch immer gearteten Untergrund wurden auch bereits getroffen, insbesondere für den Augenblick des im Sommer 1977 im Bundesrat anhängigen, früher oder später erwarteten Verbots der Organisation. Und ich war dabei und steckte mittendrin.

Das Gefühl eines Ritts über den Bodensee ist geblieben, auch als sich dieser Bann wenige Jahre später löste und der Impuls, das eigene Leben völlig auf die Karte dieser imaginären Revolutionsstrategie zu setzen, sich beinahe über Nacht verlor und eine (recht produktive) Bewegung der theoretischen Selbstkritik schließlich in der sukzessiven organisatorischen Selbstauflösung mündete. Dass wir in all unserem revolutionären Furor letzten Endes doch nur Unmassen von Papier bedruckt haben und der ganze verbale Radikalismus der Gruppe

¹ Vgl. Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967 – 1977, Köln 2001.

nur ein vergleichsweise geringfügiges Korrelat an effektiv gewalttätigen Aktionen gezeigt hat, dass es also - anders als bei den terroristischen Gruppen - zumindest keine Toten und Schwerverletzten auf der eigenen und der anderen Seite gegeben hat, die das Gewissen belasteten, hat diese zivile Konfliktlösung sicherlich erleichtert.

Was lebensgeschichtlich zurückbleibt, ist ein gewisses Staunen, aber auch ein Erschrecken über sich selbst. Und dabei war dieser ganze Prozess, den ich hier kurz skizziert habe, kein rein individueller, sondern in jeder Phase ein Gruppenprozess, den zumindest der größere Teil meiner ehemaligen Genossinnen und Genossen ähnlich durchlaufen und auf jeweilige Weise erlebt und verarbeitet hat. Diese Irritation wird noch gesteigert durch den Eindruck, dass es sich bei der großen Mehrzahl dieser „Ehemaligen“ um eher unfanatische, recht gebildete und differenzierte Leute handelt. Und neben einigen gebrochenen Existenzen, die dieser gewaltsame „lange Marsch“ sicherlich hinterlassen hat, findet man eine weit größere Zahl recht erfolgreich im Leben stehender Leute in allen Lebenssphären und mit durchaus unterschiedlichen Orientierungen. Würde man sachlich-soziologisch nachforschen, was aus den ehemaligen Mitgliedern einer K-Gruppe wie dem KBW geworden ist, dem (Fluktuationen eingerechnet) ungefähr 15.000 Personen über eine kürzere oder längere Strecke angehört haben, würde man nicht nur im gegenwärtigen politischen Establishment von Rot-Grün fündig, sondern ebenso in den Redaktionen liberaler oder konservativer Medien oder in den mittleren und höheren Etagen von Industrie, Verbänden, Consulting-Firmen, von den Gewerkschaften, Schulen, Universitäten usw. noch ganz zu schweigen. Das sind freilich längst ganz individuelle Karrieren sehr unterschiedlicher Leute.

Diese Schilderung bitte ich nicht als Verharmlosung zu verstehen. Ich wäre mir selbst damals nicht gern in die Hände gefallen. Und ich mache mir keine Illusionen darüber, wozu wir als Gruppe, gar mit irgendeiner Art von Macht ausgestattet, fähig gewesen wären. Aber das ist nun einmal das Paradox, vor dem man steht, wenn man sich mit politischen Parteien, Gruppen Milieus usw. befasst, die antidemokratische Bestrebungen verfolgen und zu extremistischen oder gar terroristischen Handlungen fähig sind.

Sie bestehen nicht aus reinen Unmenschen, konstitutionellen Fanatikern und Kriminellen, die es gewiss auch gibt - aber die vielleicht das kleinere Problem sind. Das größere Problem sind womöglich Leute „wie ich“, für die der alte Satz gilt, dass die Wege zur Hölle oft mit guten Vorsätzen gepflastert sind. Darin liegt die ganze Schwierigkeit.

Von meinen spezifischen Erfahrungen innerhalb der Milieus und Gruppen der „Neuen Linken“ der sechziger und siebziger Jahre ausgehend, möchte ich nun ein paar allgemeinere Linien nachzeichnen, die andeuten, wie man dieses Paradox analytisch näher aufschlüsseln und ihm eventuell praktisch zu Leibe rücken kann.

Zentral steht für mich die Erfahrung, dass Menschen in der Gruppe zu Dingen fähig sind, zu denen sie als einzelne nicht fähig wären. Es sind Gruppenprozesse, die die eigentliche Alchemie der Radikalisierungsprozesse liefern. Die Gruppe, in der ich war, lieferte sogar das verblüffende Beispiel eines relativ offen operierenden, formal nicht allzu hierarchisch gegliederten Verbandes, innerhalb dessen der moralische, ideologische und politische Hauptdruck weniger vom Zentrum auf die einzelnen Mitglieder ausgeübt wurde, als vielmehr von den Mitgliedern aufeinander, in den lokalen Gruppen und den einzelnen Zellen. Das war eine im soziologischen Sinne sektenhafte Struktur, aber ohne eindeutigen Führer oder Guru. Der eigentliche, intern charismatische Machthaber bildete sich erst im Laufe des Prozesses selbst heraus und blieb nach außen nur der „zweite Mann“. Im Nachhinein hat mich dieser (psychologisch durchaus terroristische) Gruppenprozess weniger an eine kommunistische Kaderorganisation alten Stils erinnert, als vielmehr an die ausgesetzte Schulklasse in William Goldings „Herr der Fliegen“, die sich selbst einen Totempfahl errichtet und in einem Prozess von blind archaischer Dynamik eine psycho-terroristische Gruppenstruktur mit informellen Führern und designierten Verrätern ausbildet.

Die Metapher einer „ausgesetzten Schulklasse“ könnte man auch auf die politische Generation insgesamt beziehen, aus der die „Neue Linke“ und ihre „gegengesellschaftlichen Milieus“ der später 60er und 70er Jahre hervorgegangen sind. Das war eben keine soziale Bewegung und politische Parteibildung im hergebrachten Sinne, sondern eine diffus oppositionelle Bewegung aus der Mitte der ersten Nachkriegsgeneration heraus.

Eine solche radikale Jugendbewegung gab es um das Jahr 1968 herum bekanntlich nicht nur in Deutschland, sondern in den meisten westlichen und (verdeckter) sogar östlichen Ländern. Aber im internationalen Vergleich ist mit bloßem Auge zu erkennen, dass der unspezifische Radikalismus dieser „Achtundsechziger“ seine (schließlich auch physisch-terroristischen) Extreme besonders in den Ländern erreichte, die zu den moralisch gebrandmarkten Verlierern des Weltkriegs gehörten: Deutschland, Italien und Japan. In diesen Ländern war es - wenn man diesen Ausdruck von Norbert Elias heranziehen will - zu einer besonders tiefgreifenden Erschütterung der gesellschaftlichen „Wir-Schicht“ gekommen. Gemeint ist dabei ein etabliertes Set von Werten, Normen, Verhaltensweisen, wie es eine Generation an die andere weitergibt, an der sich auch das eigene Selbstbild orientiert. Die „Last der Vergangenheit“ war zuallererst eine Kränkung dieses Selbstbildes. Und die Selbstdefinition als „Neue Linke“ war - Marcuse brachte das in aller idealistischen Naivität auf den Punkt - in seinem inneren emotionalen Kern auch ein kollektives narzisstisches Projekt der Selbsterfindung, das dem unbewussten Ziel der Abnabelung von der Katastrophengeschichte der Elterngeneration folgte.

Das primäre soziologische Spezifikum der radikalen Bewegungen dieser Zeit war ihr Signum authentischer Jugendbewegungen. Natürlich waren alle totalitären Bewegungen des

20. Jahrhunderts „jung“, d.h. sie hatten eine vorwiegend jugendliche Massenbasis. Aber die 68er-Rebellen waren ursprünglich eben nicht Rekruten der bestehenden Parteien der alten Linken oder des so genannten „sozialistischen Weltlagers“. Sondern als „ausgesetzte Schulklasse“ suchten sie sich selbst in hektischen Such- und Aneignungsbewegungen die ideologischen und theoretischen Versatzstücke zusammen, mit denen sie ihren Gestus einer Radikal- oder Fundamentalopposition überhaupt legitimieren, rationalisieren, fundieren konnten.

Darin zeigte sich ein weiteres Charakteristikum dieser Bewegungen: Eine unbestimmte existenzielle Radikalisierung lief der ideologischen und politischen stets weit voraus. Sie lieferte die noch ungerichtete Grundenergien und das Flair einer Jugendbewegung, gebündelt in der berausenden Vorstellung einer weltweiten Revolte gegen die „alten Autoritäten“ gleich welcher Provenienz oder Observanz, von Shanghai über Berkeley bis Paris und Berlin.

So positiv-utopisch dieser „Aufbruch der Jugend“ dem eigenen Gestus nach wirken mochte, so sehr möchte ich behaupten, dass sich darin eher ein apokalyptisches Weltgefühl ausdrückte, wie es für alle radikalen und totalitären Bewegungen des vergangenen und noch mehr vielleicht des jetzigen neuen Jahrhunderts charakteristisch war und ist. Im Kern handelte es sich um das Gefühl, dem rasenden Prozess einer globalisierten kapitalistischen und technologischen Entwicklung ausgeliefert zu sein, den man nicht steuern kann und in dem man sich „entfremdet“ fühlt (damals ein zentrales Stichwort der Zeit); ein Prozess, der, je höher er hinaufführt, umso tiefer in Abstürze und Abgründe führen muss. So das unbestimmte Grundgefühl der Zeit, wie es in periodischen Schüben die gesamte Geschichte des 20. Jahrhunderts geprägt und bestimmt hat. Dabei sind es oftmals gerade nicht die wirklichen Krisenzeiten, sondern im Gegenteil, Zeiten neuer, mächtiger sozialökonomischer Expansionen, wie es die sechziger und siebziger Jahre sogar in ganz besonderer Weise waren, und dann noch einmal die neunziger Jahre, in denen sich extremistische und totalitäre Gegenbewegungen ausbilden.

Das „gegengesellschaftliche Milieu der Neuen Linken“, das (sehr zur Überraschung der Jugendforscher) um das Jahr 1968 schlagartig in der Bundesrepublik ins Leben sprang, war nichts, was wir in dieser Form vorfanden. Der Tübinger SDS, dem ich mich Ende 1967 angeschlossen hatte, war noch eine traditionelle Studentenorganisation aus meist älteren Doktoranden. Binnen weniger Wochen und Monate war daraus ein eigenes brodelndes APO-Milieu geworden; oder, soziologisch richtiger gesagt, eine fluktuierende „Szene“, die sich unter einem großteils eingebildeten äußeren Druck abkapselte, sich mit einer eigenen Geheimsprache, einer Art theoretischem „Rotwelch“, mit eigenen Riten und fast gewohnheitsmäßigen Aktionsformen definierte und so schließlich zu einem „Milieu“ heranbildete.

„Gegengesellschaftlich“ war dieses Milieu nicht nur, weil es die gegebene Gesellschaft in großem Gestus und insgesamt verwarf, sondern weil es in forcierter Weise auch Züge einer „Gegengesellschaft“ tragen wollte und in mancher Hinsicht tatsächlich trug. Ich möchte behaupten, dass gerade das Eintauchen mit Haut und Haar und mit allen dazu gehörigen erotischen Komponenten (wenn auch keineswegs so libertär, wie man später gerne wollte) in dieses jugendliche Gegenmilieu die primäre und entscheidende Attraktion ausmachte - noch vor aller Politik.

Die rasch eskalierenden Prozesse der Politisierung, Ideologisierung und Radikalisierung verliefen ebenfalls weithin unbewusst - trotz oder gerade wegen der magischen Vorstellung von „Bewusstheit“ oder „Bewusstwerdung“, der man dabei folgte. Man arbeitete eben an einer kollektiven „Bewusstwerdung“ und in diesem Rahmen an seiner Ausbildung zum „revolutionären Subjekt“ oder „bewussten Revolutionär“. Das alles waren Begriffe von existenzieller Leere, die sich nach dem Gesetz, nach dem man angetreten war, wie ein Vakuum irgendwann füllen und materialisieren mussten. Ein „bewusster Revolutionär“, was immer das hieß, musste sich letztendlich irgendeiner Gruppe oder Fraktion anschließen, die versprach, mit der Sache ernst zu machen. Diese Gruppe wiederum bedurfte als Begründung und Existenzbeweis einer „verbindlichen Theorie“ und politischen Programmatik. Und auf die Theorie musste dann eine vermeintlich „strategisch“ angelegte, organisierte Praxis folgen. Eins gab hier das andere. Man suggerierte sich in eine nach vorn offene Folge selbst gesetzter Handlungszwänge hinein.

Natürlich hieß das immer auch, sich schärfstens von den anderen Gruppen oder abweichenden Fraktionen abzugrenzen, die einen falschen, opportunistischen oder revisionistischen Weg gingen. Im Grunde liefen die Selbstdefinitionen der einzelnen Gruppen und Fraktionen sogar zuallererst über diese Abgrenzungen voneinander, bis die ganze Szenerie sich schließlich - hier müsste man fast ethnographische Kategorien anwenden - in einem Gewirr von Stämmen mit eigenen Riten, eigener Sprache, eigenem sozialen Innenleben ausdifferenzierte, die sich gegenseitig zu immer radikaleren Aktionen antrieben, so wie es die einzelnen Mitglieder dieser Gruppen auch untereinander taten.

Vor allem im Hochdruckkessel der Frontstadt Westberlin entstand aus dem Gemisch unbestimmter Erwartungen, chaotischer Gruppen- und Cliquenbildungen und einer immer steileren Rhetorik revolutionärer „Gegengewalt“ mit dem Gestus ultimativer Notwehr eine explosive Situation, die sich in der - sofort von Legenden umwobenen - „Schlacht am Tege-ler Weg“ vom 4. November 1968 entlud, als die unvorbereitete Polizei im Stile der Pariser Mairevolteure mit einem Hagel von Pflastersteinen eingedeckt wurde.

Damals kam das neue, aus Frankreich und Italien importierte Zauberwort „Militanz“ auf und kombinierte sich mit der „Organisationsfrage“ zum Wunschbild der Ausbildung „mi-

litanter Kader“. Christian Semler, der als der Strategie dieser Schlacht gehandelt wurde, sagte auf der SDS-Delegiertenkonferenz in Hannover, dass diese Demonstration „in verschiedenen Etappen eine Organisation verriet“, wie sie bis dahin unbekannt gewesen sei. So könnten sich aus einer Eskalationsstrategie von militanten Aktionen - in Verbindung mit Schulung, Theorie, Agitrop usw. - die Strukturen einer künftigen revolutionären Organisation entwickeln lassen. Kurzum, „Militanz“ machte frei (von bürgerlich-autoritären Hemmungen). Und sie war das vermeintlich entscheidende Mittel, um eine Brücke zu den kampfbereiten und ohnehin gewalterfahrenen Teilen der proletarischen Massen und „Randgruppen“ zu schlagen und Keime einer künftigen revolutionären Organisation zu entwickeln. Von hier führte ein ziemlich direkter Weg zu den ersten Kernen bewaffneter Gruppen, die sich 1969/70 bildeten, und gleichzeitig zu den neokommunistischen Kadergruppen und Miniparteien der siebziger Jahre.

Natürlich gab es stets auch Gegenbewegungen: den individuellen oder gruppenweisen Ausstieg als einen - manchmal verbalradikal garnierten - Rückzug von den Extremen und Konsequenzen des eigenen Handelns. Freilich, je dichter das Organisationsgefüge und je habitueller und bindender das Leben in der Gruppe wurde, um so mehr waren Austritte nur noch in Form von Desertionen bei Nacht und Nebel möglich - obwohl es ja keinerlei Sanktionen gegen Abtrünnige gab. Aber diese selbst fühlten sich oft als Verräter, die es „nicht brachten“.

Freilich zeigt sich hier wie überhaupt ein nie zu heilender Riss zwischen individuellen Lebenszielen und Ambitionen, den Kompensationen, die das Gruppenleben dafür bot, und der Bindekraft einer zivilen Gesellschaft, wie sie die Bundesrepublik eben doch war. Das eigentliche Schreckenswort hieß denn auch nicht „Repression“, sondern (zumal angesichts der sozialliberalen Reformpolitik) „Integration“. Die Selbstabschottung der Gruppen war von einem fast panischen Bemühen diktiert, die mit tausend Tentakeln nach den Genossen greifende „bürgerliche Gesellschaft“ draußen zu halten.

Von diesem Leben „draußen“ ging ein beständiger Sog aus, der keineswegs nur mit Karrieren oder materiellen Verführungen zu tun hatte, sondern viel mehr mit den elementaren Bedürfnissen nach einem ganz normalen Leben, nach sozialer und libidinöser Bindung. Das Leben als „Berufsrevolutionär“ bedeutete eben die permanente, geradezu manische Aufrechterhaltung einer künstlichen Anspannung, fast einem Leistungssportler vergleichbar. Es waren denn auch nicht in erster Linie die „Bürgerkinder“, die diesen Versuchungen der Normalität erlagen; viel eher waren es die zahlreichen jungen sozialen Aufsteiger, die Gruppen wie unsere mit ihren intensiven Marx-Schulungen und organisatorischen Vielseitigkeitsprüfungen als einen zweiten oder parallelen dritten Bildungsweg nutzten - und irgendwann dann genug hatten.

Das dramatischste Sprengmittel war dabei das informelle Exogamie-Tabu, das alle diese Gruppen errichten mussten. Entweder man band sich in der Gruppe, oder die Gruppe selbst war die „Family“, die eine soziale und libidinöse Bindung ersetzte. Dieser letztere Effekt ist freilich auch nicht zu unterschätzen. Die Gruppe mit ihren disziplinären Regeln nimmt vieles, aber sie gibt auch manches. Man ist Tag und Nacht unter Leuten, unter Seinesgleichen, und hier im wesentlichen unter Gleichaltrigen beiderlei Geschlechts; man wird vieler schwieriger Lebensentscheidungen und selbst Lebensmühen enthoben. Man hat seinen Platz und kann seinen Ehrgeiz in einem überschaubaren Rahmen und als Teil eines kollektiven Narzissmus oder auch Größenwahns befriedigen. Und im Rahmen der internen und externen Fluktuationen können sich die males & females der Gruppe mindestens zeitweise, manchmal sogar dauerhaft finden und binden. Fast könnte man sagen, dass die Konstitutionsphase solcher Gruppen von einer Art kollektiver gegenseitiger Verliebtheit bestimmt ist, deren romantischer Schmelz sich im grauen revolutionären Alltag dann über die Jahre allerdings verliert.

Man stelle sich jedenfalls eine autoritäre Gruppe dieses Typs nicht als einen reinen Zwangszusammenhang vor. Den Zwang taten wir uns größtenteils selber an, und jeder hatte auch irgendeine Kompensation. Aber das machtvollste Mittel der Unterminierung der ganzen antrainierten revolutionären Moral waren am Ende eben doch die „basics“ des Lebens, wie Liebe und Partnerschaft, Ehe und Familie, Kinder und Eltern, Freunde und Verwandte, samt alldem, was an Lebensplanungen und materiellen oder moralischen Imperativen damit verbunden war. Diese elementaren Dinge waren und sind das, was „gegengesellschaftliche Milieus“ am Ende eben doch nicht leisten können.

Ich kann Ihnen diese vielfältigen, durcheinanderlaufenden Prozesse hier nur in einigen wenigen Aspekten andeuten. Sie lassen sich - mit all ihren zeitbedingten und irrationalen Komponenten - vielleicht auch gar nicht bis ins Letzte entschlüsseln. Ich wollte jedenfalls in dieser Skizze die Seite der größtenteils blinden Handlungslogiken und internen Gruppenprozesse akzentuieren, die über eine erstaunlich lange Strecke tragen können - am Ende aber, sofern keine Perspektiven realer Macht und kollektiven Aufstiegs zur sozialen Prominenz winken, dem assimilatorischen Sog eines zivilen Lebens nur selten standhalten können. Die ganze Kunst der Beobachtung und Einschätzung solcher Milieus und Gruppen wird darin liegen, diesen inneren Tonus oder Zyklus zu fassen zu kriegen.

Als Historiker und Kommunismusforscher könnte ich meine Erfahrungen und Beobachtungen schließlich dadurch untermauern, dass sich auch in den verschiedenen Milieus der Neuen Linken der 60er und 70er Jahre noch einmal gezeigt hat, wie „wissenschaftlich“ argumentierenden Formen der Selbstideologisierung und das Ethos verschworener Kampfgemeinschaften, die sich einem angeblich universalen menschheitlichen Ziel verpflichtet haben, sowohl Stärke wie Schwäche, Verführung wie Schrecken linksextremer Formatio-

nen ausgemacht haben und ausmachen. In dieser Hinsicht stehen sie den Phänomenen des modernen Islamismus womöglich typologisch näher, als man das für die rechtsextremen („faschistischen“) Parteien und Bewegungen sagen könnte. Aus diesem Grunde halte ich den Ausdruck „Islamofaschismus“ für eine eher hilflose Bezeichnung, die das Spezifische gerade verfehlt.

Andererseits waren die „gegengesellschaftlichen Milieus der Neuen Linken“ wohl die Vorläufer, Trendsetter, Sturmvögel einer allgemeinen Tendenz, die in den extremistischen Bewegungen und Gruppierungen aller Observanzen und Richtungen zu beobachten ist - nämlich weg von hierarchischen und zentralistischen Massenparteien alten Stils hin zu beweglichen, fluktuierenden, „guerillamäßig“ operierenden Szenen und Milieus, in denen sich Führungsstrukturen und Regeln der Disziplin oder Konspiration eher informell als Formell herstellen. Das gilt offenbar ebenso für die islamistischen Gruppen wie auch für die Aktivisten und Propagandisten einer „Neuen Rechten“, die gerade in der Bundesrepublik nicht zufällig zu einem beträchtlichen Anteil - personell wie ideologisch - aus dem Nest der früheren „Neuen Linken“ geschlüpft ist. Aber das wäre dann schon ein anderes Thema.

Bildungs- und Sozialarbeit islamistischer Organisationen

- Einstieg in die Radikalisierung? -

Einführung

Als Ende der 1970er Jahre zumeist in privater Initiative die ersten Koranschulen entstanden, dauerte es nicht lange, bis es kritische Einschätzungen und Mutmaßungen von allen Seiten hagelte. Oftmals bezog sich die Kritik dabei weniger auf Inhalte als vielmehr auf die – vermutete – politische Ausrichtung der Organisation.¹ Ferner war von autoritären Erziehungsmethoden und antiwestlicher Stimmungsmache bis hin zu einer positiven Haltung zu Gewalt und Terror die Rede.² Nehmen wir durchaus an, dass diese Anschuldigungen nicht haltlos aus der Luft gegriffen waren, so war die Beweislage doch jeweils so schwach, dass man politisch handlungsunfähig war. So antwortet bspw. die Landesregierung NRW 1979 auf Anfrage von Abgeordneten: „Erkenntnisse über beweisbare Verstöße gegen deutsche Gesetze, die ein Einschreiten rechtfertigen würden, liegen der Landesregierung nicht vor.“³

Auch 25 Jahre später findet islamisch-religiöse Bildung in Deutschland weitgehend außerhalb staatlicher und behördlicher Aufsicht statt. Dabei hat das Angebot quantitativ und qualitativ erheblich zugenommen; in nahezu jeder Moschee werden heute Koranunterricht und religiöse Unterweisung angeboten, oftmals in unmittelbarer Anbindung an eine islamische oder islamistische Organisation. Dennoch bleibt die Erkenntnislage bedauerlich unklar. Bereits die Zahlenangaben zum Besuch außerschulischen Religionsunterrichts durch muslimische Kinder und Jugendliche in Deutschland divergieren so erheblich, dass von einer soliden empirischen Basis keine Rede sein kann.⁴ Curricula und Lehrmaterialien verschiedener muslimischer Organisationen und Bildungsträger sind offen zugänglich und können einer Analyse unterzogen werden, jedoch wissen wir kaum etwas über die ent-

¹ In den 70er/80er Jahren war es vor allem die nationalistisch-faschistische MHP, vertreten durch die Grauen Wölfe. Die zunehmend fundamentalistisch-islamische Ausrichtung vieler Korankurse geriet erst in den 90er Jahren in den Fokus des Interesses.

² Vgl. Wolfgang Ritsch, Die Rolle des Islams für die Koranschülerziehung in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1987, S. 102-105.

³ Vgl. Adnan Aslan, Religiöse Erziehung der muslimischen Kinder in Deutschland und Österreich, Stuttgart 1998, S. 192f. Vergleichbare Feststellungen trafen auch die Landesregierungen von Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg

⁴ Vgl. Britta Marschke, Religionsunterricht und interkulturelle Erziehung. Situation und Perspektiven für Kinder und Jugendliche aus türkischen Migrantenfamilien, Berlin 2002, S. 370f. Ritsch ging in den 80er Jahren sogar von bis zu 80% aus (vgl. Ritsch, Fußnote 2, S. 105ff). Nach Ursula Spuler-Stegemann besuchen etwas 10% der muslimischen Kinder in Deutschland Koranschulen. Vgl. dieselbe, Muslime in Deutschland. Informationen und Klärungen, 3. Auflage, Freiburg 2002, S. 248.

scheidenden Methoden ihrer Vermittlung: In welcher Form erfolgt der Unterricht? Werden ergänzende Materialien verwendet? Wie wird mit Fragen der Schüler und mit Diskussionsbedarf umgegangen? Wird auf die Tatsache eingegangen, dass man hier in einer nicht-islamischen Umgebung lebt und wenn ja in welcher Form?

Die Frage, ob islamistische Bildungs- und Sozialarbeit den Einstieg in die Radikalisierung begünstigt, lässt sich so nicht einfach mit *ja* oder *nein* beantworten. Eine differenzierte Betrachtung ist notwendig und gleichzeitig schwierig, denn die wissenschaftliche und empirische Basis zum Thema ist dünn. Ein Großteil der einschlägigen Publikationen muss als mehr oder minder tendenziös angesehen werden. Da gibt es auf der einen Seite die vollmundigen Bekenntnisse zur Freiheit der religiösen Erziehung im Rahmen der Religionsfreiheit, in dem Glauben, es gehe dort immer und ausschließlich um die Vermittlung religiösen Wissens, um Glaubens- und Werteerziehung. Wir wissen, dass das nicht stimmt. Auf der anderen Seite stehen Autorinnen und Autoren, für die jede Koranschule und jede religiös-muslimische Einrichtung eine direkte oder indirekte Bedrohung für die individuelle Freiheit des Lernenden und für Frieden, Sicherheit und Demokratie darstellt. Wir wissen, dass auch das nicht der Wahrheit entspricht. Schließlich werden längst überholte Arbeiten zum Thema wieder und wieder zitiert, während die aktuelle Forschung zu Inhalt, Methodik, Zielgruppe und Auswirkungen islamischer Bildungsarbeit in Deutschland völlig mangelhaft ist.⁵

Was ist islamistische Bildungs- und Sozialarbeit?

Um einer soliden Definition der islamistischen Bildungsarbeit näher zu treten, müssen wir uns zunächst den Bezugsrahmen verdeutlichen, in dem sich Bildungsarbeit an sich im traditionellen islamischen Denken verortet und der von unseren Maßstäben erheblich abweicht. Hier wie dort geht es um die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten, allerdings mit recht unterschiedlicher Zielsetzung. In der aktuellen westlich geprägten Pädagogik wird Bildung verstanden als Befähigung zur Selbstbestimmung, zur Autonomie, zur Kritikfähigkeit, zur Freiheit des eigenen Denkens und der eigenen Entscheidungen, wobei grundsätzlich die Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Wegen und Lebensentwürfen und die Anerkennung des je anderen Menschen als gleichwertige und gleichberechtigte Person unterstellt wird. Die Vermittlung einer als einzig und absolut wahr angesehenen Lehre rückt dagegen schon in die Nähe der Indoktrination und verletzt die in unserer Kultur ein-

⁵ Vgl. auch Ali Özgür, Islamische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, eingestellt in. http://www.big-nord.de/allgemein/inh_Allgemein/bildung.htm.

geforderten Rechte des Schülers auf Mündigkeit und Mitbestimmung. Ziel einer islamischen/islamistischen Bildungseinrichtung ist aber vor und über allem die Vermittlung des Glaubens auf kognitiver und spiritueller Ebene, mit umfangreichem religiösem Wissen und einer islamischen Lebenshaltung. Der mögliche Rahmen für Werteorientierung, Kritik und Mündigkeit wird so von der Religion selbst gesteckt. Behr beschreibt dazu sehr eindrücklich:

„Für die islamische Erziehung ergibt sich aus dem bisher Gesagten so etwas wie ‚Mündigkeit‘ als Zieldimension. Mündigkeit meint die Entschlossenheit und Kraft,

- *Allah niemals Mitgötter zu geben,*
- *die dazugehörige Lebensweise wahr zu machen,*
- *das, was Allah beschlossen hat, nicht in Zweifel zu ziehen,*
- *dem Recht Geltung zu verschaffen und richtige Entschlüsse auch gegen Widerstände durchzusetzen,*
- *wo es geht, Nachsicht, Milde und Verzeihen walten zu lassen,*
- *immer auf Allah zu vertrauen.“*⁶

Die klassischen Methoden islamischer Bildung – Lesen, Wiederholen, Rezitieren, Auswendiglernen – tragen den skizzierten Bildungszielen Rechnung.⁷

Darüber hinaus ist der Stellenwert von Religion und religiöser Erziehung für traditionelle Muslime wesentlich höher als hierzulande üblich. Eine islamgerechte Erziehung scheint unverzichtbar für die ethisch-moralische Entwicklung der Kinder und wird als Aufgabe von Eltern und Familie, Gemeinschaft und Schule/Gemeinde angesehen.⁸ Der einschlägige Bildungsbedarf geht so weit über den schulisch üblichen Rahmen von zwei Wochenstunden hinaus und umfasst in den meisten muslimischen Bildungseinrichtungen verschiedene Disziplinen wie Koran und Koranauslegung, Hadith, das Leben des Propheten, frühislamische Geschichte sowie Fragen der islamischen Lebensführung und Pflichtenlehre. Fortgeschrittene lernen darüber hinaus islamisches Recht und vertiefen Aspekte der islamischen Theologie. Für die meisten Organisationen ist somit klar, dass ein Fach ‚Islamischer Religionsunterricht‘ an öffentlichen Schulen den außerschulischen Religionsunterricht allenfalls ergänzen, nicht aber ersetzen kann.⁹

⁶ Vgl. Harry Harun Behr, *Islamische Bildungslehre*, München 1998, S. 121.

⁷ Vgl. hierzu Eva Orthmann, *Hintergrund: Traditionen der islamischen Bildung. Individuelle und kollektive Wissensvermittlung an den Koranschulen*, in: *Neue Züricher Zeitung* vom 16.2.2002.

⁸ Vgl. Hasan Alacacioglu, *Ist Gott noch „in“?*, in: Wolf-Dieter Bukow (Hrsg.): *Islam und Bildung*, Opladen 2003, S. 93-114.

⁹ Vgl. hierzu auch Rabeya Müller, *Gedanken zur religiösen Unterweisung in den Moscheen*, in: Bukow (Fußnote 8), S. 164-168. Zur Frage einer möglichen Ausgestaltung des Islamunterrichts vergleiche auch Martin Stock, *Islamunterricht: Religionskunde, Bekenntnisunterricht oder was sonst?*, Münster 2003.

Wenn wir also die ohnehin schwierige und immer in Teilen auch willkürliche Grenzziehung zwischen Islam und Islamismus auf Bildungseinrichtungen übertragen, so ist äußerste Sorgfalt gefragt, wollen wir zum einen nicht jeder religiös-islamischen Bildungsarbeit in Deutschland den Boden entziehen und zum anderen den bedenklichen ideologischen Auswüchsen wirksam begegnen können. Unter Islamismus allgemein verstehen wir diejenige Richtung des Islams, die die Ausrichtung allen individuellen und kollektiven Denkens und Handelns an den Maßgaben der Religion fordert und sich befugt sieht, dies für alle verbindlich festzuschreiben. Eine islamistische Bildungseinrichtung würde sich demnach auszeichnen durch

- die ausschließliche Postulierung und Vermittlung islamischer Werte und Normen nach der je spezifischen Auslegung der Organisation sowie
- die Erziehung der Zielgruppe zur Durchsetzung dieser Werte und Normen und zu einer Haltung, mit der sie sich befugt sieht, diese Position in erster Linie für alle Muslime, in zweiter Linie für alle Menschen für gültig zu halten.

Die Mittel, die zur Durchsetzung dieses Zieles propagiert und als legitim vermittelt werden, reichen von der Propaganda und Mission bis zum *Jihad* in seiner ganzen Bandbreite möglicher Interpretationen.¹⁰ Hinzu kommt als Merkmal islamistischer Bildungseinrichtungen, dass neben der Vermittlung der Religion in aller Regel auch finanzielle oder politische Zielsetzungen der jeweiligen Organisation eine Rolle spielen und die Bindung der Zielgruppe über die Ideologie hinaus an die Organisation angestrebt wird.¹¹

Einzelne besonders extremistische Organisationen wie der Kalifatsstaat oder die Hizb ut-Tahrir (HuT) – beide zwischenzeitlich verboten – machen uns ihre Zuordnung relativ leicht. Sie machen keinen Hehl aus ihrer radikalen Ablehnung jedweder Demokratie, ihrem Eintreten für die kompromisslose Anwendung des islamischen Rechts und ihrem Hass auf Andersgläubige, aber auch Andersdenkende. Ohne Zweifel wird diese Ideologie in einschlägigen Bildungsveranstaltungen, oftmals wenig formalisierten und fast geheimbündlerisch anmutenden religiösen Zirkeln oder Koranunterweisungen weitergegeben. Ziel ist es, die Schüler nicht nur auf den Islam, sondern ausschließlich auf die eine Lesart der jeweiligen Organisation einzuschwören und zu verpflichten bis zur Bereitschaft, alles andere – Beruf, Familie, Vermögen und gegebenenfalls das eigene Leben - in den Dienst der Sache

¹⁰ Entscheidend für die Legitimation des bewaffneten Jihad als Verteidigung der Gläubigen gegen Angriffe von außen ist die Interpretation der Angriffssituation. Diese kann durchaus angenommen werden, wenn irgendwo auf der Welt Krieg gegen Muslime geführt wird und die Gemeinschaft insgesamt zur Verteidigung ihrer Rechte aufgerufen ist.

¹¹ Vgl. auch Hasan Alacacioglu, Außerschulischer Religionsunterricht für muslimische Kinder und Jugendliche türkischer Nationalität in NRW. Eine empirische Studie zu Koranschulen in türkisch-islamischen Gemeinden, Münster 1998, S. 194.

zu stellen. Dass hier ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Bildungs- seltener auch Sozialarbeit - und Radikalisierung besteht, ist ohne jeden Zweifel.¹²

Weniger eindeutig verhält es sich mit den gemäßigt islamistischen Organisationen, die zwar teilweise radikales Gedankengut vertreten und die Abschottung ihrer Anhänger von der nicht-muslimischen, gegebenenfalls aber auch von der muslimischen Außenwelt fördern, dabei aber nicht direkt zur Gewalt aufrufen und ihren Anhängern ein normales Familien- und Berufsleben unter islamischen Vorzeichen in einer nicht-islamischen Umwelt zugestehen. Nach außen stellen sie sich gern als demokratisch und völlig einverstanden mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung dar. Hierzu zählen wir Organisationen wie die Muslimbruderschaft und verwandte Organisationen, die Hizbullah, die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), den Verband islamischer Kulturzentren (VIKZ), das Islamologische Institut Frankfurt/Wiesbaden, saudisch-wahhabitisch beeinflusste Moscheegemeinden und dem Vernehmen nach die saudische König Fahd Akademie in Bonn.

Selbstdarstellungen islamistischer Organisationen in Deutschland betonen selbstredend, dass in ihren Einrichtungen ausschließlich die religiöse Lehre und Praxis des Islams vermittelt wird und weisen im übrigen darauf hin, dass diese Art religiöser Erziehung gepaart mit einschlägigen sozialen Angeboten sich positiv auf das Sozialverhalten der Jugendlichen auswirke.¹³ Inhalte und Methoden, die sich gegen demokratische Prinzipien und Völkerverständigung richten, werden geleugnet. Solche Nebelbomben sind Teil der islamistischen Strategie und sollten uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass die genannten wie vergleichbare Organisationen ihre uns hinlänglich bekannte Ideologie selbstverständlich verbreiten und weitergeben, und welches Medium wäre wohl geeigneter dafür als die Bildungsarbeit? Der Erwerb von Wissen in den religiösen Wissenschaften wie in anderen Disziplinen hat für Islamisten höchste Priorität und erscheint ihnen als probates Mittel, die Sache des Islams auf der ganzen Welt voranzutreiben.¹⁴

Religiöse und soziale Angebote islamistischer Träger

Das religiöse Bildungsangebot islamistischer Träger in Deutschland ist breit gefächert: Korankurse und allgemeine religiöse Unterweisung für Kinder und Jugendliche sind die Grundlage und finden sich im Angebot fast aller einschlägigen Organisationen. Hinzu

¹² Zur Ideologie und Strategie des Kalifatsstaates vgl. auch Werner Schiffauer, *Die Gottesmänner. Türkische Islamisten in Deutschland*, Frankfurt a.M. 2000.

¹³ So Hasan Özdoğan Vorsitzender des Islamrates für die Bundesrepublik Deutschland, in einem Interview zum 11. September, eingestellt in: <http://www.islamrat.de/stellungnahme/2001/interview-iz.htm> So würden die Absolventen einer Koranschule praktisch in keiner Kriminalitätsstatistik auftauchen.

¹⁴ Vgl. Spuler-Stegemann (Fußnote 4), S. 48-51 und dies., *Kirchen und Universitäten als Ansprechpartner islamistischer Aktivisten*, in: Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), *Politischer Extremismus als Bedrohung der Freiheit*, Erfurt 2002, S. 27-39, hier S. 33f.

kommen Wochenend- und Ferienangebote (insbesondere der IGMG), eigene Wohnheime für die religiöse Ausbildung von Jungen und Mädchen (eine Besonderheit im Konzept des VIKZ), außerdem Koranrezitationswettbewerbe, Buchmessen und religiös-kulturelle Veranstaltungen aller Art. Mancherorts, bspw. am Islamischen Zentrum Aachen, wird über den Arabisch- und Islamunterricht für Kinder und Jugendliche hinaus besonderer Wert gelegt auf religiös-wissenschaftliche Arbeit, anspruchsvolle Literaturangebote zu religiösen Themen, besonders auch für Erwachsene, sowie Öffentlichkeitsarbeit, Beziehungen zu Staat und Kirche und das Werben für den Islam.¹⁵ Seit 2003 betreibt das IZ Aachen außerdem mit dem Zentrum für islamische Studien eine theologische Ausbildung für Imame. Das 2001 gegründete Islamologische Institut Frankfurt/Wiesbaden richtet sich als religiös-soziales Aus- und Weiterbildungsinstitut der islamischen Religionsgemeinschaft Hessen an Berufsgruppen, die in der islamischen Infrastruktur im Bildungs- und Sozialbereich tätig sind, vom Religionsunterricht über die Sozialarbeit, die spezielle Seelsorge bspw. in Krankenhäusern und Haftanstalten bis zur allgemeinen Glaubensverkündigung und Mission (*Da'wa*). Die unlängst in die Schlagzeilen geratene König-Fahd-Akademie KFA in Bonn schließlich richtet sich als saudische Regelschule auf deutschem Boden an arabische Kinder und Jugendliche von Klasse 1 bis 12. Der informellen religiösen Aus- und Weiterbildung Erwachsener dienen Literaturangebote und Vortragsveranstaltungen, Freitagspredigten und in wachsendem Maße - insbesondere für Frauen - das Internet.¹⁶

Doch das Aufgabenspektrum von Moscheen und Moscheegemeinden befindet sich seit einiger Zeit im Wandel. Neben den klassischen Bildungsaufgaben reagieren die Gemeinden mit zahlreichen Angeboten der Jugend- und Sozialarbeit auf den einschlägigen Bedarf der oftmals sozial benachteiligten muslimischen Bevölkerung. Muslimische Jugendliche fühlen sich häufig unter enormem Anpassungsdruck der Mehrheitsgesellschaft und fordern die Jugendarbeit innerhalb der islamischen und islamistischen Organisationen ein als Zeichen der Gleichberechtigung mit den Nutznießern vergleichbarer kirchlicher oder staatlicher Angebote.¹⁷

So bieten islamische wie islamistische Organisationen in Deutschland heute neben religiösen Bildungsveranstaltungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ein oftmals breites Spektrum von Sozialdiensten an. Besonders gefragt sind Nachhilfestunden in den klassischen Hauptfächern, häufig integriert in religiöse Bildungsangebote, sowie Sprachkurse in Deutsch, Türkisch und Arabisch. Jugendliche schätzen in besonderer Weise Veranstaltungen zu sozialen und politischen Themen, die sie betreffen, Computerkurse sowie das vielfältige Sportangebot. Neben allgemeiner Lebensberatung in allen möglichen Krisensitua-

¹⁵ Bilal-Moschee, Broschüre, o.O. o.J.

¹⁶ Vgl. z.B. www.islaam.de, www.salaf.de, www.islah.de, www.as-sunnah.de

¹⁷ Tarek Badawia, „Ana laha“: „Ich nehme es selbst in die Hand“ – Muslimische Jugendliche und ein islamischer Bildungsauftrag, für den sich sonst keiner zuständig fühlt, in: Bukow (Fußnote 8), S. 115-132

tionen wurden Bereiche wie die Krankenhaus- und Gefängnisseelsorge erheblich entwickelt. Rund um die religiösen Feste werden zum einen Opfertier- und Spendenkampagnen veranstaltet, deren Erlös bedürftigen Muslimen in Deutschland aber auch in der islamischen Welt zugute kommt, zum anderen Dienstleistungen wie die organisierte Pauschalreise nach Mekka angeboten. Schließlich wird mancherorts - oft im unmittelbaren räumlichen Umfeld der Moschee - ein Lebensmittelverkauf organisiert, der insbesondere die Versorgung der gläubigen Muslime mit islamisch geschlachtetem Fleisch sicherstellen soll.¹⁸ Das bereits erwähnte Islamologische Institut Frankfurt/Wiesbaden trägt mit seinem Angebot gezielt zur Aus- und Weiterbildung von Multiplikatoren auch für den sozialen und seelsorgerischen Bereich bei.

Umfragen unter muslimischen Jugendlichen belegen, dass soziale, kulturelle und sportliche Aktivitäten wesentlich häufiger den ersten Kontakt zur Gemeinde herbeiführen als religiöse Angebote und Bildungsveranstaltungen. Sie tragen so erheblich zur Wertschätzung und Akzeptanz dieser Einrichtungen bei der (jungen) muslimischen Bevölkerung bei.¹⁹ Analog begründen übrigens viele Muslime ihre positive Meinung über radikale Organisationen wie die *Hamas* oder die *Gamaa Islamiya* in Ägypten mit deren ausgeprägter und hilfreicher Präsenz in sozialen Notlagen, die die Effizienz und Zielgruppennähe der entsprechenden staatlichen Dienste bei weitem in den Schatten stellt. Soziale Dienste dienen so in der Regel nicht der direkten Vermittlung religiöser und gegebenenfalls ideologischer Inhalte, wohl aber der Bindung von Menschen an die jeweilige Organisation als Teil der muslimischen *da'wa* (Mission). Dessen ungeachtet dürften zahlreiche Muslime ein attraktives Sportangebot oder eine gut durchorganisierte Pilgerreise in Anspruch nehmen, ohne dem Träger dadurch ideologisch näher zu treten.

Die Wertschätzung der muslimischen Bevölkerung für Angebote im Bildungs- und Sozialbereich ist grundsätzlich in hohem Maße gegeben. „*Suchet das Wissen, und sei es in China*“, so lautet ein berühmtes Prophetenwort, das das Streben nach Bildung und Wissen den Gläubigen - Mädchen und Jungen, Frauen und Männern - quasi zur Pflicht macht. Daneben haben auch Solidarität und die soziale Fürsorge für die Bedürftigen und Benachteiligten einen enorm hohen Stellenwert im Islam. Die Almosensteuer im Range einer religiösen Pflicht, das elaborierte Stiftungswesen zugunsten wohltätiger Zwecke sowie die vielen Hilfsangebote, die traditionell mit religiösen Festen verbunden und an zahlreichen Moscheen angesiedelt sind, sprechen diesbezüglich eine eindeutige Sprache. Auch die Zusammengehörigkeit von Bildung und sozialen Diensten und die Bindung beider an die Moscheegemeinde, die sich traditionell nicht auf religiöse Aktivitäten und Angebote be-

¹⁸ Vgl. z.B. zum VIKZ Irina Leffers/Christholde Thielcke, Zwischen Religion und Jugendarbeit: Angebote und Aktivitäten, in: Gerdien Jonker/Andreas Kapghan (Hrsg.), *Moscheen und islamisches Leben in Berlin*, Berlin 1999, S. 30-34.

¹⁹ Vgl. Hasan Alacacioglu, *Deutsche Heimat Islam*, Münster 2000, S. 55-58.

schränkt, sind Muslimen selbstverständlich. Das Vertrauen der Adressaten oder auch ihrer Eltern zu gewinnen ist also nicht schwer, im Gegenteil. Hinzu kommt die andersgläubige und kulturell fremde Umgebung, die einschlägige Bedürfnisse der Muslime offen lässt und bei den Eltern Ängste schürt, die von islamistischen Organisationen direkt angesprochen und ausgenutzt werden. So heißt es bspw. suggestiv in einem Faltblatt der IGMG: *„Wenn Sie an die Zukunft Ihrer Kinder denken und wollen, dass sie sich materiell und geistig erfolgreich entwickeln, dann erwarten wir Ihre Kinder in unseren Kursen.“*²⁰ Nach einschlägigen Erhebungen sehen 71,9% der türkischen Eltern die deutsche Gesellschaft als Gefahr für die religiöse und kulturelle Entwicklung ihrer Kinder an; 53,2% glauben, dass Korankurse die Kinder und Jugendlichen vor den Gefahren der nicht-islamischen Umwelt schützen können.²¹ Dennoch scheint die faktische Akzeptanz von Korankursen nach allen uns zur Verfügung stehenden Daten bei etwa 10 bis 15% der muslimischen Kinder und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter zu liegen, also relativ gering zu sein.²² Von ihnen ist nur ein Teil in Kursen islamistischer Ausrichtung und auch hier wird wiederum nur ein Teil über die Grundstufe hinaus auf höherer Ebene religiösen Studien nachgehen. Der unmittelbare Einfluss islamistischer Organisationen auf Kinder und Jugendliche dürfte so zahlenmäßig eher begrenzt sein, allerdings mit beachtlichen und intendierten Multiplikatoreffekten.

Was lehren diese Einrichtungen?

Die Lehrpläne islamistischer Bildungsträger lassen zunächst keine Auffälligkeiten erkennen. Ausführlich und in Abschnitten wird der Koran oft über mehrere Jahre behandelt, von der Lektüre über die Auslegung bis zu den Regeln der Rezitation. Die religiöse Praxis, insbesondere die fünf religiösen Pflichten Glaubensbekenntnis, Gebet, Almosen, Fasten und Pilgerfahrt und die rituelle Reinheit stehen ebenso auf dem Lehrplan wie das Leben des Propheten und die Geschichte der frühislamischen Gemeinde. In höheren Jahrgängen finden zunehmend allgemeine islamische Ethik und Recht Eingang in den Lehrplan. Bezüglich der für die Bewertung der Einrichtungen ebenso wichtigen Lehrmethoden gibt es kaum gesicherte Erkenntnisse.

Entscheidende Kriterien für die Bewertung islamischer/islamistischer Einrichtungen und ihrer Angebote und die Frage nach ihrem Beitrag zur Radikalisierung von Muslimen in Deutschland müssen nach der oben genannten Definition sein:

²⁰ Faltblatt „Unsere Erziehungsaktivitäten“ der IGMG

²¹ Vgl. Alacacioglu (Fußnote 11), S. 90.

²² Vgl. Spuler-Stegemann (Fußnote 4), S. 248. Andere Zahlen weichen teilweise erheblich nach oben ab. Der muttersprachliche Ergänzungsunterricht mit religiösen Elementen ist dabei nicht erfasst.

- Mit welcher Ausschließlichkeit wird die islamistische bzw. organisationsspezifische Lesart der Religion vermittelt?
- In welchem Licht werden andersdenkende Muslime sowie Angehörige anderer Religionen gesehen?
- Welche Mittel zur Durchsetzung der islamischen Ordnung werden geduldet bzw. propagiert?

Grundsätzlich halten Muslime den Islam für den letztgültigen Glauben und entwickeln hieraus ein Überlegenheitsgefühl, das für das Zusammenleben zwar hinderlich sein kann, aber keine politische Relevanz erreichen und schon gar keine Radikalisierung nach sich ziehen muss. Vielmehr handelt es sich um einen Alleinvertretungsanspruch, der alle monotheistischen Religionen kennzeichnet, so wie es auch innerhalb dieser Religionsgemeinschaften jeweils Strömungen gibt, die ihre je eigene Lesart für die einzig wahre halten und gegen die anderen polemisieren. Nach der klassisch-islamischen Lehre ist aber die Religionszugehörigkeit nicht nur theologisch und für die jenseitige Heilserwartung relevant, sondern auch für die Stellung im islamischen Staat, den Islamisten anstreben. So sind Christen und Juden grundsätzlich als Inhaber einer Offenbarungsschrift anerkannt und genießen damit den Schutz des islamischen Staates, allerdings als rechtlich benachteiligte Bürger zweiter Klasse. In den vorliegenden islamistischen Schriften und Lehrmaterialien wird diese orthodoxe Linie des Islams teilweise erheblich überschritten. Formuliert wird ein überhöhtes Superioritätspostulat für die Muslime oder auch eine bestimmte muslimische Gruppierung, dem die totale Abwertung der anderen gegenübersteht. Spätestens hier ist eine islamistische Position gegeben, die uns zu denken geben sollte. Es spricht einiges dafür, dass in allen islamistischen Bildungseinrichtungen das Verhältnis des Islams zu anderen Religionen und damit der Muslime zu den Angehörigen anderer Religionen so gelehrt wird, dass ein erhebliches Überlegenheitsgefühl mit einer deutlichen Abwertung der Anderen vermittelt wird. Das ist bedenklich, weil es jede Dialogfähigkeit untergräbt, mehr aber noch, weil ein übersteigertes Überlegenheitsgefühl erwiesenermaßen im Extremfall zur Gewaltbereitschaft gegenüber den vermeintlich Unterlegenen führen kann, nämlich dann, wenn die Abwertung der Nicht-Muslime – oder der anderen Muslime - so weit geht, dass man ihr Lebensrecht relativiert oder gar in Frage stellt und letztlich so Gewalt und Terror gegen sie legitimiert. Einige Beispiele:

Für die HuT stellt das Werk an-Nabahanis „Die Lebensordnung des Islam“ auch 50 Jahre nach seinem erstmaligen Erscheinen die Grundlage der Ideologie und Schulung ihrer Mitglieder dar. Ziel jeder Bildungspolitik des islamischen Staates muss es demnach sein, islamisches Denken und Handeln nach den strengen Prinzipien der Religion zu vermitteln und alles, was davon abweicht, auszuschließen. Der Gedanke der Mission (*da'wa*) ist Kern-

stück der Außenpolitik des idealen islamischen Staates und Grundlage seiner Beziehung zu allen anderen Staaten, wohingegen ihm jede Beteiligung an internationalen Organisationen wie UN oder IWF, die nicht auf dem Islam basieren, untersagt ist.²³ Insgesamt wird die Errichtung des Kalifates für alle Muslime nicht nur als Ziel, sondern entgegen der mehrheitlichen Lehrmeinung als religiöse Pflicht propagiert.

Etwas konzilianter im Bezug auf Andersgläubige zeigen sich Organisationen, die der Muslimbruderschaft nahe stehen. Bei ihnen steht der Gedanke der *da'wa* im Vordergrund, der Mission/Einladung zum Islam, die Pflicht eines jeden Muslims ist. Natürlich leitet sich diese Verpflichtung aus der Überzeugung her, die beste Religion zu haben, auf dieser Grundlage überlegen zu sein und andere für den Islam gewinnen zu müssen und auch zu dürfen – erwähnenswert, weil umgekehrt jedwede Mission unter Muslimen verboten ist. *Da'wa* spielt eine zentrale Rolle im Selbstverständnis der Islamischen Zentren sowie der Muslimbruderschaft und verwandter Organisationen insgesamt.²⁴

Yusuf al-Qaradawi, einer der Vordenker der modernen Muslimbruderschaft, verfasste bereits in den 1960er Jahren noch im Auftrag der al-Azhar Universität Lehr- und Lernmaterialien für die oftmals weit von ihrer Religion entfernten Muslime im Westen. Hierin bezeichnet er Juden und Christen als „*im Wesentlichen Gläubige an einen Gott*“, lässt aber keinen Zweifel am Ziel des Umgangs mit den Nicht-Muslimen: „*Vielleicht werden sie im Umgang mit den Muslimen in einer islamischen Umgebung und durch das Beobachten des Glaubens, Handelns und Wesens der Muslime erkennen, dass der Islam in Wirklichkeit ihre eigene Religion ist, nur mit größerer Spiritualität, einer vollkommeneren Scharia und Schriften von größerer Zuverlässigkeit, und zugleich frei von heidnischen Einflüssen, menschlichen Vorstellungen und Falschheit überhaupt.*“²⁵ Als unantastbar wird hier das Leben der jüdischen und christlichen Mitbürger bezeichnet, solange sie nicht gegen die Muslime kämpfen, und der Muslim darf in Bereichen, die die Religion nicht betreffen, normal mit ihnen umgehen.²⁶ Gleichwohl bedeutet der Dschihad als Kampf für die Sache Gottes größeren Verdienst als eine Nacht des Gebets und tagelanges Fasten.²⁷

Amir Zaidan, Vorstandsmitglied und Lehrbeauftragter am Islamologischen Institut Frankfurt/Wiesbaden, bekennt in seinem Buch ‚al-Aqida‘ (die Glaubenslehre): „*Jede Religion, Weltanschauung, Gruppierung oder Glaubensgemeinschaft, die man nicht unter der Definition „Islam in Bezug auf Allah“ und „Islam im islamischen Kontext“ einordnen kann,*

²³ Vgl. Taqi ad-Din an-Nabahani, Die Lebensordnung des Islam, HuT, Jerusalem 1953.

²⁴ Vgl. Bilal-Moschee, Broschüre, Aachen o.J. und die 5-bändigen Schulungsunterlagen der FIOE: Fi riyad al-janna, Kairo 1999/00.

²⁵ Vgl. Yusuf al-Qaradawi, Erlaubtes und Verbotenes im Islam. Lehr- und Lernmaterialien, München 2003, S. 91f.

²⁶ Ebenda S. 465-475.

²⁷ Ebenda S. 326. Im Kontext geht es um die Pflicht des Gläubigen, die Eltern um Erlaubnis zu bitten, bevor er in den Jihad zieht; so ist hier eindeutig der bewaffnete Kampf gemeint.

*fällt unter die Rubrik „kufr“ (Unglaube). Kafir (ungläubig) sind nach Zaidan alle Nicht-Muslime, auch die Juden und Christen.*²⁸ In dieser Bewertung weicht er deutlich von der orthodox-islamischen Linie ab, nach der Christen und Juden als Inhaber einer Offenbarungsschrift ein Existenzrecht im islamischen Staat haben und im Unterschied zu anderen Gruppierungen Andersgläubige, aber eben nicht Ungläubige sind. Bedenklich ist ferner die Verwendung des Begriffs *kufr/kafir* in diesem Zusammenhang für Unglaube/ungläubig; *kufr* bedeutet ewige Verdammnis im Jenseits, kann aber auch das Lebensrecht der betreffenden Person im Diesseits in Frage stellen.²⁹

Die Lehrmaterialien der König-Fahd-Akademie weisen mehrere einschlägige Belegstellen auf. So liest man bereits in einem Lehrbuch der ersten Klasse *„Ich strebe nach keiner anderen Religion als dem Islam. Jede Religion außer dem Islam ist nichtig“*³⁰ sowie im Religionsbuch der Klasse 5 *„Es gibt viele Religionen, denen die Menschen auf der Erde folgen, und denen sie sich unterwerfen, aber es gibt nur eine wahre Religion – die Religion des Islam – die anderen Religionen aber sind nichtig.“*³¹ In Klasse 9 schließlich lernen die Schülerinnen und Schüler: *„Die Juden und die Christen sind Feinde der Gläubigen, sie können keinen Gefallen finden an den Muslimen, und man muss sich vor ihnen hüten.“*³² Dass so kein Grundstein für Frieden und Völkerverständigung gelegt werden kann, steht wohl außer Zweifel.

Eine deutlich salafitisch-wahhabitische und damit islamistische Prägung zeigen auch einzelne Moscheegemeinden wie die an-Nur-Moschee in Berlin sowie Bildungsangebote im Internet, die bspw. im Falle von www.salaf.de religiöse Erbauungsschriften, Freitagspredigten - überwiegend aus Saudi-Arabien -, allgemeine Informationen zur Religion und insbesondere Schriften für Nicht-Muslime umfassen. Neben der beabsichtigten religiösen Orientierung und Weiterbildung der Nutzer bekennen sich die Anbieter der website aber unmissverständlich zu ihrer Zielsetzung, ein durch und durch islamisches System zu schaffen und alles „Unislamische“ radikal auszumerzen.³³ Massiv wird hier für die Hinwendung zum Islam geworben und gar der koranisch verbürgte Anteil von Christen und Juden am ewigen Leben in Frage gestellt.³⁴ Eine Freitagspredigt über die Höllenstrafen, die die Ungläubigen und Sünder zu erwarten haben, lässt selbst hart gesottene Gemüter erschauern.³⁵ Über das virtuelle Lernen hinaus wird auf diesem Wege für Präsenzseminare geworben,

²⁸ Amir M.A Zaidan, Al-'Aqida. Einführung in die Iman-Inhalte, Offenbach 1990.

²⁹ Vgl. Artikel "Kafir" in Encyclopaedia of Islam, CD-Rom Edition, Leiden 2001.

³⁰ Vgl. At-tauhid wa'l-fiqh 2003, 1. Klasse, S. 19.

³¹ Vgl. At-tauhid wa'l-hadith wa'l-fiqh wa'l-tajwid, 5.Klasse/1. Halbjahr 2003, S. 33.

³² Vgl. al-Hadith 2002, S. 122f.

³³ Vgl. z.B. Rubrik „Über uns“, eingestellt in: www.salaf.de.

³⁴ Vgl. z.B. Dr. Abu Ameenah Bilal Philips, Die wahre Religion Gottes. Für Nichtmuslime, eingestellt in: www.salaf.de.

³⁵ Vgl. Rubrik „Freitagspredigten“, eingestellt in: www.salaf.de.

z.B. für das dreitägige Islam-Seminar in deutscher Sprache in Bonn im September 2004, live übertragen im PalTalk. Das Programm lässt keine inhaltlichen Tendenzen erkennen, aber es dürfte kein Zweifel daran bestehen, dass diese denen der Internetpräsenz entsprechen. Ideologisch vergleichbar sind die türkischsprachigen Seiten von www.islah.de sowie das Islamische Audioportal audioislam.de mit online-Unterrichtsangeboten und Audio-Vorträgen.

Auf türkischer Seite ist die islamische Gemeinschaft Milli Görüs IGMG besonders umtriebig in der religiösen Unterweisung von Kindern und Jugendlichen. Neben ständigen Bildungsgängen gibt es ein breites Angebot an altersspezifischen Wochenend- und Ferienkursen für 6- bis 18jährige. Noch im Vorwort eines Lehrbuches von 1990 („Lehrbuch des islamischen Wissens“, „*Islami Bilgiler Ders Kitabı*“) wird die Bedeutung religiöser Erziehung betont, insbesondere für Muslime, die fernab der heimischen Kultur- und Glaubenswelt „in einer fremden Gesellschaft leben unter Christen, die einen verderbten Glauben haben.“³⁶ Eindeutig ist auch das Bekenntnis zur Todesstrafe für den Abtrünnigen (*mur-tadd*), der den Islam hinter sich lässt³⁷, und zum Jihad als Pflicht der Gläubigen mit dem Ziel, die wahre Religion auf der ganzen Erde zur Geltung zu bringen.³⁸ Im Rahmen ihrer Bemühungen, sich aufgeschlossener und dialogfreundlicher zu zeigen und radikaler Äußerungen zu enthalten, hat die IGMG auch ihr Bildungswesen reformiert und ein dreibändiges neues Lehrwerk herausgegeben (*Temel Bilgiler 1-3*). Wenngleich etwas moderater formuliert, findet sich auch hier die Aussage, die Wurzel der ursprünglich himmlischen Religionen von Christen und Juden sei verderbt.³⁹ „*Ziel des Jihad ist es, dass die Wahrheit herrscht und auf der ganzen Erde siegreich ist. Der Jihad hat den Charakter einer religiösen Pflicht und wird unter Einsatz von Leib, Vermögen und wenn nötig Leben vollzogen.*“⁴⁰ Auch die Tageszeitung Milli Gazete, deren Verbindung zur IGMG wohl unbestritten ist, schürt immer wieder Ressentiments gegen Juden und Christen durch tendenziöse Berichte zum Nahostkonflikt sowie über - vermeintliche - Machenschaften christlicher Missionare in der Türkei.

Den ausgeprägt konservativen und zentralistisch organisierten Verband islamischer Kulturzentren (VIKZ) kennzeichnet ein hohes Maß an religiöser Introvertiertheit und Abschottung gegenüber der islamischen und nicht-islamischen Außenwelt. Nach eigener Wahrnehmung vertritt der Verband die einzig wahre Ausrichtung der Religion, die sonst nirgendwo gelehrt wird. Die Auswahl der Lehrmittel erfolgt nach zentralen Vorgaben des Verbandes, die Vermittlung fast ausschließlich in Gestalt von Frontalunterricht, Repetieren

³⁶ Vgl. *Islami Bilgiler Ders Kitabı: Itikad, Ibadet, Ahlak*, Ankara 1990.

³⁷ Ebenda S. 63.

³⁸ Ebenda S. 140f.

³⁹ Vgl. *Temel Bilgiler 2*, Köln 1999, S. 2f.

⁴⁰ Vgl. *Temel Bilgiler 1*, Köln 1998, S. 56.

und Auswendiglernen. Ungeachtet ihres Bekenntnisses zur Demokratie zeigen sich die Funktionäre des VIKZ intolerant gegenüber anderen islamischen Strömungen und lehnen Freundschaften mit Andersgläubigen ab. Ihre Hauptaufgabe sehen sie in Korankursen und Religionsunterricht mit dem Ziel der Vermittlung islamischer Werte, aber auch der Abgrenzung vom Christentum.⁴¹

Das so in islamistischen Bildungseinrichtungen vermittelte Gedankengut fällt bei muslimischen Jugendlichen in Deutschland auf fruchtbaren Boden. Etwa die Hälfte von ihnen stimmt laut Heitmeyer Mitte der 90er Jahre Aussagen zu, die einen islamzentrierten Überlegenheitsanspruch ausdrücken, 55,9% bejahen gar die Aussage: „*Jeder Gläubige muss wissen, dass die Religionen anderer Nationen nichtig und falsch sind und ihre Angehörigen Ungläubige sind. Der Islam ist die einzig rechthgläubige Religion.*“⁴² Zu dieser erschreckenden Bilanz dürften im Wesentlichen drei Faktoren – bei unklarem und divergierendem Kräfteverhältnis – beitragen:

- die im Islam fundierte Überzeugung, die beste Religion zu haben,
- der Einfluss einschlägiger und tendenziell islamistischer Organisationen sowie
- die alltägliche Erfahrung der Abwertung und Benachteiligung in der nicht-islamischen Umgebung, die durch übersteigerte Überlegenheitsgefühle kompensiert wird.

Islamistische Bildungs- und Sozialarbeit – Milieubildung – Radikalisierung

Inwiefern begünstigt nun die hier untersuchte Bildungs- und Sozialarbeit islamistischer Organisationen die Bildung von Milieus sowie die Radikalisierung? Verstehen wir unter Milieus Gruppierungen, „*die sich in Lebensstil und Lebensführung zumindest ähneln und in gewisser Weise Einheiten innerhalb der Gesellschaft darstellen*“⁴³, so würde es wohl zu weit führen, 3,2 Millionen Muslime in Deutschland insgesamt als Milieu zu bezeichnen. Es handelt sich um eine höchst heterogene Gruppierung im Bezug auf Nationalität und soziale Schicht, aber auch auf Religiosität und das Maß an Kommunikation und Interaktion mit der nicht-islamischen Umgebung. Dennoch haben sie mit der Religionszugehörigkeit ein ge-

⁴¹ Vgl. Alacacioglu (Fußnote 11), S. 106-108 und S. 181-185. Vgl. hierzu auch Gerdien Jonker, Eine Wellenlänge zu Gott. Der „Verband der Islamischen Kulturzentren“ in Europa, Bielefeld 2002. Die Autorin sieht allerdings die Abschottung des VIKZ ausschließlich in der sufischen Tradition begründet, was bezweifelt werden darf.

⁴² Vgl. Wilhelm Heitmeyer/Joachim Müller/Helmut Schröder, Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland, Frankfurt a.M. 1997, S. 126ff. Zum Einflussfaktor Islam in der Sozialisation türkischer Heranwachsender vergleiche auch Axel Stöbe, Die Bedeutung des Islam im Sozialisationsprozess von Kindern türkischer Herkunft und für Konzepte interkultureller Erziehung, Hamburg 1998.

⁴³ Vgl. Rudolf Tippelt, Bildung und soziale Milieus. Ergebnisse differentieller Bildungsforschung, Oldenburg 1999, S. 9.

meinsames Merkmal, das sie bei aller Unterschiedlichkeit untereinander verbindet und von allen anderen unterscheidet. Bemerkenswert ist das deshalb, weil eine überwältigende Mehrheit von Muslimen, und zwar auch derer, die in keiner Weise religiös leben, die Religion als herausragendes Merkmal ihrer Identität betrachten; unter 600 befragten Jugendlichen war das die Einschätzung von 88,2% der Muslime gegenüber 39,3% der Christen.⁴⁴ Bedenkt man ferner, dass die Milieubildung vor allem durch ein Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Orientierung begünstigt wird, so können wir bei den Muslimen in Deutschland insgesamt nicht von einem Milieu, aber doch von einer Grundvoraussetzung sprechen, die die Milieubildung begünstigt. Der Kreis um diese Gruppierung ist dabei offen von außen nach innen – Konvertiten sind hochwillkommen – und geschlossen von innen nach außen – die Religion *de jure* aufzugeben ist tabu, auch wenn man es vielleicht *de facto* längst getan hat. Milieus entwickeln aufgrund ihrer spezifischen Werte, Lebensformen und Ziele, die sie vom Umfeld unterscheiden, einschlägigen Bedarf an Bildungsangeboten und sozialen Diensten. Dies gilt wie oben gezeigt auch für die Muslime in Deutschland, deren Bedarf partiell durch islamistische Organisationen gedeckt wird, was wiederum die Bildung kleinerer, in sich homogenerer Milieus begünstigen kann. Aufgrund der beachtlichen Bandbreite von Glaubensüberzeugungen und Handlungsformen, die der Islamismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen verbindlich und ausschließlich vorschreibt, entstehen immer kleinere und geschlossener Milieus, die in sich in hohem Maße homogen sind und wiederum offen für Zutritte unter weitgehender Tabuisierung von Austritten. Die totale Abschottung gegenüber Andersgläubigen, aber auch anders denkenden Muslimen kann dabei durchaus Hand in Hand gehen mit dem Maß an Berührung, das im Alltag unausweichlich ist.⁴⁵ Sie ist gefährlich, weil innerhalb des Milieus Ideologie ungehindert kultiviert werden kann, während ein Korrektiv von außen nicht mehr möglich ist, ja gar nicht aufgenommen werden kann. Über die religiös-kulturelle Zerrissenheit hinaus, mit der die muslimischen Einwanderer und auch die nachfolgende Generation ohnedies behaftet sind, werden Kinder und Jugendliche hier in einer Weise indoktriniert, die einen unbefangenen Umgang mit der nicht-muslimischen Umwelt – und unter Umständen auch mit Muslimen anderer Ausrichtung - unterbindet und Berührungspunkte auf ein absolut unvermeidbares Minimum reduziert. Sie erleben so eine extreme Schizophrenie zwischen der idealisierten und heilen Innenwelt des Islams und der feindlichen Außenwelt, die sie kognitiv und emotional nur schwer aushalten, geschweige denn verarbeiten können, ein dankbares Feld für die Ambitionen islamistischer Organisationen, denn Islamismus als Ideologie vermittelt Selbstwertgefühl, Zugehörigkeit und klare Orientierung.⁴⁶

⁴⁴ Vgl. Alacacioglu (Fußnote 8), S. 93-114.

⁴⁵ Vgl. Friedrich Heckmann, Islamische Milieus: Rekrutierungsfelder für islamistische Organisationen?, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 273-290, hier S. 282.

⁴⁶ Vgl. Heckmann (Fußnote 45), S. 282f und Spuler-Stegemann (Fußnote 4), S. 50.

Es bleibt die eingangs gestellte Frage nach dem Radikalisierungspotenzial, das die islamistische Bildungs- und Sozialarbeit somit in sich birgt. Zunächst gibt es keinen Hinweis darauf, dass hiesige Bildungseinrichtungen Gewalttäter hervorgebracht haben, und es gilt zu bedenken, dass viele gewaltbereite Islamisten ursprünglich aus einem säkularen Milieu kamen oder gar Konvertiten sind. Alles deutet darauf hin, dass für den letzten Schritt vom mentalen Extremismus zur Gewalt, von der mentalen zur tätigen Radikalität eine Reihe von Faktoren eine Rolle spielen.

Stellen wir uns die Muslime in Deutschland vor als eine Pyramide, deren breiten Sockel 3,2 Millionen Muslime aller Couleur bilden und die über verschiedene, immer schmalere Stufen zu den leicht bis mäßig religiös geprägten Muslimen und über die Islamisten und die Mitglieder islamistischer Organisationen (ca. 30.000) zu einer kleinen Spitze derer führt, die Gewalt tolerieren oder gar propagieren und schließlich einer winzigen Spitze derer, die Gewalt ausüben oder auszuüben bereit sind: Die Bildungs- und Sozialarbeit islamistischer Träger kann zweifelsohne beispielsweise von einer gemäßigt religiösen zu einer gemäßigt oder auch ausgeprägt islamistischen Geisteshaltung führen und somit erheblich zur mentalen Radikalisierung von Muslimen in Deutschland beitragen. Gefördert wird in islamistischen Organisationen eine Geisteshaltung der Überlegenheit und Abschottung, die eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für Gewaltbereitschaft darstellt.

Neonazistische Führungskader und ihr Bezug zu Szene, Ideologie und Gewalt

1 Szene und rechtsextremistische Führungsaktivisten aus Sicht der wissenschaftlichen Ursachenforschung

Nach nahezu einhelliger Forschungsmeinung ist ein Bündel verschiedener psychologischer, sozialer und politischer Faktoren, die auf unterschiedlichen Ebenen wirksam werden, ursächlich für das Entstehen und Auftreten rechtsextremistischer Gewalt.¹ Zu unterscheiden sind dabei die Dimensionen individuelle Persönlichkeit, persönliches Umfeld und gesellschaftspolitische Gesamtbedingungen (Mikro-, Meso- und Makroebene). Strittig ist allerdings, wie die einzelnen Faktoren zu gewichten sind, zumal sie sich in einem komplexen Wechselwirkungsprozess gegenseitig beeinflussen und der jeweilige kausale Wirkungsgrad oder –anteil nicht mittels eines operationalisierbaren Verfahrens experimentell quantifiziert werden kann.

Auch wenn Prägung und Forcierung bestimmter Neigungen durch gruppenspezifische Prozesse in Cliquen oder Szenen lebensgeschichtlich erst im jugendlichen Alter einsetzen, wesentliche persönlichkeitsbildende Faktoren also bereits zuvor wirksam geworden sind, misst die Rechtsextremismusforschung Gruppenerfahrungen und –erlebnissen in der Ursachenanalyse ein beträchtliches Gewicht bei. Im für Rechtsextremisten typischen Hierarchie- und Dominanzdenken wiederum kommt Führungsaktivisten innerhalb solcher Gruppierungen eine besondere Bedeutung bei. Die 2003 veröffentlichte, instruktive und methodisch anspruchsvolle Untersuchung eines Forscherteams um Klaus Wahl (Deutsches Jugendinstitut)² etwa stellt zwar vor allem die *emotionale Sozialisation* der ersten Lebensjahre in ihrer weitreichenden Bedeutung heraus, schätzt den Gruppenaspekt jedoch nicht gering ein. So entscheidend die erste Lebensphase für die Ausprägung und Verfestigung von Emotionen, insbesondere des Aggressionsniveaus, mithin auch ist, in welcher Weise und in

¹ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Ursachen rechtsextremistisch motivierter Gewalt. Eine kritische Prüfung von Erklärungsansätzen der wissenschaftlichen Forschung, Köln 2004; Richard Stöss, Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schröder (Hrsg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 23-66. Zu den unterschiedlichen theoretischen Erklärungs- und praktischen Untersuchungsansätzen für Rechtsextremismus und Gewalt vergleiche auch Klaus Schrader, Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich, München 2003, S. 93-250.

² Klaus Wahl (Hrsg.), Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention, Opladen 2003. Die Wissenschaftler integrieren quantitative (Polizeiakten- und Urteilsanalyse) und qualitative Ansätze (Tiefeninterviews mit 115 fremdenfeindlichen Gewalttätern).

welchem Ausmaß sie später handlungsbestimmend werden, hängt nicht unwesentlich auch von Erfahrungen in sogenannten *peer groups* und entsprechenden gruppendynamischen Prozessen ab. Insbesondere rechtsextremistische Gruppen, z.B. in Form neonazistischer Kameradschaften, verschärfen oder radikalisieren aus Sicht Wahls durch Konformitätsdruck, Solidarisierungszwang und Ideologisierung wie ein Katalysator die emotionalen Negativdispositionen ihrer Mitglieder, wobei es die Rolle von Führungsaktivisten zu berücksichtigen gilt. Wahl stellt abschließend fest: „Die Täterstudie konzentrierte sich auf fremdenfeindliche Gewalttäter. Die rechtsextremen Ideologen, Chefideologen und Organisationsführer finden sich in diesem Kreis seltener. Sie ziehen es vor, möglichst nicht selbst durch physische Gewalt aufzufallen und verweigern sich auch wohl noch mehr der Forschung. Gleichwohl verdienen die organisierten Rechtsextremisten, Alt- und Neonazis nach wie vor große Aufmerksamkeit, da sie zumindest den ideologischen Kammerton der Szene bestimmen, von dem auch die wenig politisierten Gewalttäter den Schein einer sozialen Legitimation erhalten.“³

Zentrales Anliegen dieser Analyse ist es, anhand von vier Fallbeispielen exemplarisch zu untersuchen, wie neonazistische Führungskader auf ihre Szene einwirken und welche Bedeutung die Aspekte Ideologie und Gewalt in diesem Prozess haben.

2 Merkmale der neonazistischen Szene in Deutschland

2.1 Allgemeine Kennzeichen einer (Jugend-) Szene aus soziologischer Sicht

Die Erziehungswissenschaftler Benno Hafeneger und Mechthild Jansen sprechen von einer *Szene*, wenn *Cliquen* einen strukturierten überörtlichen Zusammenhang entwickeln. Bei *Cliquen* wiederum handele es sich um selbstgewählte und relativ selbstorganisierte, spontane, erwachsenenunabhängige informelle Gruppierungen im lokalen Nahraum und Milieu. „Cliquen und Szenen drücken kulturelle Zugehörigkeit mit vielfältigen und jeweils identifizierbaren Merkmalen aus, sie sind Garanten der Selbstbehauptung, für soziale Anerkennung und ästhetisch-kulturelles Eigenleben (z.B. durch Lebensstil, Musik, Treffpunkte, Outfit, Accessoires; aber auch Verhaltensweisen wie Gewaltbereitschaft) gegenüber der (oftmals als feindlich wahrgenommenen) Umwelt.“⁴

³ Martina Gaßebner/Christian Peucker/Nikola Schmidt/Christiane Tramitz/Klaus Wahl, Drei Studien: Zusammenfassung und praktische Konsequenzen, in: Wahl (Fußnote 2), S. 259-279, hier S. 278 f. Zur Bedeutung der Sozialisationswirkung von Gruppen vergleiche auch Klaus Wahl, Entwicklungspfade und Sozialisationsprozesse, in: Wahl 2003, S. 90-143, hier v.a. S. 137f, Christiane Tramitz, Licht in ein Forschungsdefizit: Emotionen fremdenfeindlicher Gewalttäter, S. 144-170, hier v.a. S. 156 oder Martina Gaßebner, Gruppen, Szenen, Parteien, in: Wahl (Fußnote 2), S. 176-197, hier v.a. S. 187.

⁴ Benno Hafeneger/Mechthild M. Jansen, Rechte Cliquen. Alltag einer neuen Jugendkultur, Weinheim-München 2001, S. 14.

Auf der Basis dieser allgemeinen Definition von Szene und Clique bezeichnen die Wissenschaftler „rechte Cliquen“ als Teil eines Entwicklungs- und Sozialisationsprozesses, „der anzeigt, wie Jugendliche versuchen, auf Verletzung ihres Selbstwertgefühles mit neuen ideologischen Versuchungen und ästhetisch-kulturellen Inszenierungen in einer ritualisierten Lebenspraxis umzugehen. Es ist der Versuch, als Reflex und Verarbeitung von erlebtem Kontrollverlust in undurchschaubaren und unbegriffenen biographischen Entwicklungen auf diesem Weg doch noch Kontrolle zu gewinnen und Sinn durch die Konstruktion von feindlichen Umwelten zu stiften. Tiefsetzende Aggressionen, Verletzungen und Kränkungen werden ... nach langfristigen Entwicklungen projektiv auf Ausländer, Fremde verschoben.“⁵

2.2 Die Struktur der neonazistischen Szene

Die neonazistische Szene hat seit 1990 einen deutlichen Strukturwandel vollzogen und wird seither wesentlich stärker von informellen Zusammenschlüssen geprägt.⁶ Anlass für den Wandel waren etliche verfügte und weiterhin drohende Vereinsverbote in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, wodurch sich Neonazis gezwungen sahen, neue Organisationskonzepte zu entwickeln. Führungsaktivisten, wie die nachfolgend noch näher zu analysierenden Kader Christian Worch und Thorsten Heise, propagierten statt traditioneller Vereinsstrukturen den Aufbau lokaler autonomer Zusammenschlüsse, so genannter Freier Kameradschaften, die durch technische und personelle Kontakte überregional vernetzt sein sollten. Ziel war es, die Aktionsfähigkeit der Szene zu erhalten und gleichzeitig weitere Verbote zu erschweren. Der weitaus größte Teil der rund 3.800 neonazistischen Aktivisten in Deutschland ist in solchen im Schnitt 18 Mitglieder umfassenden Kameradschaften organisiert. Diese weisen als Kriterien einen abgegrenzten Aktivistenstamm mit eher geringer Fluktuation, eine lediglich lokale oder maximal regionale Ausdehnung, eine zumindest rudimentäre Struktur sowie die Bereitschaft zu gemeinsamer politischer, neonazistisch ausgerichteter Arbeit auf. Derzeit ist von rund 160 neonazistischen Kameradschaften auszugehen, wobei der jeweilige Organisationsgrad deutlich differiert, im Schnitt aber höher liegt als bei der für jugendliche Szenen im allgemeinen typischen losen Cliquenstruktur. Um die lokale Beschränkung zu durchbrechen, haben sich einige Kameradschaften zu Ak-

⁵ Hafener/Jansen 2001, S. 16.

⁶ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die Neonationalsozialisten-Szene nach den Verbotsmaßnahmen, in: Uwe Bakkes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Band 9, Baden-Baden 1997, S. 156-173. Betroffen von den Vereinsverböten in den 1990er Jahren waren folgende Neonazi- bzw. Skinhead-Organisationen: Nationalistische Front, Deutsche Alternative, Deutscher Kameradschaftsbund Wilhelmshaven, Nationale offensive (jeweils 1992), Nationaler Block, Heimattreue Vereinigung Deutschlands, Freundeskreis Freiheit für Deutschland (jeweils 1993), Wiking-Jugend (1994), Nationale Liste, Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei, Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JF) (jeweils 1995), Skinheads Allgäu (1996). Folgende Verböte wurden von den zuständigen Behörden nach 2000 verfügt: Blood & Honour-Division Deutschland und deren Jugendorganisation White Youth (200), Skinheads Sächsische Schweiz (2001), Fränkische Aktionsfront (2004). Zur Kritik an den Vereinsverböten vgl. Bernd Siegler, Halbherziger Schlag gegen Neonazis, in: taz vom 16.01.1993.

tionsbündnissen oder –büros zusammengeschlossen, was wiederum eine verbesserte Mobilisierung sowie gemeinsame Projekte und Kampagnen ermöglichen soll.⁷ Generell hängt die Mobilisierungsfähigkeit der neonazistischen Szene erheblich von einigen wenigen herausragenden Einzelaktivisten und Kameradschaften ab.

Die Neonazi-Szene war in den 90er Jahren nicht nur internen strukturellen Änderungen unterworfen, sondern näherte sich innerhalb dieses Zeitraums auch dem einen geringeren Organisationsgrad aufweisenden Skinhead-Spektrum an. Rechtsextremistische Skinheads wiederum bauten ihrerseits szeneeinterne Strukturierungsvorbehalte durch Organisationen wie „Blood & Honour“ oder „Hammerskins“ mehr und mehr ab und öffneten sich einer stärkeren Politisierung. Im Ergebnis führten diese unterschiedlichen Prozesse zu einer gegenseitigen Annäherung und regional auch zu einer Mischung der beiden Lager.⁸ Von erheblicher, identitätsstiftender Bedeutung für den Zusammenhalt der neonazistischen Szene sind Demonstrationen, insbesondere zentrale Kundgebungen an symbolträchtigen Daten wie dem 1. Mai, dem Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß am 17. August oder dem Volkstrauertag, sowie gemeinsame Musikveranstaltungen. Auf lokaler Ebene sollen regelmäßige Kameradschaftsabende Gemeinschaft und ideologische Festigkeit stärken.

2.3 Neonazistische Szene und Ideologie

Das rechtsextremistische Weltbild in neonazistischen Kameradschaften orientiert sich am historischen Nationalsozialismus, interpretiert diesen jedoch unterschiedlich und hat insgesamt lediglich fragmentarischen Charakter. Ziel ist letztlich die Schaffung eines „Vierten Reichs“ basierend auf dem ideologischen Postulat einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“.⁹ Kennzeichnend für die neonazistische Agitation ist vielfach offener Rassismus, virulenter Antiamerikanismus und aggressiver Antisemitismus. Neonazis greifen in ihrer Propaganda zunehmend auch tagesaktuelle Themen aus der Sozial-, Außen- oder Sicherheitspolitik auf und rekurren dabei bisweilen auf Begriffe aus linksextremistischen oder islamistischen Diskursen.¹⁰

⁷ Diesem Koordinierungsanspruch werden gegenwärtig allerdings nur das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland“ (NSAN) sowie das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ gerecht.

⁸ Die Darstellung zur Neonazi-Szene basiert zum Teil auf einem internen, 2004 erstellten Bericht von BfV und BKA. Über die Entwicklung der Szene informieren auch die jährlichen Verfassungsschutzberichte des Bundes in den jeweiligen Kapiteln zum Neonazismus. Vgl. außerdem Christian Menhorn, Die Rolle der Skinheads im rechtsextremistischen Lager, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus und Demokratie, Band 12, Baden-Baden 2000.

⁹ Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Hitlers selbsternannte Erben: Die Neonazi-Szene. Zur Entwicklung einer rechtsextremistischen Subkultur, in: Bundesministerium des Innern, Texte zur Inneren Sicherheit, Band I, Bonn 1997, S. 81-106.

¹⁰ Vgl. etwa Tânia Puschnerat, Antisemitismus im Islamismus und Rechtsextremismus, in: Feindbilder im politischen Extremismus. Gegensätze, Gemeinsamkeiten und ihre Auswirkungen auf die Innere Sicherheit, Köln 2004, S. 35-62; Rudolf van Hüllen, Antiamerikanismus im Rechts- und Linksextremismus, in: ebd., S. 63-75.

Das Verhältnis der neonazistischen Szene zur „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) ist ambivalent. Die offen antidemokratische, antiparlamentarische und am Führerprinzip orientierte Ausrichtung von Neonazis steht in einem ideologischen Spannungsverhältnis zum – wenn auch nur formalen – Bekenntnis der rechtsextremistischen NPD zur Demokratie und ihrem propagierten „Kampf um die Parlamente“. Im Rahmen eines Strategiekonzepts der „Drei Säulen“ setzt die NPD überdies auf den „Kampf um die Köpfe“ und den „Kampf um die Straße“ und versteht sich damit neben der neonazistischen Szene als Teil des „nationalen Widerstands“ gegen das politische System der Bundesrepublik Deutschland, wobei beide Lager um die Dominanz innerhalb dieser „Widerstandsfrent“ gleichzeitig streiten und anlassbezogen zusammenarbeiten. Das zwischen Konkurrenz und Kooperation schwankende Verhältnis durchlief in den vergangenen zehn Jahren unterschiedlich akzentuierte Phasen. Mitte der 1990er Jahre öffneten sich NPD und insbesondere ihre Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) gegenüber Neonazis, um einen Verjüngungsprozess einzuleiten, die organisatorische Basis zu verbreitern und das Mobilisierungspotenzial zu erhöhen. Für Neonazis wiederum war die NPD nach den diversen Vereinsverboten eine willkommene logistische Basis für eigene Aktivitäten. Die zunehmende Verflechtung beider Lager verdeutlichte sich am stärksten in der gemeinsamen Organisation und Durchführung von Demonstrationen. Im Zuge des gegen die NPD angestregten Verbotsverfahrens¹¹ distanzierte sich die Parteiführung - primär aus taktischen Gründen - von neonazistischen Gruppierungen, um den Vorwurf der Wesensverwandtschaft mit der historischen NSDAP zu entkräften. Gleichzeitig mehrten sich in der Neonazi-Szene Misstrauen und Ablehnung gegenüber einer vermeintlich zu systemnahen NPD, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Debatte um dort platzierte Verfassungsschutzquellen. Nach Einstellung des Verbotsverfahrens am 18. März 2003 näherten sich beide Lager punktuell wieder an. Das gegenwärtig Verhältnis von Neonazis gegenüber der NPD reicht von entschiedener Ablehnung über gelegentliche Kooperation bis hin zur Mitarbeit in der Partei.¹²

2.4 Neonazistische Szene und Gewalt

Zwar wird ein Großteil der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten von Skinheads verübt, insbesondere bei situativ-spontanen oder gewaltexzessiven Delikten, doch ist das

¹¹ Zur Chronologie des Verbotsverfahrens vergleiche etwa Lars Flemming, Das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse, Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Band 15, Baden-Baden 2003, S. 159-177.

¹² Am 1. Mai 2004 nahm ein Lager um den Führungsaktivisten Thomas Wulff und das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland“ an einer gemeinsamen Demonstration mit der NPD in Berlin teil (2.300 Teilnehmer), während Christian Worch versuchte, neonazistische NPD-Gegner für einen eigenständigen Aufmarsch in Leipzig (900 Teilnehmer) zu gewinnen. Anlässlich des 17. Todestages (17. August 1987) von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß mobilisierten NPD und Neonazis am 21. August 2004 nach offiziellen Polizeiangaben 3.800 Teilnehmer für einen Gedenkmarsch in Wunsiedel.

Aggressions- und Militanzpotenzial der neonazistischen Szene gleichfalls zu beachten, zumal in verschiedenen Regionen die Entwicklung zu vermehrten Mischszenen weiter anhält. Die ideologischen Prämissen und die Diskurse von Neonazis implizieren bereits ein hohes Maß an prinzipieller Gewaltakzeptanz.¹³ Das generelle Militanzpotenzial des neonazistischen Spektrums wird überdies daran ersichtlich, dass etwa 2/3 dieses Personenkreises in der Vergangenheit auch durch allgemeine, nicht politisch motivierte Gewaltdelikte in Erscheinung getreten sind.¹⁴ Schließlich trifft Gewalt als Mittel zur „Regulierung“ und „Lösung“ szenointerner Konflikte bei Neonazis vielfach auf Zustimmung und wird entsprechend auch nicht selten angewandt.

Gelegentlich finden Diskurse über den planvollen, zielgerichteten Einsatz von Gewalt zur Erlangung politischer Ziele innerhalb der neonazistischen Szene statt. Verschiedene gewaltorientierte Strategien, die das „Werwolfkonzept“, den so genannten „führerlosen Widerstand“ oder die Romanhandlung der „Turner Diaries“ zum Vorbild nehmen, üben gegenwärtig in Teilbereichen der Szene eine gewisse Faszination aus.¹⁵ Mehrere neonazistische Veröffentlichungen nahmen in der jüngeren Vergangenheit darauf Bezug und forderten offen den bewaffneten Kampf gegen das System.¹⁶ Die Autoren entsprechender Aufrufe haben zumeist aber keinen organisatorischen Hintergrund und sind in der Regel nicht bereit, selbst - etwa wie verschiedene neonazistische Einzelpersonen oder Gruppierungen in den 1970er und 1980er Jahren¹⁷ - die Schwelle zum gewaltsamen Kampf oder gar zum Terrorismus zu überschreiten.¹⁸ Für einen planmäßigen Widerstandskampf von Rechtsex-

¹³ Vgl. etwa Matthias Mletzko, *Gewaltdiskurse und Gewalthandeln militanter Szenen* (2. Teil). Der Bereich des gewaltbereiten Rechtsextremismus, in: *Kriminalistik*, Nr. 10/01, S. 639-644.

¹⁴ So das Ergebnis einer internen Studie des Berliner Verfassungsschutzes für die dortige Neonazi-Szene sowie die Einschätzung des BKA für die Angehörigen neonazistischer Kameradschaften in Deutschland.

¹⁵ Die Bildung von „Werwolfseinheiten“ – kleiner selbständiger Kampfeinheiten aus dem Untergrund und unter gemeinschaftlicher Führung – wurde in der 1992 verbreiteten und von Christian Scholz und Henry Fiebig verfassten Schriftenreihe „Eine Bewegung in Waffen“ propagiert (vgl. dazu etwa Antifaschistisches Autorenkollektiv, *Drahtzieher im braunen Netz. ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich*, Hamburg 1996, S. 54-56). Der amerikanische Rechtsextremist Louis Beam formulierter Anfang der 1990er Jahre die Idee vom „leaderless resistance“, demzufolge geheime Widerstandszellen auf gemeinsamer ideologischer Basis, aber ohne gemeinsame Führung, Organisation oder Vernetzung den Staat bekämpfen sollen. Der vom inzwischen verstorbenen US-amerikanischen Rechtsextremisten William Pierce verfasste Roman „Turner Diaries“ schildert den terroristischen Kampf seines fiktiven Protagonisten Earl Turner gegen Farbige, Juden und das gesamte politische System der USA.

¹⁶ Eine sich „nationalrevolutionäre Zellen“ nennende Gruppierung erklärte etwa in einem Interview mit dem neonazistischen „Hamburger Sturm“ Nr. 20/Mai 1999, man befinde sich im Krieg mit dem System und da gingen „nun mal Bullen oder sonstige Feinde drauf.“ Die neonazistische Schrift „Reichsruf“ propagierte in den 1999/2000 erschienenen Nummern 6 und 7 den bewaffneten Kampf gegen das System und setzte fälschlicherweise „Werwolfkonzept“ und „führerlosen Widerstand“ gleich.

¹⁷ Zu nennen sind in diesem Kontext militante Aktivisten wie Odfried Hepp, Walther Kexel, Peter Naumann, Manfred Röder oder die Wehrsportgruppe Hoffmann. Zur Entwicklung des Rechtsterrorismus vergleiche etwa Bernhard Rabert, *Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute*, Bonn 1995, S. 231-330.

¹⁸ Nach der Definition der Verfassungsschutzbehörden ist Terrorismus der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum andere Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 StGB genannt sind, oder durch andere

tremisten aus der Illegalität heraus - vergleichbar dem der linksterroristischen „Rote Armee Fraktion“ (RAF) - fehlt nicht nur eine entsprechende Strategie, es fehlen auch geeignete Führungspersonen, Logistik, finanzielle Mittel sowie ein effizientes Unterstützernetzwerk. Terroristische Straftaten durch Einzelpersonen schließt dies jedoch nicht aus, wobei insbesondere der Waffenbesitz in der neonazistischen Szene zu berücksichtigen ist.

3 Szene, Ideologie und Gewalt aus der Perspektive der „prominenten“ Aussteiger Ingo Hasselbach und Stefan Michael Bar

Verschiedene ehemalige Neonazis haben inzwischen ihren Ausstieg aus der Szene publizistisch „verarbeitet“, zumeist assistiert und unterstützt von professionellen Journalisten. Wahrheitsgehalt und Aussagekraft entsprechend subjektiv gefärbter und auf öffentlichkeitswirksame Resonanz setzender Eigendarstellungen sind gewiss kritisch zu hinterfragen, doch bieten solche Veröffentlichungen exemplarisch dennoch auch interessante Einblicke in die neonazistische Szene und dortige Abläufe. Die früheren Neonazis Ingo Hasselbach und Stefan Michael Bar beanspruchen nicht nur, authentische Berichte über Werdegang im und Ausstieg aus dem Neonazi-Milieu veröffentlicht zu haben, sie inszenierten letzteren auch medienwirksam durch Fernsehbeiträge und öffentliche Erklärungen.¹⁹ Auf Hasselbachs Ausstieg 1993, der dazu alleine drei Bücher publizierte und eine Vielzahl von Medienauftritten, u.a. auch in den USA, absolvierte, reagierte die Szene mit wütenden Anfeindungen und Drohungen bis hin zu einem versuchten, jedoch unaufgeklärt gebliebenen Sprengstoffanschlag.²⁰ Die seriöse Presse wiederum warf Hasselbach zunehmend vor, primär an der Vermarktung der eigenen Lebensgeschichte interessiert zu sein und die neonazistische Bedrohungslage deshalb reißerisch zu überzeichnen.²¹ Eine wesentlich geringere Resonanz innerhalb und außerhalb der Szene löste Stefan Michael Bars demonstrativer

Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen. Die Kriterien einer terroristischen Vereinigung entsprechend § 129 a StGB dürften gegenwärtig nach dem Stand der Ermittlungen allenfalls Martin Wiese und dessen abgeschotteter Führungszirkel innerhalb der neonazistischen „Kameradschaft Süd“ erfüllen. Dieser Personenkreis hatte Planungen angestellt, die für den 9. November 2003 vorgesehene Grundsteinlegung für Synagoge, jüdisches Gemeindezentrum und jüdisches Museum in München durch einen Sprengstoffanschlag zu verhindern.

¹⁹ Vgl. Ingo Hasselbach/Winfried Bonengel, *Die Abrechnung. Ein Neonazi steigt aus*, 3. Auflage, Berlin 1995; Stefan Michael Bar, *Fluchtpunkt Neonazi. Eine Jugend zwischen Rebellion, Hakenkreuz und Knast*, Berlin 2003 (mit einem Vor- bzw. Nachwort der Herausgeber Rainer Fromm und Klaus Farin). Hasselbach macht seinen Ausstieg aus der Neonazi-Szene am 15. März 1993 im SAT 1-Magazin „Akut“ öffentlich, nachdem er zuvor im Ende 1992 ausgestrahlten Film „Wir sind wieder da“ des Journalisten Winfried Bonengel noch zum „Führer von Berlin“ stilisiert worden war. Bar gab am 15. Mai 2001 in der ZDF-Sendung „Frontal 21“ seinen Ausstieg bekannt.

²⁰ Ein an Hasselbach adressiertes und von dessen Mutter am 10.11.1993 geöffneter Paket enthielt in einem präparierten Buch ein Sprengstoffgemisch von 650 g mit Zündvorrichtung. Wegen einer entladenen Batterie kam es nicht zur Explosion. Neben dem in Fußnote 19 genannten Titel veröffentlichte Hasselbach zu seinem Ausstieg noch folgende Bücher: Ders./Tom Reiss, *Führer-Ex. Memoirs of a Former Neo-Nazi*, New York 1996; ders., *Die Bedrohung. Mein Leben nach dem Ausstieg aus der rechten Terror-Szene*, Berlin 1995.

²¹ Vgl. etwa Mariam Niroumand, *Sexy Nazis*, in: *die tageszeitung* (im folgenden: taz) vom 10./11.02.1996; Krull der Rechten, in: *Der Spiegel* vom 03.06.1996.

Abschied vom Neonazismus im Jahre 2001 aus, nicht zuletzt deshalb, weil dessen szenearinterne Position erkennbar nicht der in seinem Bekenntnisbuch suggerierten Bedeutung entsprach.²²

3.1 Hasselbachs und Bars Rolle in der neonazistischen Szene

3.1.1 Persönliche Hintergründe und Einstiegsphase

Biographischer Vorlauf und familiärer Hintergrund Hasselbachs und Bars enthalten zum Teil geradezu idealtypisch Faktoren, die als begünstigend für das Abgleiten in die neonazistische Szene gelten:

Der 1967 in Berlin-Weißensee geborene Hasselbach wuchs weitestgehend ohne Kontakt zu seinem leiblichen Vater auf. Das Verhältnis zum Stiefvater schildert er als sehr konflikthaft und von gegenseitigem Unverständnis geprägt. Eltern und Stiefvater bekleideten als Journalisten und überzeugte SED-Funktionäre herausgehobene Funktionen in der damaligen DDR. Infolge der unterkühlten, auch von physischer Gewalt geprägten Familienatmosphäre eskalierten Hasselbachs Aggressionen zunehmend. Gegen ein überfordertes Umfeld reagierte er als Heranwachsender mit Verweigerung, Alkoholexzessen und allgemeinkrimineller Delinquenz und suchte Mitte der achtziger Jahre zunächst in der Ost-Berliner Punkszene Anschluss. Seinen demonstrativen Protest gegen Staat und Gesellschaft der DDR bekundete er im März 1987 auf einem Parkfest mit dem öffentlichen Aufruf „Die Mauer muss weg!“, was ihm sechs Monate Haft eintrug. Die zum Teil in Isolation verbrachte Gefängnisstrafe steigerte Hasselbachs Hass auf das System und förderte eigenen Angaben zufolge durch den Einfluss Mitgefangener sein Interesse am Nationalsozialismus. 1988 entfaltete er erste neonazistische Aktivitäten und gründete mit engen Freunden in Anlehnung an Hitlers Machtergreifung die kurzlebige Gruppierung „Bewegung 30. Januar“. Nach missglückter „Republikflucht“ im August 1989 und erneuter Inhaftierung gelang ihm am 6. November 1989 über die Tschechoslowakei die Flucht in die Bundesrepublik, doch kehrte er umgehend nach dem Fall der Mauer nach Berlin zurück.²³

Auch die familiären Ausgangsvoraussetzungen von Stefan Michael Bar waren problembehaftet. Er wurde 1976 in der Nähe Stuttgarts als Sohn noch minderjähriger Eltern geboren, kam als Dreijähriger in ein Kinderheim und wurde ein Jahr später von einem Lehrerehepaar adoptiert. Mit dem ersten Heimaufenthalt verbindet er vor allem die Erinnerung an

²² Das neonazistische Fanzine „Zentralorgan“ verhöhnte Bar eher hämisch denn bedrohlich auf Rache sinnend als „großkotzigen Selbstdarsteller“, der niemals in der Szene wirklich verankert gewesen sei. Vgl. „Kienzel Hauer“, Ein BARschloch weniger ..., in: Zentralorgan, Nr. 12/2001, S. 7-9.

²³ Zum persönlichen Werdegang Hasselbachs vor der Wende vgl. Hasselbach (Fußnote 19), S. 2 u. 11-45), Burkhard Schröder, Aussteiger. Wege aus der rechten Szene, Ravensburg 2002, S. 11-40; ders., Ich war ein Neonazi, Reportage über den Aussteiger Ingo Haßelbach, Ravensburg 1994, S. 5-58.

von älteren Kindern zugefügter Gewalt. Die Erziehung seiner Adoptiveltern - so die Perspektive Bars - war ausschließlich an Autorität und Leistung orientiert, wobei er insbesondere seinem Vater fehlende Zuwendung und Wärme vorwirft. Er reagierte darauf mit totaler Leistungsverweigerung, was zu verschiedenen Schulverweisen führte, und glitt vor allem in die Diebstahl- und Einbruchskriminalität ab. Am 6. Dezember 1994 wurde Bar deshalb zu einer einjährigen Jugendhaftstrafe auf Bewährung verurteilt, wobei er zuvor mehrere Monate in Untersuchungshaft gesessen hatte.²⁴ In der danach anschließenden erneuten Heimunterbringung kam er über Mitbewohner mit rechtsextremistischer Musik und Propaganda in Kontakt und schloss sich der bald darauf im Februar 1995 verbotenen neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) an. Die Hinwendung zum Neonazismus schildert Bar vor allem als Mittel, um gegen die Wertmaßstäbe der Eltern zu opponieren.²⁵

3.1.2 Szene und Aktivist in ihrer Wechselwirkung am Beispiel Hasselbachs und Bars

Die Medienberichterstattung über neonazistische Aussteiger, auch im Falle Hasselbachs, suggeriert bisweilen eine Bedeutung innerhalb der Szene, die diese tatsächlich nicht ausübten. Die Aktivitäten Hasselbachs und Bars blieben im wesentlichen auf den lokalen Bereich beschränkt und waren im Sinne einer kontinuierlichen Aufbau- und Führungsarbeit in neonazistischen Organisationen von relativ kurzer Dauer.

An die Person Hasselbachs knüpften westliche Führungskader anfangs allerdings größere perspektivische Hoffnungen, denn sie trauten ihm nach der Wende 1989 zu, aufgrund seiner Ausstrahlung eine erhebliche Mobilisierungsfähigkeit in der damaligen Noch-DDR bzw. später in den neuen Bundesländern entfalten zu können. Tatsächlich beteiligte sich der nach dem Mauerfall in sein gewohntes Umfeld in Berlin-Lichtenberg zurückgekehrte Hasselbach mit Unterstützung führender West-Aktivisten wie Michael Kühnen²⁶, Christian Worch oder dem Österreicher Gottfried Küssel umgehend am Aufbau neonazistischer Strukturen. Er war am 1. Februar 1990 Mitbegründer der Berliner Splitterpartei „Nationalen Alternative“ (NA), deren Vorsitz er im Oktober desselben Jahres übernahm. Programm und Satzung der NA stammten nahezu wortwörtlich von der neonazistischen Hamburger „Nationale Liste“. Von kontinuierlicher Parteiarbeit hatte Hasselbach jedoch - nicht zuletzt

²⁴ Das Amtsgericht Waiblingen legte ihm Diebstahl und Einbruch in 12 Fällen zur Last (3 Ls 1255/94 und 1423/94).

²⁵ Vgl. Bar (Fußnote 19), S. 9-30; Klaus Farin, Nachwort, in: ebd., S. 148-150.

²⁶ Hasselbach betont die aus seiner Sicht natürliche Autorität und Ausstrahlung des am 26. April 1991 vermutlich an Aids verstorbenen Kühnen [vgl. Hasselbach Fußnote 19], S. 50 ff]. Ungeachtet der Divergenzen um dessen mutmaßliche Homosexualität konnten sich szeneeintern viele dieser Wirkung nicht entziehen, so dass Kühnen dort auch heute noch gleichsam legendären Status genießt. Zur Unterstützung des „Aufbaus Ost“ durch westdeutsche Neonazi-Führer vergleiche auch Bernd Siegler, „Ein Kadergerippe mit Fleisch“, in: taz vom 15.09.19992.

wegen wachsender Friktionen zwischen west- und ostdeutschen Neonazis - bereits Anfang 1991 genug und wandte sich „aktionsorientierteren“ Agitationsformen zu. Mitte 1992 gründete er die militante, rund 25 Mitglieder umfassende Kameradschaft „Sozialrevolutionäre Nationalisten“, die sich bald aber wegen eines Führungsstreits zwischen ihm und Frank Lutz, einem Freund seit frühester Kindheit, in zwei etwa gleich große Gruppen spaltete.

Nachhaltige „Berühmtheit“ erlangte Hasselbach indessen nicht durch seine Aktivitäten in den genannten Organisationen, sondern vor allem durch den Coup, ein leerstehendes Wohnhaus in der Weitlingstraße 122 seines Stadtteils Lichtenberg gleichsam als Parteizentrale für die NA zu nutzen und mit Gleichgesinnten zu beziehen.²⁷ In kurzer Zeit entwickelte sich die Adresse zum Kristallisationspunkt für die Berliner Neonazi- und Skinheadszenen, wurde von führenden westlichen Neonazis regelmäßig aufgesucht bzw. als Unterkunft genutzt und weckte ein ungeahntes Medieninteresse, insbesondere für den „Hausbevollmächtigten“ Hasselbach selbst. Das Wohnobjekt stand rasch im Zentrum gegenseitiger gewalttätiger Angriffe zwischen Neonazis und linken Antifa-Aktivist*innen, die gelegentlich zu offenen Straßenschlachten eskalierten. Am 27. April 1990 durchsuchte die zum damaligen Zeitpunkt noch zuständige Volkspolizei der DDR das Objekt Weitlingstraße 122, stellte neonazistisches Propagandamaterial und diverse Waffen sicher und nahm u.a. Hasselbach fest. In der Furcht vor einer langjährigen Gefängnisstrafe machte dieser in der anschließenden sechswöchigen Untersuchungshaft umfassende Aussagen über Aufbau und Struktur des Neonazismus in Berlin. Die über ungeklärte Wege in die Öffentlichkeit lancierten Vernehmungsprotokolle lösten zum Teil heftige Kritik in der Szene aus, wurden auch als Vorwand genutzt, um noch offene persönliche Rechnungen mit Hasselbach zu begleichen, konnten insgesamt aber seinen Führungsstatus im engeren Anhängerkreis nicht irreparabel beschädigen. Die Angelegenheit löste zudem noch keinen entscheidenden Impuls für einen ernsthaften Ausstiegsversuch aus. Gegen Ende 1990 musste die Weitlingstraße 122 wegen nicht erfüllter Auflagen von ihren bisherigen Nutzern geräumt werden, doch hatte Hasselbach mit weiteren neonazistischen Aktivist*innen die Möglichkeit, von Januar bis November 1991 an einem Sozial- und Wohnprojekt in der ebenfalls im Stadtteil Lichtenberg befindlichen Pfarrstraße teilzunehmen. Die Ereignisse um die Weitlingstraße wiederholten sich, es kam unter Beteiligung Hasselbachs erneut zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Gewalttätern, was schließlich zum Scheitern des Projekts führte.²⁸

Die Welle fremdenfeindlicher Gewaltdelikte Anfang der 1990er Jahre und vor allem die

²⁷ Zuvor hatte die Gruppe um Hasselbach ein leerstehendes Haus in einer anderen Straße Lichtenbergs besetzt. Die zuständige staatliche Wohnungsverwaltung bot im Gegenzug das Haus in der Weitlingstraße an und stellte naiv in Aussicht, im Falle der versprochenen Eigensanierung durch die Nutzer mit diesen nach Abschluss der Arbeiten einen Mietvertrag abzuschließen. Vgl. dazu Schröder 2002 (Fußnote 23), S. 82 ff.

²⁸ Zum Projekt in der Pfarrstraße vergleiche Hasselbach (Fußnote 19), S. 110 ff.

pogromartigen Ausschreitungen gegen Asylbewerber in Hoyerswerda (20.09.1991) und Rostock-Lichtenhagen (24. August 1992) ermunterten etliche gewaltbereite Rechtsextremisten zu Nachahmungstaten. Die im Aufbau befindlichen Polizei- und Sozialbehörden in den neuen Bundesländern oder in Teilen Berlins waren methodisch, organisatorisch und operativ auf diese Situation unzulänglich vorbereitet. Hasselbach persönlich stand eigenen Angaben zufolge ausländergefeindlichen Übergriffen eher distanziert gegenüber, doch seine Kameradschaft, so die Schilderung Schröders²⁹, habe auf eigenständige Aktionen gedrängt. In dieser Phase, also der zweiten Jahreshälfte 1992, war Hasselbach wohl Agierender und Getriebener seines Umfelds zugleich, während ihn der Journalist Winfried Bonengel, der später wesentlichen Einfluss auf die Form seines Ausstiegs nehmen sollte, in dem ein halbes Jahr zuvor fertiggestellten Film „Wir sind wieder da“ noch als medienwirksamen „Führer“ von Berlin dargestellt hatte. Angriffe gegen „Linke“ glaubte Hasselbach angesichts vorausgegangener gegenseitiger Gewalt weiterhin rechtfertigen zu können. Er plante und organisierte deshalb mit seiner Gruppe den am 14. Oktober 1992 durchgeführten Brandanschlag auf ein Lichtenberger Café, in dem ein Treffen antifaschistischer Gruppen stattfand, ohne selbst einen Brandsatz zu werfen.³⁰ Den entscheidenden Anstoß zum Rückzug aus der neonazistischen Szene will Hasselbach, so seine Ausführungen in zahlreichen Interviews³¹, durch den verheerenden Brandanschlag am 23. November 1992 in Mölln, der drei Türkinnen das Leben kostete, erhalten haben. Er nahm erneut Kontakt mit dem Journalisten Bonengel auf, der mit ihm den am 15. März 1993 im Fernsehsender SAT 1 ausgestrahlten Ausstiegssfilm drehte. Hasselbachs Absicht war es, sich durch den Filmbeitrag, in dem er u.a. demonstrativ ein Foto Adolf Hitlers verbrennt, jegliche Rückkehrmöglichkeit in die neonazistische Szene zu versperren.³²

Bis zu seinem Ausstieg war Hasselbach tief in die neonazistische Szene Berlins verstrickt. doch um diese zu prägen oder strategisch zu positionieren, war er als Akteur zu unstet. An kontinuierlicher politisch-ideologischer Arbeit zeigte der mediale Vorzeige-Nazi kaum Interesse. Seine vielfache Konfrontation mit familiärer, subkultureller und staatlicher Gewalt in der früheren DDR machten ihn anfällig für unkontrollierte Gewaltdelikte in der unübersichtlichen, hochgradig aggressiven und von außen zusätzlich ideologisch aufgeladenen Berliner Neonazi-Szene der unmittelbaren Nach-Wendezeit.

Stefan Michael Bars politisch aktive Zeit in der neonazistischen Szene ab Anfang 1995 stand unter völlig anderen Gesamtvorzeichen als das Engagement Hasselbachs. Nach der Welle fremdenfeindlicher Gewalttaten zu Beginn des Jahrzehnts pendelten sich diese De-

²⁹ Vgl. Schröder 2002 (Fußnote 23), S. 154-158.

³⁰ Die Hintergründe dieser Straftat wurden erst im Zuge von Hasselbachs Ausstieg aufgeklärt. Am 17. November 1997 verurteilte ihn deshalb das Amtsgericht Berlin-Tiergarten wegen versuchter schwerer Brandstiftung und Sachbeschädigung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten auf Bewährung.

³¹ Vgl. Interview Hasselbachs in der taz vom 18.06.1993.

³² Vgl. Hasselbach (Fußnote 19), S. 151-156; Schröder 2002 (Fußnote 23), S. 155-158.

likte Mitte der 1990er Jahre auf einem zwar hohen, aber quantitativ dennoch deutlich geringeren Niveau ein, als dies etwa in den „Spitzenjahren“ 1992/93³³ der Fall gewesen war. Die zahlreichen im Zuge dieser Straftaten verfüigten Vereinsverbote auf Länder- und Bundesebene fanden mit dem Verbot der FAP am 24. Februar 1995, in die Bar kurz zuvor noch eingetreten war, ein vorläufiges Ende. Öffentlichkeit und Medien zeigten sich nach den brutalen Anschlägen in Mölln und Solingen in der Frage rechtsextremistisch motivierter Gewalt stärker sensibilisiert und die Sicherheits- und Sozialbehörden waren inzwischen, etwa durch Sondereinheiten oder spezifischere Präventionsprogramme, besser auf dieses Phänomen eingestellt. In denkbar deutlichem Kontrast stand auch das jeweilige örtliche Betätigungsfeld der Aktivisten Bar und Hasselbach: hier der beschauliche pfälzische Provinzort Neustadt an der Weinstraße (53.000 Einwohner), dort die unruhige Metropole Berlin im Umbruch und mit hohem subkulturellen Konfliktpotenzial.

Nach kurzer FAP-Mitgliedschaft nahm Bar eigenen Angaben zufolge 1995 an verschiedenen Aktionen der regionalen rechtsextremistischen Splittergruppe „Aktion Sauberes Deutschland“ teil. Im Sommer 1995 trat er ferner in die neonazistische „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ ein, um sich für die „Betreuung“ inhaftierter Rechtsextremisten zu engagieren. Szeneintern ambitionierter war im gleichen Jahr die Gründung der Kameradschaft „Nationale Aktionsfront“ (NAF), deren Bezeichnung er später in „Nationale Volksfront - Kameradschaft Neustadt/Weinstraße“ wandelte.³⁴ Die wenig bescheidene Namensnennung steht in erkennbarem Gegensatz zur Relevanz dieser lokal beschränkten, kaum jemals über ein Dutzend Anhänger zählenden Kleingruppe. Generell schien Bar bemüht, seine eher nachrangige Rolle in der Szene und die wenig intensiven Kontakte zu überregionalen Führungskräften durch einen besonders militanten Diskurs kompensieren zu wollen. Dies gilt insbesondere für das von ihm herausgegebene neonazistische Fanzine „Reichsruf“, in dessen sieben zwischen 1996 und 2000 erschienenen Ausgaben er zum offenen Widerstandskampf gegen das politische System aufforderte und darüber hinaus besonders aggressiv gegen Juden hetzte. Dies sowie weitere antisemitische Straftaten wie Drohanrufe gegen jüdische Repräsentanten und die Schändung jüdischer Friedhöfe hatten für Bar während seiner rechtsextremistisch aktiven Zeit mehrere Jahre Haft zur Folge, worauf nochmals näher in den Abschnitten zu den Aspekten Ideologie und Gewalt einzugehen ist. Jedenfalls zeichnete Bar in Verlautbarungen während seiner Haftzeit von sich das Bild eines ideologisch unbeugsamen, kompromisslosen Kämpfers, der berechtigt sei, eine vergleichbar anspruchsvolle, harte Linie vom gesamten „na-

³³ Zur Entwicklung der Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund zwischen 1986 und 1995 vgl. Verfassungsschutzbericht 1995, S. 102 f. Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten hatte 1992 den Höchstwert von 2.639 registrierten Fällen und sank bis 1995 auf 837 Gewaltdelikte.

³⁴ Persönliche Angaben zu seinem organisatorischen Werdegang macht Bar etwa in einem „Gefangeneninterview“ in der neonazistischen Schrift „Der Feldzug“, Nr.4 (1999), S. 24. Vgl. zu Bar auch www.lexikon.idgr.de.

tionalen Lager“ einzufordern.³⁵ Nach dem Ausstieg fallen Bars zurückblickende Ausführungen bisweilen allzu apodiktisch und wohlfeil aus, so dass sie gewisse Zweifel an der suggerierten tiefen Verwurzelung in der Szene aufkommen lassen. Er gefällt sich erneut in der Pose des Geradlinigen, dem es im Gegensatz zu vielen anderen seiner früheren Kameraden gelingt, der von ihm nunmehr durchschauten neonazistischen Ideologie und Szene konsequent den Rücken zu kehren, ohne allerdings – wie manch anderer Aussteiger, so der implizite Vorwurf – Verrat an ehemals Gleichgesinnten zu begehen.³⁶ Allerdings ist durchaus zutreffend, dass die räumliche und zeitliche Trennung von der Szene ein eminenter Schritt ist, um einen Ausstieg erfolgreich zu gestalten. Ob dafür wie im Falle des sich als ehemaligen Führungsaktivisten sehenden Bar, der seinen Rückzug aus der Szene am 15. Mai 2001 öffentlichkeitswirksam in der Fernsehsendung „Frontal 21“ kundtat, eine mediale Inszenierung unabdingbar ist, darf bezweifelt werden.

3.2 Ideologie und Gewalt als Einflussfaktoren in den Aktivitäten Hasselbachs und Bars

Der Ideologie- und Parteiarbeit im engeren Sinne widmete Hasselbach wenig Aufmerksamkeit. Weder seine Aktivitäten für die Berliner „Nationale Alternative“ noch die für das Brandenburger Pendant „Deutsche Alternative“ waren sonderlich zielorientiert und konsequent. Er versuchte auch nicht, durch eigenen Strategie- und Theoriebeiträge Einfluss zu nehmen oder gar Prozesse zu steuern. Seine ideologische Ausrichtung blieb vielmehr diffus und sein Handeln sehr stark auf „Action“ fixiert, was die Bereitschaft zu erheblicher Gewaltanwendung einschloss. Dazu äußerte er sich im nachhinein wie folgt: „Manchmal merkte ich, daß ich regelrecht Spaß daran hatte, andere zu überfallen und zu prügeln. Die-

³⁵ In „Der Feldzug“ (Fußnote 34), S. 26 heißt es etwa wörtlich (Schreibweise aus Original übernommen): „Das nationale Lager muß von Chaoten, Alkoholikern, Verrätern und sonstigem Geschmeiß befreit werden (nach demokratischem Vorbild) und Skinheads wie nationale einen effektiven und sinnvollen und nationalen Widerstand bilden. (...) Die Aktivisten der N.V.F. sind immer an der Hauptkampflinie des zweiten freiheitskampfes zu finden da wir keinen Bierhaus „nationale“ oder Musikkonsumenten sind sondern nach dem Motto WIR REDEN NICHT VOM KAMPF WIR KÄMPFEN! aktiv sind und Inhaftierung und Staatsterror nicht fürchten!“ In der neonazistischen Publikation „Der Sturmführer“, Nr. 2 (1998), S. 5 nahm Bar unter der Überschrift „Wenn das der Führer wüßte“ Anstoß am äußeren Erscheinungsbild der „nationalen Bewegung“, etwa am Piercing, am Tragen von Jeanshosen der Marke „Levi’s“ oder an Männerfrisuren mit Zöpfen. Auch mahnte er, auf den Konsum ausländischer Fernsehprodukte zu verzichten, da genügend deutsche Produktionen, wie zum Beispiel „Ein Fall für zwei“ (!), mit der „nationalen“ Weltanschauung vereinbar seien. Die oberlehrerhaften Ratschläge Bars dürften, sofern zur überhaupt zur Kenntnis genommen, in der Szene eher Amüsement als eine ernsthafte Erwägung ausgelöst haben.

³⁶ Zum einen führt er aus: „Das ganze Leben spielte sich plötzlich nur noch in der Gruppe ab, reduzierte sich darauf, die ‚Bewegung‘ drang in alle persönlichen Bereiche vor, ohne Rücksicht auf Privatsphäre.“ [Bar (Fußnote 19), S. 37]. Nicht nachvollziehbar ist, warum diese völlige Absorption durch die Szene oder Gruppe lediglich, wie Bar an anderer Stelle behauptet (ebd., S. 134), nur auf die gemeinsame Ideologie zurückzuführen sein soll: „Es gibt unter Neonazis keine Freundschaft, das einzige, was verbindet, ist die Ideologie, der gemeinsame Glaube an den Nationalsozialismus. Nur die ideologische Verbundenheit eint, und dieses Band würde mit meinem Ausstieg endgültig durchtrennt werden. Die vielgepriesene ‚Kameradschaft‘ ist nicht weiter als eine Worthülse, leere Phrasendrescherei.“

ses Gefühl war bei vielen von uns vorhanden, bei einigen so extrem, daß sie leuchtende Augen bekamen, wenn sie auf andere einschlugen. (...) Hätte ich von Anfang an in der Bundesrepublik gelebt, vielleicht wäre ich zur RAF oder in die linke gewaltbereite Szene gegangen.“³⁷ Beteiligt war er etwa am Überfall auf das linksalternative Kulturzentrum „Tacheles“ in der Oranienburger Straße oder an den Straßenschlachten zwischen Neonazis und Antonomen in der Weitling- (Juni 1990) und Pfarrstraße (Oktober 1991). Bei der letztgenannten Auseinandersetzung erlitt Hasselbach erhebliche Verletzungen und musste infolge seiner Beteiligung an der Schlägerei das Sozialprojekt Pfarrstraße verlassen.³⁸

Stefan Michael Bar betont in seinem Ausstiegssbuch die frühere Faszination für Adolf Hitler und den Nationalsozialismus, indem er diese regelmäßig von seinen damaligen „Gott“ bzw. seine „Religion“ bezeichnet. Ob er tatsächlich in einem so hohen Maß von nationalsozialistischen Ideen durchdrungen war, wie es die Begriffswahl nahe legt, oder die Äußerungen eher plakativ zu verstehen sind, sei dahingestellt. Die Straftaten, weshalb ihn das Amtsgericht Mannheim am 15.10.1997 und das Landgericht Frankenthal am 7. Januar 1999 letztlich zu einer Gesamtstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten verurteilten,³⁹ lassen zumindest auf eine seinerzeit starke ideologische Verblendung und insbesondere einen hochgradig aggressiven Antisemitismus schließen. Mehrmals rief Bar bei der Jüdischen Gemeinde Mannheim an, beleidigte und drohte mit Sprüchen wie „Hier spricht die antizionistische Aktion, dieses Wochenende wird ein Jude in Mannheim sterben. Heil Hitler“ oder „Juda verrecke, Ihr Dreckschweine!“. Mit Aufschriften ähnlichen Inhalts, Hakenkreuzschmierereien und durch das Umwerfen von Grabsteinen schändete er zudem mehrfach die jüdischen Friedhöfe in Neustadt und Busenberg. Volksverhetzung und die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen konnten überdies in der von Bar herausgegebenen Publikation „Reichsruf“ nachgewiesen werden. Vor dem Hintergrund dieser Straftaten ist es nicht nachvollziehbar, wie Bar in einem Interview mit dem Journalisten Rainer Fromm unwidersprochen behaupten kann, die „klassischen Feindbilder der Rechten und der Nazis“⁴⁰ habe er nie gehabt. Auch aus der nachträglichen Perspektive des Aussteigers bleiben seine Ausführungen insgesamt zu widersprüchlich, um in den einzelnen Phasen der aktiven Neonazi-Zeit zwischen Provokation und Rebellion einerseits und verinnerlichter, handlungsleitender Ideologie andererseits zu unterscheiden.

Ebenso schwierig einzuordnen sind frühere Äußerungen Bars zur Gewaltfrage, wobei die Bewertung zwischen provokativer Pose und ernstzunehmender Drohung schwankte. Mit markigen Worten wurde in seiner Publikation „Reichsruf“ der allgemein in der neonazisti-

³⁷ Hasselbach (Fußnote 19), S. 155 f.

³⁸ Vgl. Schröder 2002 (Fußnote 23), S. 53-56; ders. 1994 (Fußnote 23), S. 112-15 u. 125 f.

³⁹ Vgl. Amtsgericht Mannheim 5 LS 14/97 und Landgericht Frankenthal 5136 Js 23 275/97. Bar wurde im übrigen im Juli 1999 vorzeitig aus der Haft entlassen.

⁴⁰ Bulletin. Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, Nr. 2-2002, S. 49.

schen Szene propagierte „gewaltlose Widerstand“ abgelehnt und stattdessen ein offener Kampf mit allen Mitteln eingefordert. Gegen ein auf Terror und Gewalt setzendes System seien entsprechende Gegenmaßnahmen legitim. Unter der Überschrift „...dann eben mit Gewalt!“ heißt es etwa: „Wir sind einer kollektiven Verfolgung ausgesetzt, selektieren nicht, jeder Staatsakteur kann dabei zum potenziellen Ziel nationaler Wehrhaftigkeit werden!! Sofern die vom System geförderte Vision des ‚Bewaffneten Kampfes‘ real wird, lautet die Parole ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn.‘“⁴¹ An anderer Stelle findet sich die Forderung nach Umsetzung des „Wehrwolf [sic!]-Konzepts“: „Diejenigen, die Gegenwehr gegen Staatsterror ablehnen und diesen allenfalls verbal ‚bekämpfen‘, begehen Feigheit vor dem Feind und gehören entsprechend bestraft. (...) Wir müssen aus dem Verborgenen operieren und unerkant bleiben. Ein Leben nach dem Wehrwolf-Konzept, basierend auf einer unscheinbaren, bürgerlichen Existenz. (...) Laßt die Herrschenden spüren, wir sind bereit, sie wie auch immer zu beseitigen und für ihr Tun zu bestrafen. Alle sind angreifbar! Überall und an jedem Ort!“⁴² Letztlich war weder Bar bereit, selbst die Konsequenzen aus seinen Gewaltthesen zu ziehen, noch stießen seine Überlegungen im neonazistischen Spektrum auf nachhaltige Resonanz. Als eher szenetypische Agitation waren hingegen die sogenannten „Anti-Antifa“-Aktivitäten Bars einzustufen, der unter seiner offensichtlichen Lieblingsbezeichnung „Wehrwolf“ in zwei 1999 und 2000 erschienenen Broschüren Namen vermeintlicher „Volksfeinde“ aus Kultur, Medien und Politik sowie Adressen jüdischer Einrichtungen auflistet. Es fehlte auch nicht der für solche Pamphlete übliche Hinweis: „Wir veröffentlichen die Adressen nicht, damit die ermittelten Volksfeinde zu potenziellen Zielen nationaler Gegenwehr werden ... Wie ihr aber letztendlich mit diesen Informationen umgeht überlassen wir Euch, überdenkt jedoch genau was ihr tut, Feingefühl ist gefragt.“⁴³ An Bars diffusen Aussagen zur Gewalt⁴⁴ lässt sich verdeutlichen, wie schwierig die vom neonazistischen Militanzpotenzial ausgehende Bedrohung konkret zu bestimmen ist. Einzelaktivisten mit dessen Persönlichkeitsstruktur könnten versucht sein, ihre auf Hass gründenden Gewalt- und Machtphantasien gleichsam auf eigene Faust und ohne organisatorischen Rückhalt umzusetzen. Bar, der im übrigen auch wegen Beihilfe zum unerlaubten Erwerb einer Maschinenpistole verurteilt wurde und somit Zugangswege für die Beschaffung von Schusswaffen kannte, schließt nicht aus, dass sein Leben auch einen solchen Verlauf hätte nehmen können: „Nur der Knast hat verhindert, dass ich nicht zum Rechtster-

⁴¹ Reichsruf, Nr. 6 (1999), S. 10.

⁴² Reichsruf, Nr. 7 (2000), S. 3 f.

⁴³ Der Wehrwolf (Ausgabe 1), S. 2.

⁴⁴ Dies verdeutlicht beispielhaft ein nach seiner Haftentlassung im Juli 1999 geführtes Interview mit dem Lokalsender „Radio Regenbogen“, in dem er sich zunächst unverändert als überzeugten Nationalsozialist gibt und für die Zukunft einen rechtsterroristischen Systemwiderstand prognostiziert, gleichzeitig als Reaktion und Aktion gegen den Staat. Bar bezeichnete den verurteilten Mörder Kay Diesner außerdem bewundernd als Mann der Tat. (Diesner hatte am 19.02.1997 einen Berliner Buchhändler als vermeintlichen Linken angeschossen und 4 Tage später bei einer Polizeikontrolle ohne Vorwarnung einen Polizisten gezielt getötet.)

roristen wurde und mit ein paar Jahren davongekommen bin und nicht wegen Mordes verurteilt wurde.“⁴⁵

4 Christian Worch und Thorsten Heise – langjährige Führungskader mit unterschiedlichen Stil und zentraler Bedeutung in der neonazistischen Szene

Als zentrale Kader in der neonazistischen Szene verkörpern Christian Worch und Thorsten Heise in Habitus, Stil und Führungsansatz zwei sehr unterschiedliche Typen. Der 1956 geborene Worch sieht sich in der Rolle des überlegenen intellektuell-strategischen Drahtziehers und Organisators, ohne selbst einer bestimmten Gruppierung oder Kameradschaft unmittelbar anzugehören.⁴⁶ Heise, Jahrgang 1969, ist eher der anpackend-pragmatische Kumpeltyp, der stark auf persönliche Loyalitäten setzt. Ausgangsbasis für seine überregionale Mobilisierungskapazität ist ein Kern enger Vertrauter.⁴⁷ Die beiden ungleichen Charaktere haben einen entsprechend ungleichen Werdegang im neonazistischen Lager zurückgelegt, wo sie sich verschiedentlich ergänzen, bisweilen aber auch in einer Konkurrenzsituation befinden. Die ihnen gemeinsame nationalsozialistische Grundüberzeugung kommt gelegentlich unterschiedlich zum Ausdruck. Deutliche Divergenzen, aber auch Parallelen treten auf bei der Frage, inwieweit der Faktor Gewalt in ihrer jeweiligen Entwicklung zum Führungskader von Gewicht war bzw. im Rahmen ihrer gegenwärtigen Aktivitäten noch ist.

4.1 Die Rolle Christian Worchs und Thorsten Heises in der neonazistischen Szene

4.1.1 Persönliche Herkunft, Hinwendung zum Neonazismus und Entwicklung zum Führungskader

Einem 1994 im Science Fiction-Magazin „Andromeda“ erschienenen ausführlichen Interview sind einige Informationen zum persönlichen Hintergrund Worchs und seiner Hinwendung zum Neonazismus zu entnehmen.⁴⁸ Er wuchs als Adoptivkind in wohlhabenden Verhältnissen in Hamburg auf. Der Adoptivvater, ein früherer Truppenarzt bei der Waffen-

⁴⁵ Bar (Fußnote 19), S. 144.

⁴⁶ In einem Gespräch mit dem Journalisten Bernhard Pörksen beschrieb Worch seine Rolle wie folgt: „Ich möchte Organisator sein, Drahtzieher, Katalysator.“ (Bernhard Pörksen, Schwert unter dem Mantel, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 26.02.1993)

⁴⁷ In dem neonazistischen Fanzine „Der Weisse Wolf“, Nr. 8/1998 äußerte Heise: „Ohne meine Kameraden wäre ich nichts. Ich hoffe, jeder von uns fühlt so.“ So schablonenhaft-hohl diese Bemerkung erscheinen mag, aus Heises subjektiver Sicht dürfte sie über eine leere Phrase hinausgehen.

⁴⁸ Vgl. Andromeda, Nr. 136/37 (1994). Das 1994 geführte Interview ist auf Homepage www.burks.de (Stand. 01.09.2004) einsehbar. Worch nimmt in dem umfassenden Gespräch zu unterschiedlichen Aspekten relativ freimütig Stellung. Die Interviewer positionieren sich politisch links, doch teilen sie mit Worch dessen Leidenschaft für Fantasy-Romane, was im Ergebnis einem aufschlussreichen Interview förderlich war.

SS, verließ die Familie, als Worch sechs Jahre alt war. Nach dem Tod seiner Mutter im Jahr 1990 erbte er ein beträchtliches Vermögen in Form von Immobilien. Er ist seither wirtschaftlich unabhängig und widmet sich gleichsam hauptberuflich dem „politischen Kampf“ gegen das System.

Eigenen Angaben zufolge entwickelte Worch im Alter von 13 oder 14 Jahren großes Interesse für Militärgeschichte im allgemeinen und die Geschichte des Zweiten Weltkriegs im besonderen. Der maßgebliche Anstoß zur Identifikation mit dem politischen System des Dritten Reichs sei durch die Auseinandersetzungen mit den vorherrschend linken, gleichmacherischen Positionen in seinem damaligen schulischen Umfeld erfolgt. Er dagegen habe auf das „Erfolgsmodell“ Nationalsozialismus gesetzt, einer aus seiner Sicht bereits einmal im innenpolitischen Konflikt mit dem nivellierenden Marxismus beeindruckend siegreichen Weltanschauung. Nach zweimaliger Wiederholung der 13. Klasse verließ Worch 1976 ohne Abiturabschluss das Gymnasium und absolvierte im Anschluss eine zweijährige Ausbildung zum Notargehilfen.⁴⁹

1977 wurde Worch politisch aktiv, nahm Kontakt zur NPD und ihrer Jugendorganisation JN auf und beteiligte sich an deren Demonstrationen.⁵⁰ In diesem Kontext lernte er Michael Kühnen kennen, der ihm in Ausstrahlung, Eloquenz und Radikalität ungemein imponierte und den er als Führungsfigur vorbehaltlos akzeptierte. Kühnens auf öffentlichkeitswirksame Provokationen setzende Strategie entsprach weit mehr Worchs Geschmack als das vermeintlich lasche Vorgehen der NPD. Er beteiligte sich an einer Reihe entsprechender Aktionen, sang zum Beispiel mit Kühnen und weiteren Gleichgesinnten am 30. Januar 1978 in Erinnerung an Hitlers Machtergreifung vor dem Hamburger Rathaus die erste Strophe des Deutschlandlieds und streckte dabei, den „Hitler-Gruß“ abwandelnd, den rechten Arm und drei gespreizte Finger zum so genannten „Kühnen-Gruß“. Weitere Aktivitäten bestanden darin, in SS-Uniform ähnlicher Kleidung neonazistische Propaganda-Flugblätter zu verteilen, mit Armbinden, auf denen ein stilisiertes Hakenkreuz sichtbar abgebildet war, im Gleichschritt durch die Stadt zu marschieren oder bei Demonstrationen Transparente mitzuführen, auf denen der Holocaust gelehrt wurde. Das Landgericht Hamburg sah in solchen und verschiedenen anderen Agitationen Worchs den Tatbestand der Volksverhetzung, der Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener erfüllt und verurteilte ihn am 17. November 1980 unter Einbeziehung früherer Urteile zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 3 Jahren, aus der er Anfang 1983 vorzeitig entlassen wurde. Um Aktivitäten in der geschilderten Weise effizient und durchschlagend umzusetzen, hatte Kühnen im Dezember 1977

⁴⁹ Zu den biographischen Angaben vergleiche Interview auf Homepage www.burks.de, Teil 1 Biographie, S. 2-5.

⁵⁰ Das Landgericht Frankfurt zeichnet in seinem 1994 verkündeten Urteil (5/23 Kls 50 Js 27125/88) gegen Worch wegen Verstoßes gegen ein Vereinsverbot akribisch die politischen Stationen des Angeklagten nach.

die Organisation „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) gegründet. Von Anfang an wirkte Worch dabei an herausgehobener Funktion mit. Am 15. Januar 1983 fusionierte die ANS mit der in Hessen aktiven Neonazi-Organisation „Nationale Aktivisten“ von Thomas Brehl zur ANS/NA. Ihr zentrales Anliegen blieb die Aufhebung des NS-Verbotes und die Neugründung der NSDAP auf Basis des historischen 25-Punkte-Programms von 1920, doch wurde die fusionierte Gruppierung bereits am 24.11.1983 vom Bundesministerium des Innern verboten. Danach sammelte Kühnens seine Anhänger in der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF), die allerdings nach außen - um strafrechtlich nicht als verbotene Nachfolge- oder Ersatzorganisation zu gelten - lediglich eine unstrukturierte „Bewegung“ darstellen sollte. Explizites Ziel war ebenfalls die Wiedenzulassung der NSDAP.⁵¹ Als zeitweiliger Herausgeber des Informationshefts „Neue Front“ und als GdNF-Leiter während Kühnens haftbedingter Abwesenheit übte Worch auch in dieser Gruppierung exponierte Funktionen aus. Dies bewertete das Landgericht Frankfurt, das in der GdNF entgegen ihrer Selbstdarstellung eine Nachfolgeorganisation der verbotenen ANS/NA sah, in einem 1994 Jahre später stattfindenden Verfahren als Verstoß gegen ein Vereinsverbot und verurteilte Worch zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren.⁵² Wichtige Etappen in seiner „Neonazi-Karriere“ gingen diesem Prozess aber noch voraus. In der 1986 szenintern entbrannten und die „Bewegung“ in zwei Lager spaltenden Debatte um Kühnens Homosexualität bezog er umgehend Position zugunsten seines langjährigen Mentors. Nach dem Suizid von Rudolf Heß am 17. August 1987 initiierte Worch in den Folgejahren Gedenkmärsche zum Todestag des von ihm bewunderten früheren Hitler-Stellvertreters. Er gründete ferner mit weiteren Aktivisten des Hamburger Kühnens-Flügels im März 1989 die neonazistische Landespartei „Nationale Liste“ (NL) und fungierte dort als stellvertretender Vorsitzender und bis 1992 als presserechtlich Verantwortlicher der NL-Zeitung „Index“. Wegen ihrer die verfassungsmäßige Ordnung verletzenden Ausrichtung wurde die NL, nachdem das Bundesverfassungsgericht zuvor den Parteienstatus verneint hatte, am 23.02.1995 vom Hamburger Innensenator im Wege einer Vereinsverfügung verboten. Nach Auflösung der NL und Verbüßung der aus dem Frankfurter Landgerichtsurteil resultierenden Haftstrafe in den Jahren 1996/97 schloss sich Worch keiner Organisation mehr an. Er plädiert seither für das Konzept des Freien Nationalismus, ohne selbst einer Kameradschaft anzugehören. Seit Michael Kühnens Tod im Jahre 1991 sieht er keinen gleichwertigen Aktivisten, dessen Leitungsanspruch im neonazistischen Lager er akzeptieren könnte. Eine entsprechende Führungs- und Strategiekompetenz nimmt er vielmehr für sich selbst in Anspruch.

⁵¹ Vgl. Michael Kühnens, Politisches Lexikon der Neuen Front, Butzbach 1987, hier vor allem Vorwort (S. III-V) sowie die Stichworte „Frontorganisationen“, S. 81 f und „Neue Front“, S. 178 f.

⁵² Siehe auch Fußnote 50.

Thorsten Heise wuchs in der niedersächsischen Kleinstadt Nörten-Hardenberg nördlich von Göttingen ohne familiär auffälligen Hintergrund auf. Nach dem Hauptschulabschluss 1984 machte er eine dreieinhalbjährige Ausbildung zum Radio- und Fernsehtechniker. Als Jugendlicher wandte sich Heise zunächst der lokalen Skinhead-Szene zu, blieb eigenen Angaben zufolge zunächst aber unpolitisch und war lediglich „aus dem Bauch heraus“ national eingestellt.⁵³ Die persönliche Bekanntschaft mit dem damaligen Landesvorsitzenden Karl Polacek führte ihn 1986 zur FAP, deren förmliches Mitglied er zwei Jahre später wurde. 1992 übernahm er den Landesvorsitz der Partei. Die Hinwendung zu neonazistischen Positionen interpretiert Heise auch als Reaktion auf die äußerst aktive Linksszene in Göttingen, die, so seine (Schutz-)Behauptung im Fanzine „Sonnenbanner“⁵⁴, in 95 % der Fälle Ausgangspunkt der gegenseitigen Gewalttätigkeiten sei.

Eine Reihe von Strafverfahren in den 1980er Jahren ist indessen Beleg für Heises frühzeitige rechtsextremistische Ausrichtung und Militanz. Die behandelten Straftaten umfassten Propaganda- und Gewaltdelikte, richteten sich gegen Ausländer, ideologische Gegner, Aussteiger aus dem eigenen Lager oder Polizeibeamte als Vertreter des Staates und ließen auf eine massiv fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Motivation schließen. Die Propagandadelikte reichten von Provokationen durch Zeigen des Hitler-Grußes bis hin zum nächtlichen Grölen antisemitischer bzw. volksverhetzender Parolen wie „Juda verrecke“ oder „Adolf, komm zurück, denn wir brauchen dich“, beides gemeinschaftlich ausgeführt mit Freunden aus der Skinhead- und Neonazi-Szene. Zu Heises strafrechtlich geahndeten Gewalttaten in den 1980er Jahren zählten beispielsweise der völlig unvermittelte Angriff auf einen türkischen Passanten, dessen Verletzungen einen dreiwöchigen Krankenhausaufenthalt zur Folge hatten, die plötzliche Attacke gegen ein ehemaliges Mitglied der örtlichen Skinhead-Szene oder der Sturm auf ein als links geltendes Jugendzentrum in der Göttinger Innenstadt mit einer Gruppe von rund 80 Neonazis. Spektakulär war am 6. Mai 1989 Heises Angriff als Fahrer eines Geländewagens auf einen libanesischen Asylbewerber, der sich mit einem Sprung in den Seitengraben rettete. Dem erst ein Jahr später erlassenen Haftbefehl entzog er sich durch Flucht in die Nachwende-DDR, wo er sich um den Aufbau von FAP-Strukturen bemühte. Nach seiner Verhaftung am 15. Februar 1991 in Berlin verbrachte Heise mehrere Monate in Untersuchungshaft und wurde schließlich am 5. Juli 1991 wegen gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr, gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruchs zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren auf Bewährung

⁵³ Vgl. Sonnenbanner, Nr. 9-10/1995 (Briefabdruck Heises vom 19.11.1994); Interview Heises mit der Publikation „Triskele ... es ist auch unser Kampf!“ aus dem Jahr 2001, eingestellt auf: www.triskele.die-kommenden.net (Stand: 01.09.2004)

⁵⁴ Vgl. ebd.

verurteilt.⁵⁵ Entgegen der optimistischen Gerichtsprognose hielt sich Heise in der Folgezeit nicht von Gewalt fern.⁵⁶

Heises Status in der neonazistischen Szene wurde durch die zahlreichen Strafverfahren eher gestärkt, galt er doch als jemand, der einstecken kann und sich ohnehin nur gegen einseitige Gewalt des Staates und des politischen Gegners wehrt.⁵⁷ Er war in der Lage, „Kameraden“ an sich zu binden und zu motivieren, konnte für Action und Stimmung in Umfeld und Szene sorgen. Als Instrument dazu nutzte er mehr und mehr Skinhead-Konzerte, die er vielfach zur Privatparty erklärte und für deren Durchführung seine langjährige Wohnlage im Northeimer Gewerbegebiet äußerst geeignet war. Nach dem FAP-Verbot 1995 intensivierte Heise diese Veranstaltungstätigkeiten, bei denen er pro Konzert zum Teil mehr als 1.000 Zuhörer erreichte.⁵⁸

4.1.2 Gegenläufige Strategieansätze von Worch und Heise in der neonazistischen Szene

Worch agiert innerhalb der neonazistischen Szene bisweilen bemerkenswert egozentrisch.⁵⁹ Sein explizit elitäres Selbstverständnis und Selbstbewusstsein leisten Polarisierungsprozessen im neonazistischen Lager Vorschub und treffen lagerintern zunehmend auf Kritik. Trotz seiner für die Szene geleisteten und dort auch anerkannten „Verdienste“ steigt die Zahl derer, die sich Worchs konzeptionellen Vorstellungen verweigern.

Mitte der 90er Jahre plädierte er nach der „Verbotswelle“ gegen neonazistische Organisationen – wie andere Führungsaktivisten auch – für die Bildung lokal unabhängig agierender Gruppen mit übergreifender Vernetzung, die sukzessive von einer Kommunikations- über eine Kooperations- in eine Koordinationsphase treten sollte. Der Außendruck auf das „nationale Lager“ habe, so Worch 1996 im Fanzine „Bramfelder Sturm“, ein Zusammenrück-

⁵⁵ Dem milde erscheinenden Urteil des Landgerichts Göttingen (KLs 42 Js 9681/89) lag eine aus Sicht der Richter insgesamt günstige Sozialprognose für Heise zugrunde. Sie unterstellten zu Unrecht, der Angeklagte werde in der Absicht, mit seiner damaligen Verlobten eine Familie zu gründen, sich zukünftig von Gewalttätigkeiten fernhalten. Zu dem Strafverfahren gegen Heise siehe auch Reimar Paul, Prozeß gegen Neonazi Heise beginnt, in: taz vom 12.06.1991 u. ders., Neonazi-Führer auf freiem Fuß, in: taz vom 06.07.1991.

⁵⁶ Im Februar 1994 attackierte Heise Gäste einer Abiturfeier in einem geschlossenen, überfüllten Raum mit einer Gaspistole, weshalb ihn das Schöffengericht Northeim am 18.05.1995 (Ls 34/42 Js 58/37/94) zu einer Freiheitsstrafe von 8 Monaten verurteilte. Dies und die widerrufen Strafaussetzung der vorausgegangenen Bewährungsstrafe addierten sich zu einer noch zu verbüßenden Haftzeit von 20 Monaten, die er am 3. Juni 1996 antrat. Beispiele für weitere tätliche Angriffe Heises ereigneten sich in der Folgezeit etwa bei einer von ihm organisierten „Vatertagstour“ am 7.5.1997 oder zuletzt anlässlich der 1. Mai-Demonstration 2004 in Berlin. Die Angriffe richteten sich jeweils gegen einen Polizisten.

⁵⁷ Tatsächlich war Heise in verschiedenen Fällen auch das Ziel linksextremistischer Gewalttäter. Bei einem Brandanschlag auf Heises Auto am 28.10.1999 griff das Feuer auf dessen Wohnung über, so dass sein damals drei Monate alter Sohn wegen einer Rauchvergiftung ärztlich behandelt werden musste.

⁵⁸ Vgl. Beitrag „Aufmarsch der Rechtsrocker“ in: Focus vom 20. Oktober 1995.

⁵⁹ In gleicher Weise freimütig und großspurig äußerte Worch etwa, lediglich 2 % seiner Kameraden befänden sich auf seinem intellektuellen Niveau, insgesamt vermutlich nur 1 % der Menschheit. Vgl. Interview in der Zeitschrift Andromeda (Fußnote 50), Teil 1, S. 4.

ken früherer Konkurrenten bewirkt. Die schon seit langem von ihm propagierte Idee einer „Volksfront von rechts“ nach dem Muster der Linken sei anzustreben, was eine Zusammenarbeit mit der NPD einschloss.⁶⁰ Doch von dieser nicht zuletzt taktisch motivierten Kooperation nahm Worch gegen Ende der 1990er Jahre erneut deutlich Abstand, vordergründig wegen Strategiedivergenzen, tatsächlich jedoch wegen beidseitiger Führungsansprüche im „Nationalen Widerstand“. Die Ende 2000 von Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag getroffenen Beschlüsse, beim Bundesverfassungsgericht jeweils einen Verbotsantrag gegen die NPD zu stellen, kommentierte Worch mit schadenfrohem Unterton, denn unabhängig vom Ausgang des Verfahrens prognostizierte er eine Schwächung des „vormaligen Verbündeten und jetzigen Konkurrenten“ zugunsten der „Freien Nationalisten“. Dem vor dem Hintergrund der Verbotsdiskussionen zeitweiligen Demonstrationsverzicht der NPD begegnete er mit einer noch konsequenteren, etliche Verfügungsklagen bis zur höchsten Instanz einschließenden Demonstrationspraxis.⁶¹ Die Debatte um Verfassungsschutzquellen in der NPD sowie um staatliche und private Aussteigerprogramme bereicherten Worch und der Führungsaktivist Steffen Hupka mit einem eigenen „Ausstiegsangebot“. Sie forderten nachrichtendienstliche Quellen zur Selbstoffenbarung und umfassenden Offenlegung ihrer Tätigkeit für den Verfassungsschutz auf. Die Unterzeichner des im Mai 2001 verbreiteten Aufrufs boten im Gegenzug an, entsprechend „reueige“ Betroffene – sofern ihr Tun für niemanden zu Gefängnisstrafen geführt habe – „mit dem Gewicht unserer Persönlichkeit sowie dem Gewicht unseres Einflusses in politischen Zusammenhängen“ zu amnestieren. Der Wortlaut des „Ausstiegsangebot“ unterstreicht den Stellenwert, den Mitinitiator Worch für sich innerhalb des „Nationalen Widerstands“ reklamiert.⁶² Auch nach Einstellung des Parteiverbotsverfahrens am 18. März 2003 setzte Worch seinen Konfrontationskurs gegen die NPD fort, findet dafür aber innerhalb der neonazistischen Szene zunehmend weniger Verständnis. Überdies artikuliert sich dort vermehrt Kritik an der Vielzahl der von ihm organisierten Demonstrationen, wobei die szeneeinternen Auseinandersetzungen unter der griffigen Formel „Demotourismus versus Basisarbeit“ stattfinden und auf beiden Seiten mit scharfen persönlichen Angriffen geführt werden.⁶³ Worch vertritt beharrlich weiter die These, Demonstrationen stellten unter den aktuellen Bedingungen für

⁶⁰ Vgl. Interview in Bramfelder Sturm/Der schwarze Drache, Nr. 9 (1996).

⁶¹ Vgl. Christian Worch, Nun ist es also soweit ..., eingestellt auf: www.die-kommenden.net (Stand November 2000); ders., Kommentar zur Aufhebung der Aussetzung von Demonstrationen durch die real existierende nationalistische Partei, eingestellt auf: ebd. Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Entscheidungen zuletzt tatsächlich die grundsätzliche Versammlungsfreiheit auch von „Minderheiten“ gestärkt und vorausgegangene Gerichts- oder Behördenverbote revidiert. Vgl. auch Christian Rath, Die Verfassung gilt auch für Nazis, in: taz vom 12.05.2001.

⁶² Vgl. Christian Worch/Steffen Hupka, Unser Ausstiegsangebot, Aufruf vom 11.05.2001, eingestellt auf: www.die-kommenden.net (Stand: Mai 2001); Lukas Wallraff, „Offenbart euch uns!“, in: taz vom 06.06.2001.

⁶³ Hauptkritiker Worchs sind die Protagonisten des „Aktionsbüros Nord“ Tobias Thiessen und Thomas Wulff. Letzterer war Vorsitzender der 1995 aufgelösten „Hamburger Liste“ und seinerzeit Worchs engster Weggefährte. Zu den Auseinandersetzungen vergleiche auch Peter Müller/Andreas Speit, Richtungskampf um rechten Weg, taz vom 06.01.2003; dies., „Aber bitteschön ohne mich“, taz vom 10.02.2003.

eine fundamentaloppositionelle und dissidente Strömung das erfolgreichste politische Ausdrucksmittel dar, und verweist dabei auf seine „Leistungsbilanz“ des Jahres 2003 mit rund 40 durchgeführten Demonstrationen.⁶⁴ An den beiden bedeutendsten Demonstrationsterminen des „nationalen Widerstands“, nämlich am 1. Mai und aus Anlass des Heß-Todestages im August, ist Worch in seiner Rolle als Führungskader jedoch sichtlich geschwächt oder überhaupt nicht präsent. Die von NPD und Teilen des neonazistischen Lagers 2004 in Berlin durchgeführte Zentralveranstaltung zum 1. Mai mobilisierte wesentlich mehr Teilnehmer (2.300) als die Konkurrenzkundgebung von Worch in Leipzig (900). Wie in den Jahren zuvor boykottierte er auch den diesjährigen Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel, der dennoch am 21. August nach Polizeiangaben rund 3.800 NPD-Anhänger und Neonazis aus dem In- und Ausland anzog, während in der Szene selbst sogar von 7.000 Teilnehmern die Rede ist.⁶⁵ Es handelt sich in jedem Fall um die 2004 mit Abstand teilnehmerstärkste Demonstration des „Nationalen Widerstands“. Durch den spektakulären Wahlerfolg der NPD bei den sächsischen Landtagswahlen am 19. September 2004 mit einem Stimmenanteil von 9,2 % verliert Worch im szeneeinternen Machtgefüge weiter an Einfluss, zumal über eine Kooperation hinausgehend maßgebliche neonazistische Führungskader, unter ihnen Thorsten Heise, zwischenzeitlich auch formell in die Partei eingetreten sind.⁶⁶

Heises Methodik zur Durchsetzung seines Führungsanspruchs in der neonazistischen Szene ist variabler als der Ansatz von Worch. Er setzt weiterhin auf lokale Basisarbeit mit der von ihm geleiteten Kameradschaft und führt regelmäßige Schulungen durch. Gewachsene Kleinstgruppen, so Heises Argument, seien kaum vom Staat zu infiltrieren und damit ein guter Ausgangspunkt für überregionale Aktivitäten und Kampagnen.⁶⁷ Er ist in der Lage, aus seinem lokalen oder regionalen Umfeld in beträchtlicher Zahl Teilnehmer für Demonstrationen zu mobilisieren, wobei er grundsätzlich mit allen Vertretern des „Nationalen Widerstands“ zusammenarbeitet.⁶⁸ Überdies gehört Heise neben Ralph Tegethoff und Thomas Wulff zu den neonazistischen Führungskräften, die 2004 in verschiedenen Gesprächsrunden mit der Parteileitung den erneuten Annäherungsprozess zwischen „Freien Nationalisten“ und NPD forciert haben. Nachdem Heise bereits bei den thüringischen

⁶⁴ Vgl. ein im Februar 2004 geführtes Interview, eingestellt auf: www.wpmp3.ws (Stand September 2004).

⁶⁵ Vgl. „Vorläufigen Bericht der Versammlungsleitung“ auf: www.freier-widerstand.net (Stand September 2004)

⁶⁶ Vgl. Ralph Tegethoff/Thorsten Heise/Thomas Wulff, Erklärung zum Eintritt in die NPD, eingestellt auf: www.eine-bewegung-werden.de (Stand September 2004). Worchs Teilnahme am 15.01.2005 an einer rechtsextremistischen Demonstration aus Anlass des 60. Jahrestages der Bombardierung Magdeburgs, wobei u.a. Heise und Wulff als Redner auftraten, könnte auf eine erneute Annäherung an seine szeneeinternen Konkurrenten hindeuten.

⁶⁷ Vgl. Interview Heises in: Reichsruf, Nr. 4 (1997)

⁶⁸ Er nahm zum Beispiel an der zentralen, von Worch gemiedenen 1. Mai-Demonstration in Berlin teil, trat mit diesem aber am 19. Juni 2004 in Dortmund gemeinsam als Redner bei einem Protestmarsch gegen den dort beabsichtigten Moscheebau auf.

Landtagswahlen am 13.06.2004 auf einer offenen NPD-Liste kandidierte, wurde er gemeinsam mit Tegethoff und Wulff kurz vor den Wahlen zum sächsischen Landtag am 19. September auch förmliches Parteimitglied. Auf dem NPD-Bundesparteitag am 30./31. Oktober 2004 in Leinefelde (Thüringen) wurde Heise sogar mit knapp 65 % in den Parteivorstand gewählt.⁶⁹ Die drei prominenten Neonazis definieren ihre Funktion als „Brückenschlag“ zwischen NPD und parteiunabhängigen Aktivisten des „Nationalen Widerstands“. In ihrer „herausragenden Verantwortung gegenüber der Gesamtbewegung“ strebten sie eine umfassende „Volksfront von rechts“ an, was die Ausschöpfung parlamentarischer und außerparlamentarischer Potenziale voraussetze.⁷⁰

Hauptbetätigungsfeld und zentrale Basis für Heises Stellenwert in der neonazistischen Szene sind indessen Konzertveranstaltungen mit rechtsextremistischen Bands sowie Produktion und Vertrieb entsprechender Musik. Im Dezember 1998 meldete er den Gewerbebetrieb „Witwe Bolte – Bild & Tonträger, Großhandel, Militärbekleidung“ an. Heise betont regelmäßig die enorme Bedeutung des Faktors Musik für den Zusammenhalt der Szene und die Vermittlung ideologischer Inhalte, obschon er damit nicht zuletzt auch persönliche kommerzielle Interessen verbindet.⁷¹ Mitte der 1990er Jahre intensivierte er die Konzertaktivitäten und in den Jahren 1997/98 brachte er erstmals eigene, im Ausland fertigestellte und formal – aus strafrechtlichen Erwägungen – für den dortigen Verkauf vorgesehene CD-Produktionen in Umlauf. Es handelte sich um Live-Mitschnitte selbst organisierten Konzerte mit verschiedenen Bands. Die vertriebenen Sampler enthielten eine Reihe volksverhetzender, aggressiv antisemitischer oder fremdenfeindlicher Texte und unterliegen inzwischen allgemeinen Beschlagnahmebeschlüssen.⁷² Heises Vertrieb war eigenen Angaben zufolge auch an der geplanten „Aktion Schulhof“ beteiligt, bei der bundesweit Tausende CDs mit rechtsextremistischer Musik zum Schuljahresbeginn 2004 kostenfrei an Schüler verteilt werden sollten. Das den Behörden rechtzeitig bekannt gewordene Vorha-

⁶⁹ Vgl. Astrid Geisler, Goethe, Schiller – Neonazi, in: taz vom 01.11.2004.

⁷⁰ Vgl. Tegethoff/Heise/Wulff (Fußnote 66). Die Erklärung zum Parteieintritt ist unterzeichnet mit der Formel „Nichts für uns – Alles für Deutschland“. Zu den bedrohlichen Auswirkungen einer erneut verstärkten Zusammenarbeit von NPD und Freien Nationalisten vergleiche auch Stefan Berg/Gunther Latsch/Holger Stark/Steffen Winter, Nazis mit Hüpfburg, in: Der Spiegel vom 27.09.2004.

⁷¹ Vgl. etwa Interview in Blood & Honour Scandinavia, Nr.3 (1998). Auf seiner Homepage „wbversand.com“ heißt es: „Natürlich ist unsere nationale Musik auch (für mich hauptsächlich!) für Propagandazwecke gedacht. Auch wenn einige ‚Kameraden‘ das nicht wahrhaben wollen. Musik kann, wenn die Texte stimmen und vor allem die Melodie stimmt, unsere Botschaften transportieren. Ich bin froh, dass es inzwischen aus dem ‚Nationalen Musikspektrum‘ von Ballade bis Hatecore für jeden Geschmack fast alles gibt!“

⁷² Die CD-Titel lauten im einzelnen: „Norheim Live. Volume 1. 12 Jahre Terror & Gewalt und kein Ende in Sicht“, „Norheim Live. Volume 2. Der Terror geht weiter“, „Die Deutschen kommen“ oder „Halte durch Kamerad“. Dem Risiko strafrechtlicher Konsequenzen schien Heise durch formale Vorkehrungen begegnen zu wollen. Auf der Innenseite des CD-Booklet von „Norheim Live. Volume 1“ heißt es in einer Grußadresse wörtlich: „Tja, Bullenschweine und vor allem mein Lieblings Oberstaatsanwalt Hans-Hugo Heimgärtner, mit dieser CD könnt ihr mir gar nichts, denn: Diese CD ist ausschließlich für den Verkauf im Ausland gedacht, wo sie auch produziert wurde! Die Ein- und Ausfuhr, der Handel und Verkauf in der BRD können strafrechtliche Folgen nach sich ziehen. Der Besitz einer einzelnen CD dagegen ist Legal!!!!!!“

ben konnte in der von den Initiatoren geplanten offenen und konzertierten Vorgehensweise unterbunden werden, was den verdeckten Vertrieb freilich nicht ausschließt.⁷³

4.2 Die ideologischen Bezüge und das Verhältnis zur Gewalt bei Christian Worch und Thorsten Heise

Für Worch und Heise bildet der historische Nationalsozialismus das maßgebliche ideologische Referenzsystem. Sie verzichten darauf, ihre ideologischen Positionen umfassender auszuführen oder zu begründen, doch sind etliche Einzelaussagen bei beiden Beleg für eine deutlich verfestigte nationalsozialistische Grundüberzeugung.

Theoriebeiträge zum Nationalsozialismus und dessen Anwendbarkeit im 21. Jahrhundert lehnt Worch mit dem lapidaren Verweis auf die Gesetzeslage in Deutschland ab. Erst sei eine wirkliche Meinungs- und Diskussionsfreiheit herzustellen, was seiner Ansicht nach die Aufhebung des NSDAP-Verbots voraussetzt, gleichsam auch als authentischer Gradmesser für deutsche Souveränität nach außen und nach innen. Mit dieser Argumentation knüpft Worch an das programmatische Hauptanliegen der ANS/NA und Michael Kühnens an, von deren offensiv nationalsozialistischer Orientierung er sich zu keinem Zeitpunkt inhaltlich distanziert hat. Lediglich im Stil hält er das damalige, auf offene und spektakuläre Provokationen setzende Vorgehen unter gegenwärtigen Umständen nicht für opportun.⁷⁴ Am augenfälligsten ist dieser Stilwandel bei Fragen zum Holocaust. Provozierten ANS-Aktivistinnen in der Hamburger Innenstadt 1978 noch mit Eselsmasken und dem Spruch „Ich Esel glaube noch, daß in deutschen KZs Juden vergast wurden“, äußert Worch heute zur Frage der systematischen Judenvernichtung im NS-Regime, gesetzliche Beschränkungen in Deutschland hinderten ihn daran, die Antwort zu geben, die er für die richtige halte. Ein inhaltlicher Wandel lässt sich hinter dieser formelhaften, juristisch unangreifbaren Replik kaum vermuten.⁷⁵ Bisweilen expliziert Worch die aus seiner Sicht positive Substanz der nationalsozialistischen Weltanschauung anhand einzelner, vermeintlich vorbildhafter Effekte. Bereits als Heranwachsender sei für ihn das Dritte Reich deshalb faszinierend gewesen, weil es so lange gegen eine immense Übermacht habe bestehen können. Ohne die spezifischen ideologischen, Kraft spendenden Hintergründe im damaligen Deutschland sei

⁷³ Auf Heises Homepage „wbversand.com“ heißt es wörtlich dazu: „Wir kriegen das Zeug schon verteilt!“ Vgl. auch: Patrick Gensing, „Aktion Schulhof“. Wie Neonazis den Nachwuchs ködern, eingestellt auf: tagesschau.de (Stand: September 2004)

⁷⁴ Vgl. Interview Worchs vom Februar 2004, eingestellt auf www.wpmp3.ws (S. 6 u. 11; Stand September 2004); Interview mit der Zeitschrift Andromeda (Fußnote 48), Teil 2, S. 6.

⁷⁵ Vgl. SPIEGEL Reporter, Nr.10/2000. Wie wenig sich Worch in dieser Frage inhaltlich bewegt hat, wird z.B. auch an seinem 1997 im Fanzine „Hamburger Sturm“ erschienenen Nachruf auf den Holocaust-Leugner Thies Christophersen deutlich, dem er höchste Wertschätzung entgegenbringt. Vgl. Christian Worch, Nachruf auf Thies Christophersen, in: Hamburger Sturm, Nr. 14/April 1997.

diese bemerkenswerte Energieleistung nicht erklärbar.⁷⁶ Der Nationalsozialismus habe des weiteren durch seinen systematischen Kampf gegen alle Klassenschränken beeindruckt, nur sei der Weg Ernst Röhms und der SA leider nicht ausreichend weiterverfolgt worden.⁷⁷ Heldenverehrung bei Worch genießt vor allem Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß, dessen Schicksal er mit dem eines christlichen Märtyrers vergleicht. Der Gedanke an das leuchtende Vorbild Heß habe ihn in Zeiten eigener Inhaftierungen stets aufgerichtet.⁷⁸

Heise recurriert erst gar nicht auf pseudoargumentative Konstruktionen, um den von ihm postulierten Vorbildcharakter des NS-Regimes herauszustellen. Sein positiver Bezug zum Nationalsozialismus kommt direkter, eindeutiger und auch brutaler zum Ausdruck. Mit antisemitischen Hetzparolen wie „Juda verrecke“ oder „Juden raus“ bediente er sich unmittelbar der NS-Terminologie. Live-Mitschnitte von ihm organisierter Konzerte enthalten NS-Lieder wie „Blut muss fließen“ oder „Das Horst Wessel-Lied“.⁷⁹ Seine Verachtung für die Bundesrepublik Deutschland und seinen Hass auf Juden unterstreicht er durch den Gebrauch des antisemitischen, bei Neonazis verbreiteten Kürzels ZOG für „Zionist Occupied Government“. Bei Heise finden sich beiläufig formulierte Sätze wie „Denn das hätte unser Führer auch getan!“⁸⁰, die eine eindeutig zustimmende Haltung zur Person Hitlers erkennen lassen. Ein Interview im Fanzine „Blood & Honour Scandinavia“ schließt er mit der persönlichen Botschaft an die Leserschaft, nicht danach zu fragen, was Hitler 1933 getan habe, sondern was er heute täte.⁸¹

Ein von Christian Worch im Februar 2004 geführtes und auf der Homepage „wpmp3.ws“ eingestelltes Interview enthält Ausführungen zur Gewalt, die dessen ambivalente, doppeldeutige Position in dieser Frage beispielhaft zusammenfassen. Die instrumentelle Perspektivlosigkeit ist ausschlaggebend für Worchs ablehnende Haltung gegenüber dem Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele unter den gegebenen Rahmenbedingungen, also primär ein taktisches Motiv.⁸² Aus ethisch-normativer Sicht nimmt er zu diesem The-

⁷⁶ Vgl. . SPIEGEL Reporter, Nr.10/2000.

⁷⁷ Vgl. Worchs Interview mit der Zeitschrift Andromeda (Fußnote 48), Teil 1, S. 5 u. Teil 2, S. 4.

⁷⁸ Pathetisch formuliert Worch im auf www.wpmp3.ws eingestellten Interview auf Seite 4: „Mein Opfer wiegt immer geringer als das seine, es ist mir immer einer mit leuchtendem Beispiel vorangegangen, ich werde nie sagen müssen, daß ich die größte Härte zu tragen hatte, denn es gab immer einen, der mehr an Härte zu tragen hatte.“

⁷⁹ Beide Titel sind auf der einem Beschlagnahmebeschluss unterliegenden CD „Norheim Live. Volume 1“ enthalten.

⁸⁰ Beispielsweise im Interview mit der Publikation Reichsruf, Nr. 4 (1997).

⁸¹ Wörtlich heißt das Zitat im Kontext: „As Dr. Goebbels said in ‚Das Reich‘ in 1943: ‚When we no longer are able to conform to reality we have lost the right to govern our nation.‘ We must not ask ourselves what the Führer did in 1933, but rather what Adolf Hitler would have done today.“ (Blood & Honour Scandinavia, Nr. 3/1998)

⁸² Sofern die aus Sicht Worchs elementare Einsicht in die Aussichtslosigkeit politischer Gewalt unter den gegebenen Umständen bei Aktivisten des „nationalen Widerstands“ nicht vorhanden ist, übt er massive Kritik., wie zum Beispiel im Falle der Kameradschaft Süd und ihrer Anschlagplanungen für den 9. November 2003. Etwaige So-

ma, auch in anderen Kontexten, kaum Stellung. Unkontrollierte oder spontane Gewaltmaßnahmen einzelner Szeneaktivisten hält er aus emotionalen Gründen für nachvollziehbar, jedoch sieht er darin kein politisches Instrument. Für den „kühlen, reflektierenden Strategen“ Worch persönlich⁸³ ist Gewalteinsatz als Mittel des „Aggressionsabbaus“ selbstredend undenkbar. Im Interview heißt es wörtlich: „Rein operativ bietet Gewalt keine Perspektive. (...) Die breite Masse der Bürger ist nicht so unzufrieden mit den herrschenden Verhältnissen, daß sie Gewaltmaßnahmen zustimmen würde. Sie lehnt diese eher ab. Ein Teil der stillschweigenden Zustimmung, die wir bei vielen Leuten draußen im Lande haben, beruht darauf, daß unser öffentliches Auftreten – anders als das von Gegendemonstranten beispielsweise – sowohl relativ diszipliniert als auch überwiegend gewaltfrei ist. Gewaltmaßnahmen dienen meistens – von wenigen Fällen echter Notwehr abgesehen – vielleicht eher der Selbstbefriedigung von Aktivisten, die aus verständlichen Gründen gefrustet sind. Dann aber ist sie mehr ein Mittel des Aggressionsabbaus als ein politisches Instrument.“⁸⁴ In der ihm eigenen intellektuellen Pose kommentiert Worch die islamistischen Anschläge von Madrid am 11. März 2004 mit denkbar wenig Empathie für die Opfer. Die politische Analyse erfordere zunächst, so Worch, die ethisch-moralische Empörung hintanzustellen und nach den Ursachen zu fragen, wobei vor allem auf die offene oder halboffene Einwanderungspolitik in Europa und die daraus resultierende Schaffung terroristischer Operationsbasen zu verweisen sei. Der „Nationale Widerstand“ sollte für keine der beiden Seiten Position beziehen.⁸⁵ Ähnlich argumentierend, mit Blick auf die Opfer aber noch verletzender äußerte sich Worch zum Brandanschlag in Mölln im November 1992. Wäre der „Nationale Widerstand“ an der Regierungsmacht gewesen, so seine These, hätte es die türkischen Opfer nicht gegeben, denn diese hätten sich längst nicht mehr in Deutschland aufgehalten.⁸⁶ Worch galt Anfang der 1990er Jahre als einer der maßgeblichen Protagonisten der Anti-Antifa-Initiative, also der Kampagne, Informationen über politische Gegner zu sammeln und diese in eigenen Publikationen zu veröffentlichen. Auf mögliche Konsequenzen dieses Vorgehens angesprochen, antwortete er 1993 lapidar: „Was der Leser mit unseren Informationen anfängt, unterliegt nicht mehr unserem Einfluß.“⁸⁷

lidaritätsaufrufe wie den der „Fränkischen Aktionsfront“ kritisierte er ebenso heftig. (Vgl. www.nd-b.com; 28.10.2003)

⁸³ Diesen Anspruch meldet er beispielsweise in einem am 6.5.2004 auf www.freier-widerstand.net eingestellten Beitrag zu seinem Verhältnis zur NPD wie folgt an: „Eines der Probleme ist, und das sage ich jetzt mal mit meiner bekannten und bewährten Arroganz von oben herab, daß sowohl Udo Voigt als auch Thomas Wulff zwar strategisch denken können, aber daß beide von beiden oder auch beide zusammen es nicht so gut können wie ich.“

⁸⁴ Interview Christian Worchs vom Februar 2004, eingestellt auf: www.wpmp3.ws, S. 8-9 (Stand September 2004)

⁸⁵ Vgl. Christian Worchs Beitrag zu den Anschlägen in Madrid am 11.3.2004, eingestellt auf: freier-widerstand.net (Stand 13.03.2004).

⁸⁶ Vgl. Pörksen (Fußnote 46)

⁸⁷ Zitiert nach ebd.

Thorsten Heise pflegt buchstäblich ein deutlich hemdsärmeliges Verhältnis zur Gewaltfrage als Worch, was insbesondere sein umfangreiches Straftatenregister wegen diverser Körperverletzungsdelikte belegt (siehe Ziffer 4.1.1). Die zwar ideologisch motivierten, aber dennoch spontanen und unkontrollierten Gewalttaten Heises bis Mitte der 1990er Jahre bedeuten noch nicht, dass er auch die Anwendung von Gewalt zur Erreichung langfristiger politischer Ziele befürwortet. Tatsächlich hat er sich insofern einen gewissen Realitätsbezug bewahrt, als er unter den gegebenen Umständen einen offen gewalttätigen Kampf gegen das politische System nicht für sinnvoll hält. Entsprechende Äußerungen basieren bei Heise jedoch noch offensichtlicher als bei Worch auf bloßen taktischen Erwägungen und beinhalten keineswegs einen prinzipiell moralisch begründeten Gewaltverzicht im Kampf um die politische Macht. Im übrigen setzt Heise einen bemerkenswert hohen Standard, oberhalb dessen aus seiner Sicht erst von Gewalt die Rede sein sollte. Auf die Frage, ob die Machtergreifung legal oder mit allen Mitteln anzustreben sei, antwortete er 1997 in der Publikation „Reichsruf“: „Das ist ja ‚strafrechtlich‘ eine recht brisante Frage. Erstmal hoffe ich Kameraden, Ihr habt Euch von der Vorstellung verabschiedet, die Geschichte der Machtergreifung ist ein Leitfaden zur Übernahme des BRD-Hochtechnologie Unrechtsstaates! Wir leben im Zeitalter des Internets und der Handys. Der Mittel sollten wir uns reichlich bedienen, denn das hätte unser Führer auch getan! Was die Gewalt angeht, so denke ich sollten wir so lange es geht, mit legalen Mitteln arbeiten, d.h. gewaltfrei! Es ist ja auch die Frage, was man unter Gewalt versteht. Von Terrorismus sollten wir die Finger lassen, unsere Bewegung ist für den Staat einfach zu transparent. Mollis und Steine fallen für mich nicht unter den Begriff ‚Gewalt‘.“⁸⁸ Wie sehr sich Heise in seiner Einstellung zur Gewaltfrage lediglich machtfaktischen Begebenheiten beugt, deutete er 1994 in einem Brief aus seiner damaligen Untersuchungshaft an: „Eines Tages wird ein noch zu erstellender Gerichtshof sich diese ‚sauberen‘ Herren mal vorknüpfen müssen, der Tag ist sicher nicht mehr allzu fern.“⁸⁹

Wie irreführend die Formel „gewaltfreier Widerstand“ im Zusammenhang mit Heises ideologischer Agitation ist, wird nicht zuletzt am Beispiel des von ihm forcierten Musikgeschäfts deutlich. Wenn auch im Einzelfall bei volksverhetzenden CDs wie den Samplern „Norheim Live“ oder „Die Deutschen kommen“ Heises Mitwirkung am Vertrieb in Deutschland nicht hinreichend bewiesen werden konnte, um ihn strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, so wird seine generelle Verwicklung bereits insofern ersichtlich, als es sich um Live-Mitschnitte von ihm organisierter Konzerte handelt. Heise hebt selbst stets die Identifikations- und Vermittlungsfunktion szeneeigener Musik hervor. Jenseits strafrechtlicher Erwägungen erscheint deshalb die Annahme gerechtfertigt, dass Heise über-

⁸⁸ Interview mit Heise in: Reichsruf, Nr. 4 (1997). Ähnlich äußerte sich Heise in Blood & Honour Scandinavia, Nr. 3/Summer 1998, S. 10 f.

⁸⁹ Brief Heises vom 21.07.1994, veröffentlicht in: Nachrichten der HNG, Nr. 163/September 1994.

wiegend hinter den vielfach aggressiv antisemitischen, rassistischen und gewaltverherrlichenden Texten der Bands steht, mit denen er bei seinen Konzertveranstaltungen eng zusammenarbeitet.⁹⁰

5 Schlussbetrachtung

Die vorliegende biographische Analyse basiert auf einer Auswahl vier sehr unterschiedlicher Typen aus dem neonazistischen Spektrum, um die Bandbreite dortiger Führungsaktivisten zu illustrieren. In ihrem Bezug zu Szene, Ideologie und Gewalt treten sowohl innerhalb der jeweiligen Vergleichsgruppe - also Aussteiger einerseits und langjährige Führungskader andererseits – als auch im gruppenübergreifenden Vergleich Unterschiede und Gemeinsamkeiten auf, die den Blick für die Einwirkungsmöglichkeiten neonazistischer Leitfiguren auf ihr lokales und überregionales Umfeld schärfen können.

Die beiden Aussteiger Ingo Hasselbach und Stefan Michael Bar agierten als Rechtsextremisten unter sehr unterschiedlichen örtlichen und zeitlichen Gesamtbedingungen: hier die Metropole Berlin in einer unruhigen, Gewalt generell förderlichen Umbruchphase, dort die Idylle der pfälzischen Provinz in einer Zeit, als deutschlandweit Behörden und Öffentlichkeit im Umgang mit rechtsextremistisch motivierter Gewalt nach zahlreichen Vereinsverbotsen und niedrigeren Fallzahlen erfahrener und adäquater eingestellt waren. Der tief in die neonazistische Szene Berlins verwurzelte Hasselbach, ausgestattet mit hohem „medialen Nutzwert“, zeigte kaum Interesse an stetiger Ideologie- und Parteiarbeit und wandte sich bevorzugt „aktionsorientierteren“ Einsatzfeldern zu. Der von überregionalen Führungskadern weniger beachtete Bar versuchte, seinen „Standortnachteil“ durch ideologische Profilierung, einen besonders aggressiven Gewaltdiskurs und spektakuläre Propagandadelikte zu kompensieren. Pointiert formuliert entzog sich der zögerliche Hasselbach den an ihn gestellten Erwartungen der Szene, während umgekehrt die Szene Bars hochfliegenden Widerstandsphantasien nicht folgte. Neben ihrem jeweils schwierigen, Gewalterfahrungen einschließenden familiären Vorlauf war beiden allerdings eine letztlich nicht nachhaltig verinnerlichte Ideologie gemeinsam, was die Loslösung von neonazistischem Denken, so markant es im Falle Bars zuvor auch propagiert gewesen sein mochte, wesentlich erleichterte. Beide sprechen von einem bereits vor ihrem Ausstieg einsetzenden Distanzierungsprozess, den sie durch eine medienwirksam flankierte Trennung von der Szene für sich unumkehrbar machen wollten.

⁹⁰ Erinnert sei an dieser Stelle nur an den ersten Titel „Blut muss fließen“ der CD „Northeim Live. Volume 1“, der u.a. folgende unsägliche Zeilen enthält: „Wetzt die Messer auf dem Bürgersteig, lass die Messer flutschen in den Judenleib. Blut muss fließen, knüppelhageldick und wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik.“

Die langjährigen Führungskader Christian Worch und Thorsten Heise sind hingegen ideologisch zutiefst überzeugte Nationalsozialisten. Fasziniert vom vermeintlichen Leistungsvermögen des Dritten Reichs näherte sich der eine als Jugendlicher im Selbststudium diesem Denken mehr und mehr an, während der andere zunächst „aus dem Bauch heraus national“ empfand und durch sein lokales Umfeld an neonazistische Positionen herangeführt wurde, die er später durch die Lektüre einschlägiger Literatur „intellektuell“ verfestigte. Die ideologische Fixierung ist bei beiden so ausgeprägt, dass äußere Umstände, die gegebenenfalls einem Ausstieg förderlich sein könnten, wirkungslos blieben. Weder sah sich Worch durch seine wirtschaftliche Unabhängigkeit veranlasst, sich anderen Betätigungsfeldern zuzuwenden oder diese nur zu erwägen, noch waren familiäre Aspekte für den inzwischen dreifachen Vater Heise ein Anstoß, sich aus der Szene zurückzuziehen. Worchs Aufstieg im neonazistischen Lager ist verbunden mit dem Namen Michael Kühnen, dem er sich in knapp 15 Jahren enger Zusammenarbeit unterordnete, von dessen enorm öffentlichkeitswirksamer Präsenz er aber sceneintern selbst auch profitierte. Den Anspruch, nach Kühnens Tod 1991 dessen Führungsrolle zu übernehmen, konnte Worch nicht durchsetzen, wenngleich er aufgrund seiner intellektuellen und strategischen Fähigkeiten in der Folgezeit beträchtlichen Einfluss auf die Szene ausübte. Mit seinem gegenwärtigen Ansatz, sich ohne eigene organisatorische Basis zuvorderst auf Demonstrationen als wichtigstem Ausdrucksmittel zu beschränken und einen kompromisslosen Konfrontationskurs gegenüber der NPD zu verfolgen, gerät er innerhalb des neonazistischen Spektrums zunehmend in Isolation. Heises Herkunft aus der Skinhead-Szene und seine kontinuierliche organisatorische Basisarbeit verschafften ihm einen subkulturellen Resonanzboden, auf dem er seine wachsenden Führungsansprüche stützen konnte. Seine Einfluss- und Steuerungsmittel – Kameradschaftsarbeit, Konzertveranstaltungen und Musikvertrieb, Demonstrationen – sind variabel und haben sich durch den im September 2004 förmlich vollzogenen Eintritt in die NPD noch erweitert. Heises Absicht sowie die der ebenfalls eingetretenen Neonazi-Kader Tegethoff und Wulff, parlamentarische und außerparlamentarische sowie parteiorientierte und parteiunabhängige Potenziale des „nationalen Widerstands“ zusammenzuführen, dürfte aufgrund ihrer tatsächlichen Einflussmöglichkeiten eine reale, über bloße Propagandaparolen hinausgehende Gefahr darstellen und könnte zu einem weiteren Radikalisierungsprozess in diesem Gesamtspektrum beitragen.⁹¹

⁹¹ Vgl. auch Berg/Latsch/Stark/Winter (Fußnote 70) und Thomas Sager, „Volksfront von Rechts“, in: Blick von Rechts vom 21.10.2004.. In einem Interview mit der rechtskonservativen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ vom 24. September 2004 betonte der Parteivorsitzende Udo Voigt zuletzt in bemerkenswerter Offenheit die teils nationalsozialistischen Traditionslinien der NPD.

Maresa Petrat

PKK / KADEK / KONGRA GEL**Kaderstrukturen in Deutschland**

[Kurdistan]

1 Einleitung

Die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) wurde 1978 von Abdullah ÖCALAN als klassische Kaderpartei marxistisch-leninistischer Ausprägung gegründet.



[Emblem der PKK]

Ziel der PKK zum damaligen Zeitpunkt war die Schaffung eines unabhängigen kurdischen Staates. Ab 1984 hatte die PKK einen bewaffneten Guerillakampf gegen die Türkei für die Erreichung dieses Ziels geführt, dem in den darauffolgenden Jahren Zehntausende zum Opfer gefallen sind. Nach seiner Festnahme und Verurteilung erklärte Abdullah ÖCALAN den bewaffneten Kampf für beendet. Die PKK rief er dazu auf, sich nunmehr als legale politische Kraft zu organisieren und für kulturelle Autonomie der Kurden im Einvernehmen mit dem türkischen Staat einzusetzen.

Um die Abkehr von den Zielen der PKK auch nach außen hin zu verdeutlichen, wurde die PKK im Jahre 2002 für aufgelöst erklärt. Als Nachfolgeorganisation gründete sich der „Friedens- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK). Erklärtes Ziel des KADEK war eine friedliche und demokratische Lösung der Kurdenfrage.



[Emblem des KADEK]

Der KADEK erhielt ein neues Programm und eine neue Satzung, die unter anderem auch eine Änderung der Organisationsstrukturen vorsah. Tatsächlich änderte sich an der Arbeitsweise und den Strukturen der Organisation allerdings nur wenig. Im Jahre 2003 wurde der KADEK seinerseits aufgelöst. An seine Stelle trat der so genannte „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA GEL).



[Emblem des KONGRA GEL]

Begründet wurde dies mit der amerikanischen Intervention im Nord-Irak und der daraus resultierenden Veränderung der politischen Landschaft in der Region. Trotz aller Verlautbarungen, denen zufolge der KONGRA GEL nun endgültig die angestrebte innerorganisatorische Demokratisierung verwirklichen werde, haben sich die Strukturen des KONGRA GEL bisher ebenfalls nur wenig verändert. Tatsächlich bestehen die von der PKK etablierten Kaderstrukturen fast unverändert fort.

Inzwischen hat der KONGRA GEL den 1999 von der PKK erklärten, als „einseitig“ bezeichneten Waffenstillstand für aufgehoben erklärt. Seither hat die Anzahl der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Guerillaeinheiten und türkischen Sicherheitskräften, zu denen es auch in den letzten Jahren in unregelmäßigen Abständen gekommen war, deutlich zugenommen.

2 Kaderstrukturen in Europa, vor allem in Deutschland

2.1 Kaderstrukturen in Europa

Als „Kader“ bezeichnet man in der Regel einen Stamm von besonders ausgebildeten und geschulten Führungskräften. In Europa sind Kaderstrukturen der PKK seit 1985 bekannt. Bereits nach dem Putsch des türkischen Militärs im Jahre 1980 hatten viele Kurden die Türkei verlassen. Die Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die PKK 1984 ließ den Verfolgungsdruck von Seiten des türkischen Staates gegenüber Anhängern der kurdischen Freiheitsbewegung weiter ansteigen. Viele von ihnen gingen ins ausländische „Exil“, überwiegend nach Europa. Allerdings war ihr Kampf für die „kurdische Sache“ damit nicht beendet. 1985 gründete sich die „Nationale Befreiungsfront Kurdistans“ (ERNK) als politischer Arm der PKK in Europa. Ziel der ERNK und ihrer Nachfolgeorganisation war und ist eine umfassende Organisation der kurdischen Bevölkerung zur Unterstützung der Ziele der PKK. Entsprechend der die Organisation prägenden marxistisch-leninistischen Ideologie wurde Europa in einzelne „Verwaltungsbezirke“ eingeteilt, die zueinander in Hierarchie stehen und einer zentralen „Europaführung“ untergeordnet sind.

Die Europaführung stellt die Verbindung der europäischen Strukturen zur Organisationspitze her, indem sie deren Anweisungen und Planungen an die Kader in Europa weitergibt. Bis vor kurzem bestand diese Führungsebene der PKK, die sich überwiegend im Kandilgebirge (Nordirak) aufhält, größtenteils aus langjährigen Organisationsmitgliedern, einige von ihnen sogar Gründungsmitglieder. Auseinandersetzungen um den weiteren Kurs der Organisation haben jedoch dazu geführt, dass sich inzwischen eine Gruppe um den Bruder Abdullah Öcalans, Osman ÖCALAN, von der PKK abgespalten und eine eigene kurdische Partei unter dem Namen „Patriotisch-Demokratische Partei“ (PWD) ins Leben gerufen hat. Andere „Altkader“ sollen sich ganz von ihren Parteifunktionen zurückgezogen haben.

2.2 Kaderstrukturen in Deutschland

In Deutschland, wo ungefähr 500.000 Kurden leben, kann die PKK auf die mit Abstand größte und aktivste Anhängerschaft zurückgreifen. So nehmen an hier durchgeführten internationalen Großveranstaltungen bis zu 30.000 Kurden teil, die überwiegend aus dem Inland anreisen.

Deutschland dient der PKK und ihren Nachfolgeorganisationen als vermeintlich sicheres „Rückzugsgebiet“, um ihre politischen Ansichten zu verbreiten oder um Spendengeldsammlungen zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes im Heimatland durchzuführen. Die von der PKK etablierten Kaderstrukturen werden unter Verstoß gegen das 1993 gegen die PKK ausgesprochene Betätigungsverbot illegal aufrechterhalten. Trotz regelmäßiger Veränderungen blieb ihre Grundstruktur im Wesentlichen bestehen. Die PKK teilt Deutschland in über 20 Gebiete auf, die ihrerseits wieder in Teilgebiete unterteilt sind. Diesen stehen jeweils Gebiets- bzw. Teilgebietsleiter vor. Aufgrund der hohen Anzahl der in Deutschland lebender Kurden ist den Gebieten – anders als in den anderen europäischen Staaten – eine weitere Einheit übergeordnet, die sogenannten „Serits“ oder „Sektoren“. Die Leiter der drei Serits „Nord“, „Mitte“ und „Süd“ stellen die direkte Verbindung zur Europaführung der Organisation dar.

2.3 Arbeitsweise der Kader

Hochrangigen Kadern – so den Kadern der Europaführung, den Serit- und Gebietsleitern – wird ihr Einsatzort in der Regel zugewiesen. Bei ihnen handelt es sich um so genannte „Vollkader“. Als Vollkader wird bezeichnet, wer sein Leben ganz an der Organisation ausrichtet. Diese Personen leben in der Regel völlig von der Außenwelt abgeschottet, haben weder einen festen Wohnsitz noch Arbeitsplatz. In manchen Fällen wird zum Schein eine

Arbeit eingegangen bzw. ein Wohnsitz angemeldet. In der Regel sind diese Vollkader jedoch auf die Unterstützung durch Anhänger und Sympathisanten der PKK angewiesen.

Auf der Ebene der Teilgebietsleiter und darunter wird das Prinzip der Abschottung in der Regel nicht mehr eingehalten. Bei diesen Personen handelt es sich überwiegend um so genannte „Halbkader“. Sie führen ein Leben „neben der Organisation“, üben zum Beispiel außer ihrer Funktion auch einen Beruf aus und sind vielfach über Familie und Wohnsitz an ihren Einsatzort gebunden. Teilgebietsleiter können ihre Funktion über Jahre hinweg ausüben.

Auf der Ebene der Serit- und Gebietsleiter werden die Führungskader in regelmäßigen Abständen – in der Regel nach Abschluss der jährlichen Spendenkampagne - ausgetauscht. Dies ist Teil der konspirativen Arbeitsweise der Organisation, die eine Identifizierung der Kader erheblich erschwert. Dazu gehört unter anderem auch das Führen von Decknamen sowie der regelmäßige Wechsel der telefonischen Erreichbarkeit.

Die Zuständigkeitswechsel der Kader erfolgen zum Teil innerhalb der Gebiete in Europa. Teilweise werden diese Positionen allerdings auch neu mit Personen besetzt, die direkt aus der Heimatregion kommen und bisher noch nicht im Ausland eingesetzt waren. Viele der in Deutschland tätigen Kader sind in der Türkei geboren und aufgewachsen und kennen die Situation der Kurden dort aus eigener Erfahrung. In einigen Bereichen – so im Bereich „Außenbeziehungen“ - ist jedoch festzustellen, dass hier bevorzugt Personen zum Einsatz kommen, die in Europa aufgewachsen und mit Sprache und Kultur ihres Einsatzlandes vertraut sind. In der Regel sind diese Kader sehr gebildet, sprechen mehrere Sprachen fließend und verfassen auch die schriftlichen Stellungnahmen der Organisation.

Alle Kader erhalten von der Organisation eine „Vergütung“ für ihre Tätigkeit. Diese lag in der Vergangenheit bei ungefähr 200 Euro. Im Gegenzug soll jedes Einkommen, das der Kader bezieht (wie z.B. Sozialhilfe) an die Organisation abgeführt werden.

2.4 Aufgaben der Kader

Die Hauptaufgabe der Kader liegt darin, Zusammenhalt und Funktionieren der Organisation sicherzustellen. Dazu müssen sie einerseits die Planungen und Anweisungen der Organisationsführung an die Basis weiterleiten und deren Einhaltung überwachen. Andererseits sind die Kader der Organisation dazu verpflichtet, in regelmäßigen Abständen über alle relevanten Sachverhalte (Aktivitäten, finanzielle Situation) in ihrem Verantwortungsbereich an die nächsthöhere Hierarchieebene zu berichten. Auf diese Weise bekommt z.B. ein Gebietsleiter einen Überblick über die in den Teilgebieten durchgeführten Aktionen. Die Gebietsleiter ihrerseits sind beispielsweise dazu verpflichtet, den Seritleitern über den

Verlauf der Spendenkampagne zu berichten. Diese Berichte werden oftmals auch den Leitern anderer Gebiete zugänglich gemacht, um den Wettbewerb zwischen den einzelnen Gebieten zu verschärfen.

3 Organisationsinterne Schulungen

Es ist davon auszugehen, dass jeder in Deutschland eingesetzte Kader eine oder mehrere organisationsinterne Schulungen durchlaufen hat. Inhaltlich lassen sich diese Schulungen grob in solche politischer und paramilitärischer Art unterteilen. Paramilitärische Schulungen, bei denen die Ausbildung an der Waffe im Mittelpunkt steht, finden im Nahen Osten und im nord-irakischen Kandilgebirge statt. Politische Schulungen finden zumeist im europäischen Ausland statt. Sie sind in Grund- und Aufbaukurse unterteilt. Die Grundkurse dauern in der Regel zwei bis drei Wochen, die Aufbaukurse 3 Monate. Nach Abschluss dieser Kurse findet eine Auswahl geeigneter Teilnehmer statt. Stellt sich ein Teilnehmer als leistungsstark und ideologisch gefestigt heraus, kommt er für einen Einsatz als Kader in Europa in Betracht.

3.1 Schulungen für Jugendliche

Von Seiten der Organisation werden starke Anstrengungen dafür unternommen, auch in Europa Kadernachwuchs zu gewinnen. Allerdings ist festzustellen, dass eine Gewinnung kurdischer Jugendlicher im Ausland für die Ziele der PKK nicht selbstverständlich ist. Zwar wird die politische - gegebenenfalls auch extremistische - Einstellung häufig auch innerhalb kurdischer Familien tradiert. Vielfach zeigen jedoch gerade die Jugendlichen der so genannten „zweiten Generation“ das Bestreben, sich an die in Europa bestehenden Lebensumstände anzupassen. Die Organisation versucht daher den Umstand für sich zu nutzen, dass überdurchschnittlich viele kurdische Jugendliche aus sozial ungefestigten Verhältnissen stammen. Dementsprechend werden Jugendschulungen der PKK weniger als politisch, sondern vielmehr als „sportlich-kulturell“ ausgerichtet angeboten. Vor allem das kulturelle Identitätsgefühl der Jugendlichen soll angesprochen und Zusammenhalt vermittelt werden. In der Regel stehen tatsächlich jedoch Ideologie der PKK sowie das Wissen um den „kurdischen Freiheitskampf“ im Mittelpunkt dieser Veranstaltungen. Lern- und Diskussionsgrundlage sind dabei oftmals die Schriften Abdullah ÖCALANs. Daneben erfolgt eine allgemeine Unterrichtung in Politik und Kultur, immer unter Bezugnahme auf die Lebenssituation der Kurden. Auf manchen Schulungen findet außerdem eine rudimentäre Ausbildung in Kampfsportarten statt.

Die Teilnahme an diesen Schulungen soll in der Regel freiwillig erfolgen. Dies war jedoch – vor allem in der Vergangenheit – nicht immer der Fall. Jugendliche unter 18 sollen nicht ohne die Zustimmung der Eltern an einer Schulung teilnehmen. Trotzdem sind Fälle be-

kannt, in denen Jugendliche, direkt von Sympathisanten oder Aktivisten der PKK angesprochen, ohne Erlaubnis ihrer Eltern solche Schulungen absolvierten. In einigen Fällen sollen kurdische Eltern ihre Kinder ganz bewusst auf derartige Schulungen geschickt haben, um diese der familiären Tradition gemäß zu einer Mitarbeit in der Organisation zu bewegen. Es sind jedoch auch Fälle bekannt geworden, in denen Kinder durch diese Maßnahme aus einem Drogen- oder kriminellen Milieu gelöst werden sollten.

3.2 Kaderschulungen

Neben den Schulungen für Jugendliche gibt es auch speziell auf Kader ausgerichtete Schulungen. Diese werden zum einen zur Vermittlung der aktuellen politischen Vorgaben der Organisation und zur Weiterbildung durchgeführt. Oftmals dienen Schulungen aber auch einer „ideologischen Festigung“ von Kadern, die sich ein Fehlverhalten gegenüber der Organisation zu Schulden kommen haben lassen.

Teilnehmer für Kaderschulungen werden in der Regel von der nächsthöheren Ebene benannt. Der Benennung als Teilnehmer ist normalerweise Folge zu leisten. Kaderschulungen sind oft kürzer als die für Jugendliche und werden bei Bedarf auch spontan angesetzt.

4 Ausschlaggebende Faktoren für den Aufstieg zum Kader

Ein Vergleich der Lebensläufe von in Europa eingesetzten Kadern zeigt, dass verschiedene Faktoren den Aufstieg in der Organisation zum Kader positiv beeinflussen können.



4.1 Familien- und Clanzugehörigkeit

Innerhalb der Volksgruppe der Kurden wird der Familie und dem Clan ein hoher Stellenwert beigemessen. Familiäre Bindungen zu einem hohen Funktionär der Organisation oder zu Clans, die ein hohes Ansehen bei der Organisation genießen, können daher für den Aufstieg innerhalb der Organisation von Vorteil sein. Prominentestes Beispiel hierfür dürfte der Bruder Abdullah ÖCALANs, Osman ÖCALAN, sein. Obwohl ihm von vielen in der PKK mangelndes Talent und Führungsschwäche vorgeworfen wird, war er - bis er sich von der Organisation abwandte - einer der stellvertretenden Vorsitzenden des KONGRA GEL.

4.2 „Märtyrerschaft“ in der Familie

Der Werdegang eines Mitglieds in der PKK kann auch durch den Tod von Familienangehörigen „im kurdischen Befreiungskampf“ positiv beeinflusst werden. In der Regel steigert dieser so genannte „Märtyrertod“ das Ansehen der betreffenden Familie. Personen, die sich durch den Tod eines Angehörigen motiviert in der PKK engagieren, haben oftmals gute Aufstiegsmöglichkeiten. Da sie sich nicht nur aus ideologischen, sondern auch aus persönlichen Gründen für die PKK betätigen, gelten sie als sehr zuverlässig und für höhere Aufgaben geeignet.

4.3 Einsatz in der Guerilla

Vielfach führt der Weg zu einer Führungsposition über einen Einsatz bei der Guerilla. Die überwiegende Anzahl der derzeit in Europa amtierenden Funktionäre hat zumindest eine militärische Schulung durchlaufen, viele von ihnen waren selber im militärischen Einsatz. Auch das große Ansehen der Altkader, die vom Nordirak aus bestimmend auf den Kurs der Organisation einwirken, begründet sich unter anderem damit, dass diese fast ausschließlich eine Vergangenheit als Guerillakämpfer aufweisen.

4.4 Inhaftierung für die „kurdische Sache“

Erfahrungsgemäß haben auch solche Personen, die bereits selber wegen Aktivitäten für die „kurdische Sache“ in der Türkei inhaftiert waren, verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb der Organisation.

4.5 Gleiche örtliche Herkunft oder Glaubensrichtung

In einigen Fällen konnte festgestellt werden, dass hohe Funktionäre gezielt Personen einer bestimmten Religionsgruppe oder Herkunft protegieren, um ihre eigene Position – z.B. für den Fall eines eventuellen Machtkampfes - zu stärken.

4.6 Besondere Förderung der Frauen und der Jugend

Abdullah ÖCALAN räumt der Frauen- und der Jugendbewegung in vielen Äußerungen einen besonderen Stellenwert für die Organisation ein. Dementsprechend sollen Frauen

und Jugendliche auch bei der Vergabe von Führungsfunktionen besonders berücksichtigt werden. Tatsächlich sind viele der in Europa tätigen Kader noch unter 30 Jahren alt.

5 Zusammenfassung

Entgegen den Verlautbarungen der PKK und ihrer Nachfolgeorganisationen, die regelmäßig auch eine innerorganisatorische Demokratisierung ankündigen, sind die Kaderstrukturen der Organisation weiterhin stark hierarchisch gegliedert. Diese Kader bilden das „Rückrat“ der Partei, da sie die Verbindung zwischen Parteiführung und Parteibasis sicherstellen, indem sie Anweisungen von oben nach unten weitergeben und über die Situation an der Basis nach oben berichten. Die überwiegende Anzahl der in Europa tätigen Kader stammt aus der Türkei. Ihr Anschluss an die PKK und ihr Aufstieg innerhalb der Organisation sind von Person zu Person unterschiedlich. Allerdings können bestimmte Faktoren – so z.B. die Clanzugehörigkeit, ein Einsatz bei der Guerilla oder eine Inhaftierung für die „kurdische Sache“ - eine „Organisationskarriere“ positiv beeinflussen.

Die Organisation bemüht sich aber auch in Europa um Kadernachwuchs, indem sie regelmäßig Schulungen vor allem für Jugendliche durchführt. Allerdings erweist sich die Werbung der kurdischen Jugendlichen in Europa, die inzwischen der so genannten „zweiten Generation“ angehören, als nicht unproblematisch.

Jan Keller

Fallstudien:

Biographien und „Karrieren“ von Islamisten bzw. islamistischen Terroristen

Drei nachfolgend kurz skizzierte Biographien/‘Karrieren‘ von Personen, die dem Milieu „Arabischer Mujahedin“ zuzuordnen sind, zeigen, welche völlig unterschiedlichen Wege und Voraussetzungen zu einem Abrutschen in den islamistischen Terrorismus führen können. Alle drei Personen waren entweder selbst in diesem Kontext in bewaffnete Konflikte involviert oder in Netzwerke mit z.T. engem Kontakt zu Personen, die unmittelbar terroristische Aktivitäten entfaltet haben, eingebunden. Alle verfügen über eine eindeutig extremistische Gesinnung mit klarer Jihad-Orientierung. Sie haben sich längere Zeit oder dauerhaft in Deutschland aufgehalten und sind hier zu Islamisten geworden.

Der „Konvertit“ stammt aus einem bürgerlichen und intakten deutschen Elternhaus. Auslöser für das Interesse am Islam waren sicherlich Pubertätskonflikte. Aus diesem Grund war er auch derjenige der drei Fälle, bei dem diese Entwicklung am frühesten eingesetzt hat. Der Zeitraum der Entwicklung bis zum Mujahed umfasste etwa fünf bis sechs Jahre, etwa vom 13. bis 19. Lebensjahr. In dieser Zeit hat er sich, ohne den Kontakt ganz abubrechen, nach und nach ganz aus seinem familiären und alten sozialen Umfeld gelöst. Der Kontakt zum Islam erfolgte über ausländische Mitschüler, die selbst gar keine praktizierenden Muslime waren, bei denen er aber eine neue geistig-religiöse Welt kennenlernte. Auf dieser Basis suchte er später selbständig den Kontakt zu arabischen Muslimen, die ihm authentischer erschienen und geriet dann über die Jamaat Tabligh (JT) an fundamentalistische Sichtweisen. Der weitere Weg mit Reisen nach Pakistan/Afghanistan ergab sich dann von selbst.

Die Eltern des „Gastarbeiterkinds“ stammen aus einem nichtarabischen Land und haben sich in Deutschland integriert. Der Sohn ist hier geboren und hat vieles vom neuen Leben in Deutschland übernommen. So hat er etwa dort eine Lehre absolviert, wo auch sein Vater arbeitet. In diesem Beruf war er auch selbst lange Zeit tätig. Die Hinwendung zum Islam erfolgte später als beim „Konvertiten“, mit etwa 17/18 Jahren. Vorher war er allerdings Mitglied einer Streetgang und in diesem Zusammenhang einschlägig polizeilich aufgefal-

len und mehrfach vorbestraft. Dieses Leben beendete er mit Beginn der religiösen Orientierung. Zum Islam kam er vermutlich über IGMG-Mitglieder in seiner Umgebung, suchte dann aber auch noch andere Facetten des Islam, die ihm u.a. wie beim „Konvertiten“ über die JT vermittelt wurden. Weitere Stationen in seinem ‚Werdegang‘ waren ein Aufenthalt in deren Zentrum in Raiwind/Pakistan und die Pilgerfahrt nach Mekka. In sehr kurzer Zeit fasste er im Mujahedin-Milieu Fuß. Der gesamte Zeitraum betrug etwa zwei Jahre.

Der „Migrant“ kam als Muslim aus einem arabischen Land nach Deutschland. Er verfügte nur über eine rudimentäre Schulbildung und keinen erlernten Beruf. Die Gründe für das Verlassen seines Herkunftslandes lagen sicherlich in einem Bündel von Motiven wie der Perspektivlosigkeit, der Flucht vor dem Militärdienst, der Sicherheitslage und dem Umstand, dass einige seiner Geschwister bereits nach Deutschland gegangen waren. Sein Asylverfahren blieb dann auch erfolglos. Als er nach Deutschland kam, war er nicht religiös. Er rutschte in die Drogenszene ab, begann zu dealen und war schnell wegen umfangreicher Kleinkriminalität bekannt. Ca. zwei bis drei Jahre nach seiner Ankunft, etwa im Alter von 24/25, erfolgte die Hinwendung zum Islam. Auslöser waren neben der Suche nach Orientierung in einer westlichen Gesellschaft, mit deren Regeln er nicht zurechtkam, vermutlich der 1994/1995 beginnende sogenannte erste Tschetschenienkrieg, anhand dessen er auf die Problematik der vermeintlich angegriffenen Muslime aufmerksam gemacht wurde. Über Landsleute hat er sehr schnell Anschluss an die regionale Islamistszene gefunden und ist dann in kurzer Zeit in der Jihad-Bewegung angekommen.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden:

- Die jeweiligen Wege zum Islam und dann zum Islamismus folgen keinem schematischen Muster, sondern sind Ausdruck der individuellen Suche nach Antworten.
- Persönliche Umbruchsituationen begünstigen die Hinwendung zum radikalen Islam und zum Jihadismus. Nur diese Variante des Islam mit ihren eindeutigen Aussagen ist die ausreichend extreme Antwort auf die als extrem empfundene Lebenssituation.
- Das „Gemeinschaftsangebot“ des Islamismus erhöht die Attraktivität und erleichtert den radikalen Wandel der Lebensumstände.

Dennoch decken die drei Fälle keinesfalls das gesamte Spektrum ab. Es gibt noch weitere Konstellationen, obwohl die dargestellten sicherlich den Schwerpunkt bilden. Das teilweise nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 vermittelte Bild des „Schläfers“ in der

konkreten Form des arabischen Studenten kann als durchgehendes Muster so nicht bestätigt werden. Junge, an deutschen Universitäten studierende Muslime spielen in dem hier relevanten Milieu nur eine Nebenrolle. Ebenfalls hingewiesen werden sollte auf den Umstand, dass auch die hier skizzierten Typen den relevanten Personenkreis nicht abschließend beschreiben. So ist zu den Biographien einiger in Deutschland lebender, auch lebensälterer Mujahedin nicht viel bekannt, da sie bereits als ideologisierte Islamisten nach Deutschland kamen.

Michael Kowalski

Dawa und Jihad als Bedrohungen des demokratischen Rechtsstaates

- Analyse, Hintergründe und Handlungsperspektiven -

1 Einführung

Im Januar 2002 starben zwei junge Niederländer marokkanischer Herkunft durch die Schüsse indischer Sicherheitskräfte. Nur wenige Wochen zuvor hatten sich die beiden in Eindhoven aufgewachsenen Männer in die umstrittene Kaschmir-Region aufgemacht, um ihr Leben dem Jihad, dem Heiligen Krieg gegen alle angeblichen Feinde des Islams, zu widmen. Ihr ganzes Leben hatten sie in den Niederlanden verbracht und galten genau wie ihre Familien als integriert.¹ Wie war es möglich, die beiden jungen Männer zu rekrutieren, zu indoktrinieren und in den Märtyrertod zu schicken? Was können Nachrichten- und Sicherheitsdienste tun, um solche Verwerfungen, die sich natürlich auch gegen die Niederlande oder gegen Nachbarländer richten könnten, zu erkennen oder zu verhindern?²

Der vorliegende Beitrag stellt sich also der Frage, welche Bedrohungen für den demokratischen Rechtsstaat vom radikalen Islam ausgehen.³ Dessen verschiedene Erscheinungsformen sind dabei zu berücksichtigen und zu deuten. Ferner gilt es, die in den Niederlanden angewandten Gegenstrategien der Terrorismusbekämpfung im weiteren Sinne zu untersuchen und die Frage zu beantworten, welche Handlungsperspektiven für einen Nachrichten- und Sicherheitsdienst wie den niederländischen AIVD bestehen.

2 Der radikale Islam als Bedrohung des demokratischen Rechtsstaats

Die Bedrohung des westlichen demokratischen Rechtsstaats durch den radikalen Islam wird im allgemeinen verbunden mit islamistischem Terrorismus.⁴ Eine derartige Problemverengung hat zur Folge, dass die terroristische Drohung nur verzerrt wahrgenommen und gedeutet wird. Wer hinter allen Erscheinungsformen des radikalen Islam Terroristen sieht,

¹ Vgl. General Intelligence- and Security Service (im folgenden: AIVD), Annual Report 2002, Leidschendam 2002:

² Zur Analyse von jihadistischen Rekrutierungsprozessen als Trend siehe AIVD, Recruitment in the Netherlands: from Incident to Trend, Leidschendam 2002.

³ Unter radikalem Islam verstehen wir das politisch-religiöse Streben, um nötigenfalls mit äußersten Mitteln eine Gesellschaft zu organisieren, die eine vermeintlich wortgenaue Widerspiegelung der als ursprünglich angenommenen Quellen des Islams darstellen soll.

⁴ Zur Analyse von Terrorismusbedrohungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts siehe AIVD, Terrorism at the start of the 21st century. Current threat and positioning of the Netherlands National Security Service, Leidschendam 2001.

überschätzt die tatsächliche terroristische Gefahr. Ungeachtet seiner eher schwach ausgeprägten liberalen Strömungen ist der Islam eine pluralistische Religion mit radikalen Elementen, die in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit Terrorismus stehen. Eine zu starke Fokussierung des radikalen Islam auf den Aspekt Terrorismusbekämpfung verleitet also dazu, andere von ihm ausgehende, eher schleichende Bedrohungen für die Demokratie auszublenden.

Im Rahmen einer umfassenden Analyse der diversen Erscheinungsformen des radikalen Islam ist es hilfreich, zwischen Jihad und Dawa zu unterscheiden. Unter dem theologisch vielseitigen Konzept Jihad verstehen wir gewalttätige Handlungen, die auf einer totalitär-statischen Interpretation des Islams und seiner jahrhundertealten Texte gründen. Unter Dawa verstehen wir Sendungs- und Missionsbemühungen, die sich ebenfalls aus einer starren Auslegung klassischer Quellen des Islam ableiten lassen. Dawa und Jihad sind als äußerste Pole eines Radikalisierungsspektrums zu sehen, die miteinander - unter Umständen auf symbiotische Weise - verbunden sind. Den Unterschied zwischen Dawa und Jihad berücksichtigend sollen drei Typen des radikalen Islam analysiert und deren Hintergründe beleuchtet werden. Es handelt sich um den radikalen politischen Islam, den radikalen islamischen Puritanismus und den radikalen Muslim-Nationalismus.

Der *radikale politische Islam* rekuriert auf eine politische Interpretation der klassischen Quellen des Islam und bietet eine allumfassende Ideologie, die in ihren verschiedenen Varianten zumeist die Einheit von Moschee und Staat postuliert.⁵ Der Widerstand dieses Typus richtet sich also gegen die *politische* Vorherrschaft des Westens. Die politische Macht des Islam soll der westlichen Dominanz entgegenwirken, beispielsweise durch die Islamisierung der politischen Systeme. Letztes Ziel nach Beseitigung der westlichen Vorherrschaft ist das Weltkalifat, also ein islamischer, die muslimische Weltgemeinschaft umfassender Universalstaat. Dieser Typus des radikalen Islam lehnt mithin den westlichen demokratischen Rechtsstaat als Ganzes oder zumindest essenzielle Teilaspekte ab.

Der *radikale islamische Puritanismus* richtet sich gegen die *kulturelle* Vorherrschaft des Westens als vermeintliche Bedrohung für die Reinheit des Islams. Innerhalb dieser Ausrichtung werden etwa westliche Auffassungen zur Gleichberechtigung von Mann und Frau verabscheut. Als verderblich gelten auch Meinungs- und Religionsfreiheit sowie der weltliche Charakter der demokratischen Gesellschaft insgesamt. Zuvorderst geht es diesem radikalislamischen Typus um eine (Re-)Islamisierung der Gesellschaft, insbesondere um eine strenge Auslegung der Scharia. Er setzt dabei im Falle einer mehrheitlich nicht-muslimischen Bevölkerung nicht auf die Errichtung eines islamistischen Staates, sondern auf die Bildung autonomer Parallelgesellschaften, die der staatlichen Autorität entzogen sind. So-

⁵ Zur frühzeitigen Analyse dieses Phänomens siehe AIVD, *Political islam in the Netherlands*, Leidschendam 1998.

fern die Rahmenbedingungen für einen islamistischen Staat gegeben sind, lehnt der radikalislamische Puritanismus diesen selbstverständlich nicht ab, doch ist ihm der Nationalstaatsgedanke generell eher fremd. Anknüpfend an das *Takfir*-Konzept, also die Verketzerung und Ausgrenzung von Andersgläubigen, predigen Vertreter dieser radikalislamischen Variante religiöse und kulturelle Intoleranz.

Der *radikale Muslim-Nationalismus* richtet sich sowohl gegen die *politische* als auch die *kulturelle* Vorherrschaft des Westens. Dieser radikalislamische Typus konzentriert sich - verglichen mit den anderen Typen - weniger auf den Islam als Religion, sondern vielmehr auf die Identität von Muslimen. Die „imagined community“ der Nation der Muslime versteht sich als Schicksalsgemeinschaft der Muslime in aller Welt und bedient sich der Elemente des radikalen politischen Islam und des radikalen islamischen Puritanismus, oft allerdings in abgeschwächter Form und mit geringerer Betonung der religiösen Bezüge. Die Emanzipation der Muslime ist zentrales Ziel des Muslim-Nationalismus, doch ausschlaggebend für die Klassifizierung als radikal ist dessen Anknüpfung an Elemente der beiden anderen radikalislamischen Typen.

Wie verhalten sich nun Dawa und Jihad zu den drei genannten radikalislamischen Typen?

Alle drei Typen können Strategien nutzen, die dem Dawa- oder Jihad-Konzept entsprechen oder auch beide kombinieren. Inwiefern Dawa oder Jihad-Komponenten tatsächlich Anwendung finden, ist oft nicht offenkundig, wenn etwa radikalislamische Organisationen ihre tatsächliche Agenda verschleiern oder unzutreffende Positionen vortäuschen. Für die Nachrichten- und Sicherheitsdienste ist es deshalb nicht möglich, in allen Fällen die tatsächlichen Absichten zu erkennen.

Entscheidend für eine zutreffende Analyse der radikalislamischen Risiken ist die Unterscheidung ihrer diversen Erscheinungsformen. Terrorismus ist nicht die einzige Gefahr, die dem demokratischen Rechtsstaat durch den radikalen Islam droht. Eine ernsthafte Bedrohung stellen auch die Propagierung bzw. der Auf- und Ausbau islamistischer Parallelstrukturen dar. Diese unterminieren staatliche Autorität, beanspruchen eigene autonome Gesetzes- und Regelungsbefugnisse und lehnen Demokratie und weltliche Ausrichtung des Staates ab.

Die unterschiedlichen Bedrohungsfacetten stehen jedoch nicht zusammenhangslos nebeneinander. Ein radikalislamisches, insgesamt nicht zum Terrorismus neigende Umfeld kann in Einzelfällen dennoch Nährboden für eine weitere Radikalisierung und Hinwendung zu terroristischen Handlungsoptionen sein, sei es unterstützend oder durch direkte Beteili-

gung. Eine effektive Terrorismusbekämpfung muss sich daher an Vorfeldprozessen des Terrorismus orientieren und frühzeitige Interventionsstrategien entwickeln.⁶

3 Handlungsperspektiven

In der Terrorismusbekämpfung wird vorwiegend zielpersonen- oder *targetorientiert* gearbeitet. Das gilt insbesondere für Polizeibehörden, aber auch für Nachrichten- und Sicherheitsdienste. Die Aufmerksamkeit für *targets* ist zwar logisch und notwendig, doch für die wirksame Terrorismusabwehr nicht hinreichend. Nur ein umfassendes Verständnis der Prozesse, die dem Terrorismus als der äußersten Ausdrucksform des radikalen Islams zugrunde liegen und sowohl zeitlich als auch kausal vorausgehen, kann als Basis einer nachhaltigen Terrorismusbekämpfung gelten. Dies beinhaltet zwangsläufig die Berücksichtigung von über die unmittelbare terroristische Bedrohung hinausgehenden Gefahren für den Rechtsstaat. Für alle beteiligten Sicherheitsbehörden, von Polizei und Staatsanwaltschaft bis hin zu Nachrichten- und Sicherheitsdiensten, bedeutet eine derartige Herangehensweise häufig einen *Perspektivenwechsel von der Target- hin zur Prozessorientierung*.

In den Niederlanden hat der AIVD schon im Jahre 1999 den sogenannten *comprehensive approach* (*umfassende Herangehensweise*) entwickelt, der Erforschung von Radikalisierungsprozessen⁷ ausdrücklich an die Aufgaben der klassischen Terrorismusbekämpfung koppelt.⁸ Diese Herangehensweise ermöglicht es, Polarisierungen in Teilen der Gesellschaft sowie Radikalisierungen von Organisationen und Personen frühzeitiger zu erkennen. Die Behörden sollen nötigenfalls eingreifen können, *bevor* sich terroristische Dimensionen abzeichnen. Dieses Konzept ist 2003 von der niederländischen Regierung de facto für alle beteiligten Behörden zur Richtschnur erklärt worden.⁹ Es umfasst drei Ziele: erstens die Verhinderung terroristischer Anschläge, zweitens die Verhinderung eines wachsenden terroristischen Potenzials und drittens die Verhinderung einer vertiefenden gesellschaftlichen Kluft entlang ethnischer Linien im allgemeinen und zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen im besonderen.

Anhand einiger Beispiele kann diese Herangehensweise verdeutlicht werden. Priorität haben nicht allein die Entlarvung und Verhaftung potenzieller oder tatsächlicher Terroristen, sondern es ist gleichzeitig angestrebt, Radikalisierungsprozesse frühzeitig zu signalisieren,

⁶ Für eine Vergleichsstudie der europäischen Herangehensweisen siehe Marianne Leeuwen, *Confronting Terrorism: European Experiences, Threat Perceptions and Policies*, Den Haag 2003.

⁷ Radikalisierung hier ist die (zunehmende) Bereitschaft, tiefgreifende Veränderungen einer Gesellschaft - ggf. unter Einsatz undemokratischer Mittel - anzustreben oder zu unterstützen, die die Existenz der demokratischen Rechtsordnung gefährden können.

⁸ Für eine aktuelle Erörterung siehe Eric Akerboom, *Contraterrorisme in Nederland*; in: *Tijdschrift voor de Politie*; Jg. 65/Nr. 6, Juni 2003, S. 4-9.

⁹ Ministerie van Justitie, *Terrorisme en de bescherming van de samenleving*, Den Haag 2003.

abzumildern und somit das terroristische Potenzial bzw. Risiko zu mindern. In diesem Zusammenhang untersuchte der AIVD zum Beispiel die unerwünschte Einmischung ausländischer Staaten und radikaler Gruppierungen im Bereich des islamischen Schul- und Bildungswesens.¹⁰ Der dem niederländischen Parlament vorgelegte AIVD-Bericht hat inzwischen einen Prozess in Gang gesetzt, der zu erhöhter Bedachtsamkeit, konkreten Maßnahmen und einer gestiegenen Wehrhaftigkeit bei allen beteiligten Parteien im Bildungswesen geführt hat. In einem anderen öffentlichen Bericht des AIVD - verfasst nach dem tragischen Tod der beiden eingangs erwähnten jungen Niederländer im Kaschmir - wurde der Zusammenhang zwischen Radikalisierung und Jihad-Rekrutierung analysiert.¹¹ Diese Ausarbeitung gab den Anstoß für eine neue Gesetzgebung, wonach die strafrechtliche Verfolgung von Rekrutierungen möglich ist. Außerdem wurden innerhalb der islamischen Gemeinschaften in den Niederlanden tiefgreifende Diskussionen über die Ablehnung derartiger Entwicklungen ausgelöst. Ein letztes Beispiel für die Bemühungen des AIVD, Radikalisierungsprozessen entgegenzuwirken, sind die Berichte über Einmischungsversuche aus Saudi-Arabien in die Angelegenheiten salafistischer und wahabitischer Moscheen in den Niederlanden. Erkenntnisse des AIVD waren Basis für die Entwicklung einer Regierungsstrategie, um solche Radikalisierungseinflüsse einzudämmen.

Die Operationalisierung der dargelegten Herangehensweise ist aufwendig und bedarf eines langen Atems, was auch auf die internationale Vernetzung des Islamismus sowie auf die Anzahl und Unterschiedlichkeit der in der Terrorismusbekämpfung involvierten Behörden und deren voneinander abweichende gesetzliche Rahmenbedingungen zurückzuführen ist. Vor diesem Hintergrund könnten Akzeptanz und Umsetzung eines *comprehensive approach* Kernpunkte für eine erfolgreiche Terrorismusbekämpfung werden.

Gerade Nachrichten- und Sicherheitsdienste tragen besondere Verantwortung bei der Benennung und zum Teil auch Umsetzung von Handlungsperspektiven. Neben klassischen Instrumenten wie Infiltration, Beobachtung und ggf. Informationsweitergabe an die Strafverfolgungsbehörden gehören auch die Sensibilisierung und Beratung von der Regierung, gesellschaftlicher Interessengruppen und gemäßigter muslimischer Kreise sowie die geistig-politische Auseinandersetzung im Rahmen eines zivilgesellschaftlichen Dialogs zu den Interventionsmöglichkeiten der Nachrichten- und Sicherheitsdienste. Westliche Nachrichtendienste haben nach Ende des Kalten Krieges vielfach grundlegende Veränderungen erfahren und im Bereich Sicherheitsberatung deutlich an Autorität gewonnen.¹² Sie tragen damit große Verantwortung für den Erhalt des demokratischen Rechtsstaates und die Min-

¹⁰ Vgl. AIVD, The democratic legal order and Islamic education. Foreign interference and anti-integration tendencies, Leidschendam 2002.

¹¹ Vgl. AIVD, Recruitment in the Netherlands: from Incident to Trend. Leidschendam 2002.

¹² Siehe auch Abels und R. Willemse, Veiligheidsdienst in verandering. De BVD/AIVD sinds het einde van de Koude Oorlog, in: Justitiele verkenningen: Inlichtingendiensten, Jg. 30, Nummer 3, Mai 2004.

derung der terroristischen Bedrohung. Ihr sachkundiger Einfluss in Fragen der Sicherheitspolitik bzw. bei deren Umsetzung erscheint deshalb angebracht.

Eine Rekrutierung für den Jihad wie im Falle der beiden scheinbar integrierten jungen Muslime aus Eindhoven lässt sich jedenfalls nur durch frühzeitiges Erkennen und effektives Unterbinden von Radikalisierungsprozessen verhindern.